

Euro droht in Italien Parallelwährung S. 2



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 24 - 14. Juni 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Dem Euro droht eine Parallelwährung
EU-Defizitverfahren gegen Italien ist unwahrscheinlich **2**

Deutschland

Die Rückkehr von Thron und Altar
Amtskirche wird zum Büttel der Herrschenden **3**

Hintergrund

Das US-Protectorat Kosovo
NATO brachte sich als Front gegen das russlandfreundliche Serbien in Stellung **4**

Preußen / Berlin

Illegale Touristenattraktion
Im Preußenpark beherrschen thailändische Schwarzhändler die Szene **5**

Ausland

Militärische Annäherung
Kolumbien und die US-geführte NATO **6**

Kultur

Musik und Wohlbefinden
Kissinger Sommer wie im 19. Jahrhundert **9**

Geschichte

Eine Art Interregnum
Die Präsidentschaft von Georges Pompidou **10**



Vereinte Verzweiflung: SPD-Trio Thorsten Schäfer-Gümbel, Manuela Schwesig und Malu Dreyer (v.l.) Bild: Imago images/ Snapshot

Neuwahlen voraus

Es geht nicht mehr: Insider geben der Groko nur noch Monate

Die CDU im raschen Fall, die SPD an der Schwelle zum Friedhof – so kann es nicht weitergehen: Im Herbst ist Schluss.

Selbst der CDU-Vize-Chef und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet sieht die schwarz-rote Koalition im Bund am Ende. Bis zum Herbst halte sie wohl noch, vielleicht bis Weihnachten. So genau könne das keiner sagen, mutmaßt Laschet.

Und dann? Laschet spricht unverdrossen von Neuwahlen zum regulären Zeitpunkt Ende 2021. Das ist nur realistisch, wenn sich auf Grundlage des derzeitigen Bundestages eine neue Mehrheit formen ließe, was auf einen zweiten Anlauf für Schwarz-Gelb-Grün („Jamaika“) hinauslaufen müsste. Doch das dürfte diesmal an den Grünen scheitern. Dort sitzt der Groll auf die FDP immer noch tief,

welche die „Jamaika“-Sondierungen 2017 platzen ließ. Auch können es die Grünen kaum erwarten, ihr derzeitiges Umfragehoch in einem Wahlsieg zu materialisieren.

Indes müssen zahlreiche CDU- und SPD-Abgeordnete damit rechnen, bei Neuwahlen aus dem Bundestag zu fliegen. Andererseits ist die Lage der SPD verzweifelt. Dass sich derzeit niemand findet, der den Parteivorsitz übernehmen will,

Das Szenario: die absehbaren Wahlniederlagen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im September und Oktober hinter sich bringen und danach einen neuen SPD-Chef küren, der die Partei aus der Koalition mit Angela Merkel befreit und danach so rasch wie möglich in Neuwahlen

führt. Und auf ein Wunder hoffen, dass das SPD-Ergebnis nicht allzu katastrophal ausfällt.

Auf eine Trendwende muss mittlerweile auch die Union hoffen. Linksgrüne Inhalte zu kopieren hat nichts gebracht. Im Schulterchluss mit den grün gestimmten Mainstream-Medien und mit Unterstützung hochprofessioneller Kampagnemaschinen mussten die Grünen ihre Forderungen nur immer ein bisschen weiter radikalisieren, um die Union zu noch rastloserem Hinterherhecheln zu nötigen.

Das Gegenmodell fuhr die Union unter Helmut Kohl Anfang der 1980er Jahre. Damals stellte sie sich felsenfest gegen den grünen Zeitgeist der „Friedenbewe-

gung“ und wurde mit historischen Siegen belohnt. Doch zu einer solchen Haltung fehlen Annegret Kramp-Karrenbauer die Überzeugung, die Kraft und auch der Rückhalt in der eigenen Partei.

Der AfD gelang es zuletzt kaum noch, von der Unions- und SPD-Misere zu profitieren, eher verschwanden die enttäuschten Schwarz- und Rot-Anhänger im Reservoir der Nichtwähler.

Sicher trägt die Dauerattacke auf die Blauen dazu bei, dass die AfD in ihrem Stammwählerpotenzial eingemauert zu sein scheint. Innere Streitigkeiten machen es den Gegnern allerdings auch leicht, der jungen Partei das Etikett mangelnder Seriosität umzuhängen. Dabei ist es gerade Seriosität, welche viele Deutsche herbeisehnen, die sich von der Chaos- und Stimmungspolitik der Etablierten abwenden. *Hans Heckel*

AfD steckt in ihrem Stammwählerbereich fest wie eingemauert

CDU kann wieder Großstadt

Erfolg bei der Bürgermeisterwahl in Saarbrücken hat bundesweite Bedeutung

Nach 43 Jahren konnte die CDU das Rathaus von Saarbrücken erobern. Damit eroberte die Union auch erstmals wieder ein Rathaus in einer deutschen Landeshauptstadt.

Der neue Oberbürgermeister von Saarbrücken heißt Uwe Conradt (CDU). Er bekam im zweiten Wahlgang 50,3 Prozent der Stimmen, Charlotte Britz (SPD), die im ersten Wahlgang noch klar vorne gelegen hatte, nur 49,7 Prozent. Den Ausschlag gaben am Ende 274 Stimmen. Eine Wechselstimmung wie noch zwei Wochen zuvor in Bremen, wo die SPD seit 72 Jahren regiert, gab es in Saarbrücken nicht. Im Gegensatz zu Bremen ist das ländlich und katholisch ge-

prägte Saarland ein strukturell eher konservatives Land, allerdings bildete die Großstadt Saarbrücken fast immer eine Ausnahme.

Die Wahl an der Saar hat dazu oft auch bundespolitische Bedeutung. So war es vor 43 Jahren der nachmalige Ministerpräsident, Bundesfinanzminister und Parteichef Oskar Lafontaine, der die Stadt für die SPD zurückholte und als OB von Saarbrücken den Beginn seiner bundesweiten Karriere einleitete. Entsprechend groß waren auch die bundespolitischen Reaktionen. Friedrich Merz (CDU) schrieb auf Twitter: „CDU kann auch Großstadt!“ Die CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) twitterte: „Jetzt die Landes-

hauptstadt mit voller Energie in die Zukunft führen.“ Ihre Freude war jedoch gedreht, denn ihre eigene Heimatstadt Püttlingen, im Umfeld von Saarbrücken gelegen, wo ein CDU-Kandidat im ersten Wahlgang noch in Führung gelegen hatte, ging im zweiten Wahlgang an den SPD-Bewerber. Saarlands Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) sprach von einem „historischen Tag für die Landeshauptstadt“. Auch er sah in dem Wahlsieg einen bundesweiten Erfolg der Union.

Im Vergleich zur vorherigen Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2011, als Britz bereits im ersten Wahlgang mit 57,5 Prozent gewählt worden war, verlor die SPD-Politikerin mehr als 20 Punkte. Offenbar

hatten in Saarbrücken auch der Rücktritt von SPD-Chefin Andrea Nahles und der darauf folgende Absturz der SPD in der Wählergunst Wirkung gezeigt. Das zeigt sich daran, dass die Wahlbeteiligung von 54,4 Prozent beim ersten Wahlgang auf 33,3 Prozent gesunken ist und dass die SPD-Bürgermeisterin im ersten Wahlgang, als ein halbes Dutzend Parteien angetreten waren, noch mehr Stimmen bekam als im zweiten, als nur noch zwei Kandidaten im Rennen waren. Das ist ein absolut selten auftretendes Phänomen bei Mehrheitswahlen.

Ein weiteres Zeichen dafür, dass die SPD-Führungs- und Orientierungskrise für die Niederlage in

Saarbrücken verantwortlich war, ist die Tatsache, dass die SPD in ihren einstigen Hochburgen, den Arbeiterbezirken wie Brebach, am meisten verloren hat.

Die Wähler hätten dafür gestimmt, in Saarbrücken ein neues Kapitel aufzumachen, sagte Conradt, der zuletzt Direktor der Landesmedienanstalt Saar war. Im Gegensatz zu seiner Vorgängerin, die, obwohl sie von Beruf Sozialarbeiterin war, die Stadt von oben herab regiert habe, kündigte Conradt an, die Stadt mehr auf Augenhöhe zu regieren. Er wolle die Landeshauptstadt zum wichtigsten Zentrum zwischen Frankfurt und Paris machen. Die Stadt habe ihr Potenzial, das sie in der Forschung

JAN HEITMANN: Mogelpackung

Praktische Politik lebt von Kompromissen. So ist es nicht verwunderlich, dass der aus sieben Einzelgesetzen bestehende „Pakt zu Migration und Asyl“, auf den sich die morsche Groko nach langem Hickhack geeinigt hat, ein Minimalkompromiss ist. Dementsprechend wird das Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts gekoppelt. Die Union schluckt die Kröte des Zugeständnisses, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, während die SPD im Gegenzug ihre Obstruktion gegen strengere Asylregeln aufgibt.

So weit so schlecht. Denn infolge des Kompromisses werden zwei Bereiche des Ausländerrechts miteinander vermengt, die getrennt voneinander zu behandeln sind. Da ist zum einen das Thema Asyl, bei dem ausschließlich humanitäre und keine wirtschaftlichen Erwägungen eine Rolle spielen. In Deutschland herrscht breiter Konsens, Verfolgten Asyl zu gewähren, wenn andererseits geltendes Recht vollzogen wird, indem diejenigen, denen kein Asyl zusteht, konsequent abgeschoben werden. Und da ist zum anderen das rein vom wirtschaftlichen Standpunkt her zu betrachtende Thema Fachkräfteeinwanderung, mit dem einem in der Tat drängenden Problem abgeholfen werden soll. Beides zusammen ergibt eine Mogelpackung.

Durch die neuen Regeln wird weder die Grundlage für eine zielgerichtete Einwanderung von Fachkräften geschaffen noch wird für echte Verbesserungen bei der Abschiebep Praxis gesorgt. Die Absicht der waidwunden Koalitionäre ist klar: Sie wollen noch schnell vor den kommenden Landtagswahlen Handlungsfähigkeit und Aktivität beweisen. Ob die Wähler auf diesen Bluff hereinfliegen, wird sich zeigen.

Damit meinte er das „Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz“ (DFKI GmbH), das an der Uni Saarbrücken gegründet worden war und auf dem Gebiet innovativer Softwaretechnologien die führende wirtschaftsnahe Forschungseinrichtung in Deutschland ist. Allerdings wird Conradt in Saarbrücken gegen eine linksgrüne Mehrheit im Stadtrat regieren müssen. Deshalb forderte als erste nach dem Wahlsieg die Linkspartei ihre Kollegen von SPD und Grünen dazu auf, „umgehend Verhandlungen zur Fortsetzung der Saarbrücker sozial-ökologischen Koalition“ aufzunehmen. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Werteunion für Kopftuchverbot

Stuttgart – Der konservative Flügel der CDU, die Werteunion, fordert von Bundesjustizministerin Katarina Barley, ein generelles Kopftuchverbot für Mädchen an Grundschulen einzuführen, vergleichbar dem in Österreich verabschiedeten Gesetz. Der Landesvorsitzende der Werteunion Baden-Württemberg, Holger Kappel, sieht dringenden Handlungsbedarf, da das Kindeswohl gefährdet sei. Wenn Eltern neben dem Kopftuchtragen aus religiösen Gründen darüber hinaus ihre Töchter vom Sportunterricht fernhielten mit der Argumentation, die Mädchen dürften ihre Klassenkameraden nicht in Sportkleidung sehen, sei das fadenscheinig und widerspreche der Geisteshaltung einer freidenkenden Gesellschaft. MRK

Streit um Gefallene

Berlin – Für „unerträglich“ hält es die Linkspartei im Bundestag, „dass mit öffentlichen Geldern Gräber von Personen gepflegt werden“, die „an schlimmsten Verbrechen der NS-Zeit beteiligt waren“. Sie fordert eine Änderung des Gräbergesetzes. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der für Gräber von etwa 2,8 Millionen deutscher Weltkriegstoter in 46 Ländern zuständig ist, erklärt, darunter sei auch eine größere Anzahl SS-Angehöriger. Abgesehen davon, dass eine Trennung kaum realisierbar wäre, betont der Volksbund die Rolle der Friedhöfe als Orte „der Mahnung“. Die „grausame Dimension“ des Krieges werde gerade durch die räumliche Nähe von Toten mit verschiedenen Lebenswegen deutlich. Hervorgehoben wird die Versöhnungsgeste der ehemaligen Kriegsgegner, welche die Friedhöfe auf ihrem Gebiet ermöglichen. Völkerrechtlich genießen Kriegstote dauerndes Ruherecht. EL.

CIA mit neuer Todeswaffe

Washington – Wie das „Wall Street Journal“ vor Kurzem bekannt gab, gibt es erste Einblicke in Pläne zum Bau der neuen Rakete „R 9 X“, die bereits vom US-Präsidenten Obama in Auftrag gegeben wurde und eine Weiterentwicklung der „Hellfire“-Waffe darstellt. Das Neue ist, dass diese Rakete auch größere Verstärkungen an Gebäuden und Fahrzeugen durchschlagen kann und das Zielobjekt treffsicher tötet. Dabei soll die „R 9 X“ keinerlei Explosion erzeugen und praktisch keine Spuren hinterlassen. Nach Darstellung der US-Zeitung werde sie „nur unter ganz bestimmten Umständen“ verwendet, worunter nach ihren Worten besonders höchste Terroristen-Führer zu verstehen seien. Mit einer ähnlichen Rakete unter dem Namen „Plan B“ wurde seinerzeit der Anführer Osama bin Laden in Pakistan erschossen. Wie „The Wall Street Journal“ weiter behauptet, wurde „R 9 X“ bisher lediglich ein halbes Dutzend Mal eingesetzt, nämlich in Libyen, Somalia und Syrien sowie im Irak und im Jemen. Als sicher gilt, dass Ahmad Hasan Abu Ehayr al-Masri, der als Stellvertreter bin Ladens galt, auf diese Weise in Syrien umgebracht wurde. Im Januar dieses Jahres starb Jamal al-Badawi, der eines Attentats auf 17 US-Matrosen vor neun Jahren im Jemen beschuldigt wurde, an einer „R 9 X“. Weitere Details über die geheime Rakete zu erkunden, war der Zeitung ihren eigenen Angaben zufolge „unmöglich“. FWS

Dem Euro droht eine Parallelwährung

Warum ein EU-Defizitverfahren gegen Italien trotz Empfehlung der EU-Kommission unwahrscheinlich ist

Die EU-Kommission hat wegen der hohen Staatsverschuldung Italiens die Einleitung eines Defizitverfahrens empfohlen. Ob das Land am Ende tatsächlich eine Milliardenstrafe zahlen muss, ist nicht nur wegen der noch ausstehenden Zustimmung der EU-Finanzminister zu einem Defizitverfahren zweifelhaft.

Nachdem die EU-Kommission ihre Empfehlung abgegeben hat,

Zeit, in der sich in Italien eine Regierungskrise entfaltet. Erst vor kurzem hatte Giuseppe Conte, der parteilose Ministerpräsident, seinen Rücktritt angedroht. Conte will ein Strafverfahren gegen Italien abwenden und pocht auf Einhaltung der Schuldenregeln der EU. Sollte es zu vorgezogenen Neuwahlen kommen, dann würden diese nach derzeitigem Stand die EU-kritische Lega von Matteo Salvini sehr wahrscheinlich zur

Italiens hervor, dafür halbierte sich der Stimmanteil der Fünf-Sterne-Bewegung. In Italiens Medien kursieren nun bereits Spekulationen über vorgezogene Neuwahlen im September. Hintergrund sind Vermutungen, dass die Lega die aktuell hohen Zustimmungswerte nutzen will, um sie in politische Macht umzumünzen.

Eskaliert der Streit mit Brüssel, kann dies für die Lega sogar zu-

schistischen Partei „Brüder Italiens“ abzielen.

Damit nicht genug. Vom Präsidenten der Europäischen Zentralbank bis hin zum Kommissionschef müssen in den nächsten Monaten in der EU mehrere Spitzenposten neu besetzt werden. Nach dem Muster früherer Kuhhandel bietet dies genug Anknüpfungspunkte für die Regierung in Rom, ein Defizitverfahren weg zu verhandeln.

ge Ausnahme“ und lehnte ein Defizitverfahren ab.

Über zusätzliches Drohpotenzial verfügt Rom gegenüber Brüssel mit den sogenannten Mini-Bots. „Bot“ ist die Abkürzung von „Buoni Ordinari del Tesoro“ (Schatzanweisung). Bei den Papieren handelt es sich um Mini-Schuldscheine, mit denen die öffentliche Hand die Möglichkeit bekommen könnte, Lieferanten zu bezahlen oder aber auch Steuerrückerstattungen zu leisten. Unternehmen sollen mit den Papieren wiederum ihre Steuern begleichen können. Vor Kurzem hat sich die italienische Abgeordnetenkammer dafür ausgesprochen, das Instrument der Mini-Bots zu prüfen. Bislang hat sich das Finanzministerium zwar klar gegen diese Mini-Schuldscheine ausgesprochen, aber gerade in der angespannten Lage zwischen Brüssel und Rom, darf die Positionierung des Parlaments nicht unterschätzt werden. Greift Italien eines Tages tatsächlich auf die Mini-Schuldscheine zurück, dann wäre dies in der Geschichte der Gemeinschaftswährung Euro eine einschneidende Entwicklung. Der hochverschuldete italienische Staat könnte sich mit den Mini-Bots zum einen zusätzliche Kredite verschaffen. Als langfristig noch wichtiger könnte sich jedoch erweisen, dass Unternehmen die Papiere auch nutzen können sollen, um ihre Steuern zu begleichen.

Das würde einen Angriff auf den Euro darstellen. Innerhalb der Währungsunion ist die Gemeinschaftswährung Euro das einzige gesetzliche Zahlungsmittel. Die Möglichkeit, Steuerschulden mit Papieren wie den Mini-Bots zu bezahlen, würde faktisch die Installierung einer Parallelwährung zum Euro darstellen. Nicht umsonst ist der Erfinder der Mini-Bots mit dem Lega-Wirtschaftssprecher Claudio Borghi ein erklärter Kritiker des Euro. Norman Hanert



Mini-Bot: Ein Exemplar der Notenserie, die der italienische Grafiker Carlo Botta auf Borghis Anregung hin entworfen hat BILD: ROPI

bleibt den EU-Staaten zwei Wochen Zeit, um in der Frage eines Defizitverfahrens eine Entscheidung zu treffen. Bis zur Verhängung einer Strafe gegen Italien ist es ein langer Weg, das Verfahren kann sich über Jahre hinziehen. Verhängt Brüssel am Ende ein Bußgeld, dann könnte es am Ende um eine Summe von bis zu 3,5 Milliarden Euro gehen.

Der Defizit-Streit zwischen Brüssel und Rom kommt zu einer

stärksten politischen Kraft Italiens machen.

Nach einem Jahr in der Regierung haben sich in der Koalition die Kräfteverhältnisse umgekehrt. Im Jahr 2018 lag die Fünf-Sterne-Bewegung bei knapp 33 Prozent, die Lega bei 17 Prozent. Bei den Europawahlen am 26. Mai hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Salvini's Lega ging aus den Wahlen als stärkste politische Kraft

sätzlichen Rückenwind bedeuten, wenn es tatsächlich im Herbst zu Neuwahlen kommt. Auch die Koalitionsmöglichkeiten, die in Italien derzeit diskutiert werden, dürften kaum nach dem Geschmack Brüssels sein. Italienische Medien beschäftigen sich unter anderem mit der Möglichkeit, Salvini könnte auf eine Rechtskoalition aus Lega, Berlusconi's Forza Italia und der postfa-

Zudem kann die italienische Regierung auf die Schonung Frankreichs in einem vergleichbaren Fall verweisen. Dessen Präsident Emmanuel Macron hat im Dezember, unter dem Eindruck der Straßenproteste der Gelbwesten, ein milliardenschweres Maßnahmenpaket verkündet. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger entschuldigte Macrons Ausgabepäne als „einmal-

Spaniens bestausgebildeter Regent

König Felipe VI. sieht sich als Vermittler zwischen Gegnern und Befürwortern eines geeinten Spaniens

Kommenden Mittwoch be geht Spaniens König Felipe VI. sein fünftes Thronjubiläum. Mit 1,97 Metern ungewöhnlich groß gewachsen, hat der am besten ausgebildete spanische Regent der Geschichte in Madrid Jura und Wirtschaftswissenschaften sowie in Washington Internationale Beziehungen studiert. Er spricht neben seiner Muttersprache sehr gut Englisch und Französisch, aber auch Katalanisch und Portugiesisch. Während seiner Dienstzeit bei allen drei Waffengattungen wurde er unter anderem zum Hubschrauberpiloten ausgebildet. Nachdem man Felipe angeblich Ende 2001 aus Gründen der Staatsraison dazu gezwungen hatte, seine Beziehung zu der Norwegerin Eva Sannum zu beenden, heiratete er im Mai 2004 die geschiedene spanische Journalistin und Nachrichtensprecherin des staatlichen Fernsehsenders Radiotelevisión Española (RTVE) Letizia Ortiz. 2005 wurde die Thronfolgerin Leonor geboren und 2007 ihre Schwester Sofia.

Die Teilnahme an der Proklamation seines Vaters Juan Carlos zum spanischen König am 22. November 1975 war sein erster offizieller Termin. Bei der Erreichung der Volljährigkeit 1986 legte er den Treueschwur auf die Verfassung ab. Im Dezember 1978 hatten die Spanier bei einem Referendum mit über 90 Prozent für eine kon-

stitutionelle Monarchie gestimmt. Jedoch erreichten bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) und die konservative Volkspartei (PP), die diese Staats-

Veränderungen und konnten damit bei vielen jungen Menschen punkten.

Das Königshaus war gleich in mehrere Skandale und Skandalchen verwickelt. Juan Carlos I. ließ

Handballnationalspieler und Unternehmer Iñaki Urdangarin, befanden sich bereits im Visier der Justiz. Sie musste später fast 140000 illegal erworbene Euro zurückerzahlen und verlor 2015 den

gekommen für einen Generationenwechsel. So verkündete am 2. Juni 2014 der damalige Regierungschef Mariano Rajoy die Abdankung des regierenden Monarchen und die unmittelbare Thronbesteigung durch dessen einzigen Sohn.

Heute noch ein aktiver Sportler, nahm Felipe an den Olympischen Spielen in Barcelona 1992 nicht nur als Fahnenträger teil, sondern auch als Mitglied der Segelmannschaft seines Landes. Mittlerweile ist er dort bei katalanischen Separatisten als Repräsentant einer für sie angeblich nicht bindenden Institution nicht mehr willkommen und muss sich regelmäßig ausbuchen lassen. Sowohl die Bürgermeisterin von Barcelona, Ana Colau, als auch Quim Torra, Präsident der örtlichen Autonomieregierung, bleiben seinen Auftritten bewusst fern. Sie nehmen ihm ein entschiedenes Eintreten gegen das Unabhängigkeitsreferendum am 1. Oktober 2017 besonders übel. Auch im Baskenland betrachten ihn insbesondere ETA-Sympathisanten als Symbol des verhassten Zentralstaates. Felipe sieht sich jedoch gerade als Erneuerer der Demokratie sowie Vermittler zwischen den Gegnern und den Befürwortern eines geeinten Spaniens. In Zeiten großer politischer Unruhe ist er um diese Aufgabe nicht zu beneiden. Markus Matthes



Vor fünf Jahren: Felipe mit seiner Ehefrau Letizia und ihren gemeinsamen Töchtern Leonor und Sofia auf dem Weg ins Abgeordnetenhaus am Tage seiner Thronbesteigung

Bild: pa

form stets ohne Vorbehalte mitgetragen hatten, zum ersten Mal weniger als 50 Prozent der Stimmen. Neue soziale Protestbewegungen wie Podemos oder die alteingesessene Republikanische Linke Kataloniens (ERC) verlangten radikale

sich inmitten der schweren spanischen Wirtschaftskrise 2012 in Botswana mit einem selbst erlegten Elefanten fotografieren. Die jüngere von Felipes beiden Schwestern, Prinzessin Cristina, und ihr damaliger Ehemann, der frühere

wichtigen Titel Herzogin von Palma de Mallorca. Ihr Mann sitzt seit Juni 2018 eine fast sechsjährige Haftstrafe unter anderem wegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung ab. Der royale Ruf war arg ramponiert und die Zeit

Die Rückkehr von Thron und Altar

In Deutschland macht sich die Amtskirche zusehends wieder zum Büttel der Herrschenden

Früher kritisierten die Linke und die 68er die Staatsnähe der Amtskirchen und deren Wahlempfehlungen. Inzwischen kommen sie in zunehmendem Maße selber in deren Genuss.

Bernhard Vogel, ehemaliger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen, hat 2011 in einem Interview bedauert, dass es keine bischöflichen Hirtenbriefe mehr gebe, die den Gläubigen sagen, was sie zu wählen haben. Vogel wünschte sich ausdrücklich kirchliche Unterstützung für seine Partei, die CDU. Diese Praktiken, ein direktes Eingreifen der Kirchen in den Wahlkampf in Form einer entsprechenden „Empfehlung“, natürlich im Sinne der Unionsparteien, war noch in den Anfangsjahren der Bundesrepublik gang und gäbe. Zwischenzeitlich galt dies als überlebt oder sogar – zu Recht – als verpönt.

Wer nun geglaubt hat, Altpolitiker Vogel sei mit seinem im wahren Sinne des Wortes frommen Wunsch aus der Zeit gefallen, wurde vor allem bezüglich der Wahlen vom 26. Mai eines Besseren belehrt. Hochrangige Vertreter der Amtskirche scheuten sich nicht, durch unmissverständliche Aufforderungen Wahlkampf zu betreiben. Im Unterschied zu früher wurde allerdings nicht für eine politische Gruppierung geworben, sondern explizit zur Nichtwahl einer bestimmten Partei, der AfD, aufgerufen. Verbal geschah dies in einem Kampfton, von dem die Profis in den Parteizentralen durchaus noch hätten lernen können.

Unmittelbar am Wahltag nahm der Kölner Erzbischof, Rainer Maria Kardinal Woelki, im Domradio wie folgt Stellung: „Selbstverliebte, nationalradikale Sprücheklopfer, die nationale Alleingänge planen und zwar viel vom Volk reden, ihm aber letztlich nicht dienen wollen, die sind für mich keine Alternative.“ Vieles, etwa der „Klimaschutz“, könne nur solidarisch geregelt werden.

Dass „klare Meinungsmache“ kurz vor Wahlen ein Punkt ist, den

auch führende Politiker argwöhnisch beobachten, bis hin zu Überlegungen, derartige Äußerungen einzuschränken, hat die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer in einer Stellungnahme am Tag nach der Wahl gezeigt. Allerdings meinte sie nicht die AfD-verdammenden Kirchenvertreter, sondern „Rezo“, der in seinem vielgesehenen Video gegen die CDU gewettert hatte.

Woelki, der dem größten deutschen Bistum vorsteht, hatte mit seiner Äußerung allerdings nur den Schlussstein von katholischer Seite gesetzt. Ebenfalls über das Domradio hatte der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Thomas Sternberg, zur Europawahl aufgerufen. Eine Wahlempfehlung

man nicht mehr operieren. Den europäischen Gedanken sehe er durch „rechtspopulistische Bewegungen“ bedroht. „Deshalb warnen wir ganz offen davor, eine rechtspopulistische Partei wie die AfD zu wählen.“

Die protestantische Kirche steht dem kaum nach. So hat die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens eine „Orientierungshilfe zum Umgang mit politischen Parteien“, erarbeiten lassen. In Sachsen stehen nach den Europa- und Kommunalwahlen im September zusätzlich noch Landtagswahlen an. Betont wird in der „Orientierungshilfe“, dass sie als „Angebot“ und „keinesfalls als Wahlempfehlung“ verstanden werden solle. Zu lesen ist, dass

den Fokus ... medialer Berichterstattung gerückt“.

Was bei der Wahl am 26. Mai besonders deutlich geworden war, die direkte Einmischung der Kirchen in politische Fragen, erlebt in Deutschland seit kurzer Zeit eine regelrechte Renaissance. Die Vorgänge sind zumindest als grenzwertig zu bezeichnen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, sagte Anfang des Jahres, die Rede vom „christlichen Abendland“ sei „vor allem ausgrenzend“. Es sei eine „große Herausforderung, in Europa dafür zu sorgen, dass verschiedene Religionen mit jeweils eigenen Wahrheitsansprüchen friedlich zusammenleben“. Der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz,

Markus Dröge, ließ sich im März in einem „Zeit“-Interview mit dem Satz zitieren: „Ich möchte den Christen in der AfD sehr scharf ins Gewissen reden.“ In dem Gespräch ging es um Dröges Vorhaben, die politische Einstellung der Gemeinderäte zu überprüfen. In seiner Bi-



Arm in Arm mit der Besatzung des „Seenotrettungsschiffs“ „Sea-Watch 3“ im Hafen der sizilianischen Stadt Licata: Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Heinrich Bedford-Strohm

Bild: pa

seitens der Kirche gebe es zwar „zum Glück“ nicht mehr, aber man dürfe warnen. Radikale Parteien von links und rechts seien eine Gefahr für die Demokratie. Sternberg konzentrierte sich in seinen weiteren Ausführungen allerdings auf die „Gefahren“ von rechts. Er betonte, mit nationaler Politik könne

sich in Sachsen „politische Entfremdungs- und Polarisierungsprozesse in besonderer Weise“ verdichteten. „Hohe Zustimmungswerte zur AfD, die Dauerhaftigkeit der Pegida-Proteste in Dresden sowie zahlreiche fremdenfeindliche Vorfälle“ hätten Sachsen „in den vergangenen Jahren immer wieder in

denburg-schlesische Oberlausitz, Markus Dröge, ließ sich im März in einem „Zeit“-Interview mit dem Satz zitieren: „Ich möchte den Christen in der AfD sehr scharf ins Gewissen reden.“ In dem Gespräch ging es um Dröges Vorhaben, die politische Einstellung der Gemeinderäte zu überprüfen. In seiner Bi-

Das derzeitige Gebaren der Kirchenvertreter zeigt, dass sich deren Selbstverständnis erheblich verschoben hat. Dass das kirchliche Amt neuerdings wieder genutzt wird, um politischen Einfluss zu nehmen, ist im säkularen Staat mehr als bedenklich.

Erik Lommatzsch

MELDUNGEN

Geldmaschine Operation

Berlin – Eine Studie, an der Wissenschaftler der TU beteiligt waren, in der die Qualitätsberichte aller 140 Krankenhäuser in Berlin und Brandenburg untersucht wurden, belegt, dass fünf Berliner und 13 Brandenburger Kliniken im Jahr 2017 Operationen durchgeführt haben, die gegen die Mindestmengenregelung verstießen. Diese soll gewährleisten, dass schwierige OPs nur in Zentren mit genügend Erfahrung mit diesen Eingriffen durchgeführt werden. Doch die Kliniken verdienen Geld an jedem Patienten, der operiert wird. Eine Bauchspeicheldrüsen-OP bringt beispielsweise rund 20000 Euro, bei Komplikationen sogar bis zu 150000. Bisher kontrollierten die Krankenkassen erst im Nachhinein und verweigerten bei Verstößen gegen die Qualitätssicherung die Zahlung. Ab diesem Jahr erteilen sie vor der OP die Erlaubnis zum Eingriff. **MRK**

Wegen Klima abgesagt

Konstanz – Seit 1949 gibt es das Konstanzer Seenachtsfest. In diesem Jahr soll es nun zum letzten Mal stattfinden, und zwar bereits „in leicht abgespeckter Form“. Das berichtet der „Südkurier“. Grund sei die kürzlich erfolgte Ausrufung des „Klimanotstandes“ in der Bodenseestadt. Zu dem im August stattfindenden Volksfest, welches mehrere Zehntausend Besucher anzieht, gehört auch ein Großfeuerwerk. Der Konstanzer Oberbürgermeister Ulrich Burchardt (CDU) sei der Meinung, dass die Veranstaltung „nicht mehr nach Konstanz und nicht mehr in die Zeit“ passe. Der „Südkurier“ betont zudem, das Seenachtsfest sei nach dem „Eindruck vieler Einheimischer“ eher eine Touristenattraktion als ein Bürgerfest, was sich, nicht zuletzt wegen der Anreise, „auf das Klima und die Umwelt“ auswirke. **E.L.**

Weder etabliert noch AfD

Freie Wählervereinigungen gewinnen an Terrain

Auf dem eigenen Internetauftritt läuft zurzeit in Dauerschleife die Aussage: „Zwölf Prozent der Wähler können sich vorstellen, die ‚Freien Wähler‘ bei der nächsten Landtagswahl in Sachsen zu wählen.“ Die Zahl stammt aus einer Umfrage vom April. Der arg ungenau formulierte und wenig kämpferische Satz täuscht über die gar nicht so unrealistischen Ambitionen der Gruppierung hinweg.

Die Stärke der Wahlvereinigungen, die neben den auf Bundesebene aktiven Parteien antreten, hat sich unlängst wieder in Sachsen bei der Kommunalwahl am 26. Mai gezeigt. In Colditz verteidigte beispielsweise die „Freie Wählervereinigung ‚Für unsere Heimat‘“ im dortigen Stadtparlament ihre Mehrheit. Acht Sitze konnten erungen werden. Die „Bürgerinitiative Colditz“ kam auf drei Sitze, das neufundierte „Bündnis Zukunft“ auf fünf. Lediglich FDP und Linke erhielten jeweils noch ein Mandat, alle anderen gingen leer aus. Auch im Gemeinderat von Naundorf sitzen künftig ausschließlich Kandidaten freier Wählervereinigungen.

Hohe Stimmenzahlen sind, abseits der größeren Städte, in Sachsen keine Seltenheit. Hier sehen die „Freien Wähler“, die bei der am 1. September anstehenden Ab-

stimmung erstmals in den Landtag streben, ihr Potenzial. Nach den Worten von Antje Hermenau, die einst Grünen-Fraktionschefin in Sachsen war und sich nach ihrem Bruch mit der Partei nun für die „Freien Wähler“ engagiert, handelt es sich um eine „Anders-Partei“. Matthias Berger, langjähriger parteiloser Bürgermeister der Stadt Grimma, sieht sie als „Antithese zur AfD“. Ganz klar im Auge hat man den eher bürgerlichen Wähler, der den langjährig etablierten

Zwölf Prozent bei Sachsens Landtagswahl?

Parteien seine Stimme nicht mehr geben mag, seine Vorstellungen allerdings auch nicht durch die AfD repräsentiert sieht, und der seine positiven Erfahrungen mit erfolgreicher Lokalpolitik unabhängiger Bündnisse nun auf die Landesebene übertragen könnte.

Als Spitzenkandidatin wurde am 1. Juni Cathleen Martin nominiert, die nach mehreren Jahren bei der Mordkommission gegenwärtig Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft ist. Auch ein „gemeinsames Rahmenprogramm“ der

„Freien Wähler“ liegt inzwischen vor. Betont setzt man sich von den Parteien ab und betrachtet sich als „Bürgerbewegung“. Der Einzelne solle stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Unideologisch tolerant sei man. Zu lesen ist auch, dass das Christentum über Jahrhunderte unser Denken und Handeln geprägt habe. „Es ist unser kulturelles Erbe“. Ob Formulierungen wie „Wir dröhnen Sie nicht mit eigenen Ansichten zu, sondern setzen auf das friedfertige Gespräch und klare Vorstellungen vor Ort, was zu tun ist“, die auf der Homepage zu finden sind und Offenheit demonstrieren sollen, jedermann ansprechen, sei dahingestellt.

Seit letztem Jahr regieren die „Freien Wähler“ in Bayern mit. Die abgestürzte CSU brauchte dringend einen Koalitionspartner. Besonders spannend wird es nun in Sachsen. Hier gilt ein hohes AfD-Ergebnis als sicher. Die anderen Parteien schließen ein Bündnis mit dieser Partei bereits im Vorfeld kategorisch aus. Aufgrund der zu erwartenden Stimmenverteilung müsste dann eine Koalition aus vier Partnern gebildet werden. Gelangen die „Freien Wähler“ tatsächlich in den Landtag, könnte ihnen sofort eine Schlüsselrolle in der sächsischen Politik zukommen. **Erik Lommatzsch**

Christen bald Minderheit

Austritte und Alterung führen zum Mitgliederschwund

Im Jahre 2060 werden nur noch ein Viertel aller in Deutschland lebenden Menschen Christen sein. Der Rückgang ist weniger der Demografie als vielmehr einer verstärkten Austrittsbewegung geschuldet. Die Mehrheit der Deutschen wird dann konfessionslos sein. Die Muslime werden mit den Christen fast gleichziehen.

Die religiöse Landschaft Deutschlands wird sich in den nächsten 40 Jahren radikal verändern. Das sagt eine vom „Forschungszentrum Generationenverträge“ an der Universität Freiburg im Auftrag der beiden großen Kirchen erstellte Langfristprojektion voraus. Mit mehr als 20 Millionen Mitgliedern werden demnach die Kirchen auch 2060 wohl noch mehr Mitglieder haben als Parteien oder Verbände. Sollte es dann noch die Kirchensteuer geben, wird diese sich mehr als halbiert haben, aber immer noch eine feste finanzielle Grundlage bilden. Die Christen in Deutschland werden aber dann nur noch eine Minderheit der Gesellschaft sein, heute liegt ihr Anteil noch bei 60 Prozent. Sie werden nicht mehr die institutionell verankerte Mehrheit und gesellschaftliche Gestaltungsmacht haben, die sie jetzt noch besitzen.

Der Rückgang werde laut der Studie das Gesicht des Christentums in Deutschland grundlegend verändern. Weil der Glaube einer Minderheit verteidigt und immer wieder neu erkämpft werden muss, könne man bis dahin mit einem weit lebendigeren Christentum rechnen, als es dies jetzt hier gibt. Anstatt einer Volkskirche wird es dann eine Kirche des Volkes geben. Der Umbauprozess in diese christliche Minderheitengesellschaft werde schmerzhaft sein,

Nach Austritten steigt die Zahl der Wiedereintritte

für die Kirchen, aber auch für die gesamte Gesellschaft. Viele Kirchen werden umgewidmet oder abgerissen werden.

Die Kirchen hätten es selber in der Hand, ob sie als Minderheit bedeutungslos werden oder attraktiv bleiben für Suchende und Glaubende und ob ihre Kraft über die Zahl der Mitglieder hinausreichen wird.

Gerade die immer größere Dimensionen annehmenden Skandale um den sexuellen Missbrauch vor allem in der katholi-

Zeitzeugen



Hashim Thaci – Der amtierende Präsident des Kosovo war im Kosovokrieg einer der Gründer und dann Befehlshaber der paramilitärischen „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UCK). Von 2008 bis 2014 war Thaci der erste Regierungschef des Kosovo, bevor er 2016 sein jetziges Amt übernahm. Im Jahr 2000 wurde die UCK zur „Demokratischen Partei des Kosovo“ (PDK) umgestaltet, Thaci ist seit 2000 ihr Vorsitzender. Er wird von vielen Seiten, so auch seitens der „New York Times“, bezichtigt, enge Verbindungen zur Organisierten Kriminalität im Kosovo zu unterhalten.

James Leroy Bondsteel – Der 1987 verstorbene Vietnamveteran war einer der wenigen US-Soldaten im Mannschaftsdienstgrad, die mit dem höchsten Militärorden der USA, der Medal of Honor, ausgezeichnet wurden. Die US-Armee nannte ihm zu Ehren in der Folge ihre Basis im Kosovo Camp Bondsteel.



Aleksandar Vucic – Der amtierende Präsident von Serbien wirft der EU vor, tatenlos hinzunehmen, dass die Regierung des Kosovo in Pristina gegen das Brüsseler Abkommen verstößt. Dieses regelt den Status der serbischen Minderheit im nördlichen Kosovo. Vor wenigen Wochen sagte Vucic im serbischen Parlament, dass Belgrad keine Kontrolle über das Kosovo mehr habe. Er wolle damit aufhören, sich und der Öffentlichkeit in dieser Frage etwas vorzumachen. Allerdings bedeute das nicht, dass Serbien die Staatlichkeit des Kosovo anerkennen werde. Gleichzeitig warnte er vor der Gefahr, die der serbischen Minderheit im Kosovo drohe.



Hillary Clinton – Die First Lady der USA von 1993 bis 2001 wurde im Jahr 2009 Außenministerin der ersten Regierung Obama. Als sie drei Jahre darauf das Kosovo besuchte, erklärte sie, für sie, ihre Familie und die Amerikaner insgesamt sei die Unabhängigkeit des Kosovo mehr als eine politische, sie sei eine persönliche Frage. Folgerichtig setzte sie sich für die Aufnahme des Kosovo sowohl in die NATO als auch in die EU ein. „Die Zukunft des Kosovo liegt in der EU“, lautete ihr Bekenntnis. Als Voraussetzung dafür sah sie lediglich die „Bereitschaft zu Gesprächen“.

Protektorat der USA

NATO brachte sich als Front gegen das russlandfreundliche Serbien in Stellung

Im Norden des Kosovo lebt eine starke serbische Minderheit. Das sorgt für ständige Spannungen und Probleme.

Ende Mai sind kosovarische Sicherheitskräfte in einige Ortschaften eingedrungen und haben 19 Menschen festgenommen. Zumindest bei einem von ihnen handelte es sich um einen ausgesprochenen Fehlgriff.

Michail Krasnoschtschjokow ist Russe und als solcher Mitarbeiter von UNMIK, einer Mission der Vereinten Nationen, die formell eine zivile Übergangsregierung darstellt. UNMIK besteht seit 1999 und ist de facto neben der kosovarischen Regierung in Pristina unbedeutend. Als aber die Sicherheitskräfte mit Panzerfahrzeugen in die serbischen Ortschaften eindrangen, wurde der russische Diplomat nicht nur festgenommen, sondern dabei auch schwer verletzt.

Der Anwalt von Krasnoschtschjokow, Goran Petronijevic, schilderte den weiteren Fortgang mit Blick auf die kosovarischen Offi-

ziellen: „Sobald sie erfahren haben, dass er ein UNMIK-Mitarbeiter und insbesondere, dass er ein Russe ist, gerieten sie in Panik und beschlossen, ihn schnellstmöglich wieder freizulassen.“

Das hinderte den Generalstaatsanwalt nicht, von den UN zu fordern gegen den Russen vorzugehen. Was ihm vorgeworfen

Spannungen und Probleme sind an der Tagesordnung

wird, ist bislang unklar, doch wurde der Verdacht geäußert, Krasnoschtschjokow sei nur deshalb zusammengeschlagen und festgenommen worden, weil er serbisch sprach.

Dieser Einzelfall spiegelt die ganzen strategischen Frontlinien wider. Die kosovarischen Sicherheitskräfte sind die ausführenden Organe eines in hohem Maße von den USA abhängigen Staates. Es gibt sogar Analysten, die es als den eigentlichen Zweck der NATO-Bombardierungen Serbiens im Jahre 1999 bezeichnen, für die USA ein Protektorat einzurichten,

von dem aus diese Einfluss nicht nur auf dem Balkan, sondern bis in den Nahen Osten ausüben können.

Demnach bildet das Kosovo eine Front der USA gegen das russlandfreundliche Serbien. Bezeichnend sind die Stellungnahmen von Spitzenpolitikern beider Seiten zu dem Vorfall um den russischen UN-Mitarbeiter.

Der kosovarische Präsident Thaci erklärte, Krasnoschtschjokow habe der Polizei Widerstand geleistet und sei deshalb festgenommen worden.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow nannte diese Festnahme einen „himmelschreienden Akt“ und forderte die UN-Mission auf, umfassende Informationen dazu bereitzustellen. Der blessierte Russe – er hat einen Kieferbruch und innere Verletzungen erlitten – wird inzwischen in Belgrad behandelt.

Für die USA ist ihre Außenstelle „Kosovo“ von so großer Wichtig-

keit, dass die Army dort die zweitgrößte US-Militärbasis in Europa errichtet hat, das Camp Bondsteel. Auf der diplomatischen Schiene betreibt Washington mittelfristig die Aufnahme des Kosovo in die NATO und in die EU, um auf diese Weise die bleibende Militärpräsenz der USA zu sichern.

Überraschend ist ein Vorstoß des Präsidenten Thaci, den dieser vor wenigen Tagen unternommen hat. Im Falle, dass die EU sein Land nicht aufnehmen werde, so Thaci, trete er für eine Vereinigung mit Albanien ein. Die Mehrheit der Bevölkerung im Kosovo besteht nämlich aus Albanern. Thaci verkündete: „Wenn die EU zwei albanische Staaten mit zwei Fahnen nicht aufnehmen will, dann soll sie nur eine Fahne akzeptieren.“ Es steht allerdings zu vermuten, dass diese Idee in Washington nicht auf viel Verständnis stoßen wird. Für die USA liegt, was das Kosovo angeht, der Reiz auch darin, dass der Flecken klein und die Bevölkerung gering ist, sodass man dies mit leichter Hand dirigieren kann.

Florian Stumfall



AH-64 Apache der U.S. Army: Übung nahe Camp Bondsteel im Kosovo

Bild: U.S. Army/Sgt. Stephen Proctor

Strategisch von Bedeutung

Bondsteel dient der Überwachung der Öl- und Gaswege in die EU

Die US-Militärbasis Camp Bondsteel im Kosovo verdankt ihre Entstehung der strategisch wichtigen Lage des kleinen Landes. Kaum war Serbien von der NATO zerlegt, errichtete die US-Armee auf einem rund 405 Hektar großen Areal bei Ursevica, in der Nähe der Grenze in Nordmazedonien die Militärbasis. Sie ist ausgelegt für 7000 Mann und umfasst neben Sportzentrum oder Kirche auch ein großes CIA-Gefängnis.

Die geografische Lage eignet sich hervorragend für Spionage-Aktivitäten über das ganze östliche Mittelmeer und bis hinein ins Schwarzmeer-Gebiet. Zum zweiten dient Bondsteel der Überwachung der Transportwege von Öl und Gas aus dem Mittleren Osten in die EU. Zum dritten führt durch das Kosovo eine wichtige Route für den Heroin-Schmuggel aus Afgha-

nistan. Seit der Besetzung des Landes durch die US-geführte Koalition ist der Opium-Anbau auf Rekord-Höhen gestiegen. Dazu wurde versehentlich ein Bericht des Bundesnachrichtendienstes vom 22. Februar 2005 bekannt: „Über die Key-Player (wie Haliti, Thaci,

US-geführte Koalition »übersieht« Drogenkriminalität

Haradinaj) bestehen engste Verflechtungen zwischen Politik, Wirtschaft und international operierender OK-Strukturen im Kosovo. Die dahinter stehenden kriminellen Netzwerke fördern dort die politische Instabilität. Sie haben kein Interesse am Aufbau einer funktionierenden staatlichen Ord-

nung, durch die ihre florierenden Geschäfte beeinträchtigt werden können.“

Unbeachtet blieb ein Bericht des Europarates vom Dezember 2010, der schwere Vorwürfe an die Westmächte enthält, weil diese über die Verbrechen der kriminellen Vereinigung des Präsidenten Hashim Thaci hinwegsähen. So heißt es in dem Bericht: „Thaci und andere Mitglieder der ‚Drenica-Gruppe‘ werden in Geheimdienst-Dossiers durchweg als ‚Schlüsselpersonen‘ des organisierten Verbrechens im Kosovo bezeichnet. Dieses Kosovo ist ‚potenzieller Beitrittskandidat‘ der Europäischen Union.“

Dann gibt es noch die Rolle der Bundeswehr im Kosovo. Sie scheint hauptsächlich darin zu bestehen, als bessere Wach- und Schließgesellschaft auf den US-Militärstützpunkt Camp Bondsteel zu achten. FS

Handel mit Drogen, Waffen und Menschen

Das Kosovo und die internationale Organisierte Kriminalität (OK) scheinen enge Bande zu vereinen, jedenfalls zeigt das eine Darstellung der „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“. In einem Memorandum unter dem Titel „Organisierte Kriminalität am Beispiel Kosovo“ stellt sie fest, dass die kosovarische Regierung weder über das gesamte Gebiet des Kosovo noch über seine Grenzen eine rechtsstaatliche Kontrolle ausübt. Dieser Umstand fördere den Handel mit Drogen, Waffen und Menschen. Ebenso wie die OK sei die Korruption im Kosovo sehr stark ausgeprägt.

Durch das Kosovo führt die Balkanroute, über die aus Afghanistan Heroin nach Europa transportiert wird. Schätzungen gehen bis zu fünf Tonnen monatlich. Der Tagesumsatz der OK im Kosovo wird auf 1,5 Millionen Euro geschätzt. Beobachter stimmt nachdenklich, dass die in der Region stark präsenten US-Kräfte nichts Sichtbares gegen den florierenden und kaum versteckten Opiumhandel unternehmen.

Kosovo liegt auf der Balkanroute

Eine genaue Darstellung der kosovarischen OK wird dadurch erschwert, dass Europol keine spezifisch kosovarischen Daten ausweist, sondern die OK in der Region pauschal als „albanische OK“ aufführt. Auswirkungen dieses Treibens auf Mitteleuropa sind zunächst in Österreich festzustellen. Von dort greift der Krake der OK weiter nach Bayern und ganz Deutschland. Schwerpunkt der Kriminalität bleibt der Heroin-Handel, aber es entwickelt sich daneben ein System korrespondierender Straftaten, so die Korruption auch von Politikern, die dazu dient, den Geschäftsgang geschmeidig zu erhalten. Hilfreich ist für den kriminellen Ausgriff, dass die Organisatoren auf Landsleute im Zielgebiet zurückgreifen können.

Was die Bekämpfung dieser besonderen Art der Organisierten Kriminalität erschwert, ist der Umstand, dass die Tätergruppen im Herkunftsland, also dem Kosovo, keine erkennbare Strafverfolgung durch die Behörden zu befürchten haben. FS

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit; Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Illegale Touristenattraktion

Im Preußenpark beherrschen thailändische Schwarzhändler die Szene



Blaupause für den Görlitzer Park: Buntes Treiben auf der Thaiwiese im Preußenpark

Bild: Imago

Legt man das Vorgehen der Behörden beim Wilmersdorfer Preußenpark als Maßstab an, dann bleibt der Görlitzer Park vermutlich noch für Jahrzehnte ein Schwerpunkt des Drogenhandels in Berlin.

Aufmerksame Besucher des Preußenparks konnten bereits vor 20 Jahren feststellen, dass sich auf einem Teil der Grünfläche, der sogenannten Thaiwiese, ein illegales Kleingewerbe breit macht. Anfangs war die Wiese ein familiärer Picknick-Treffpunkt für Thailänder, die in Berlin leben. Auch deutsch-thailändische Paare schätzten es, als irgendwann Frauen aus Südostasien damit begannen, auf der Wiese Gerichte zu kochen und ihr Essen an Parkbesucher zu verkaufen.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich daraus ein asiatischer Straßenmarkt, der sogar in Reiseführern erwähnt wird. In der Hochsaison werden an Wochenenden bis zu 100 Stände aufgebaut, an denen thailändische, vietnamesische, koreanische, chinesische und japanische Spezialitäten angeboten werden.

Die Berliner Touristenattraktion zwischen Brandenburgischer und Pommerscher Straße hat allerdings auch ihre dunkle Kehrseite: Das bunte Markttreiben im Preußenpark ist illegal. Die Parkordnung untersagt Handel und Verkauf. Kaum einer der Anbieter hat einen Gewerbeschein.

Auch bei den Einnahmen aus den Straßenküchen dürfte es sich zum überwiegenden Teil um un versteuertes Schwarzgeld handeln. Längst sind auf der Thaiwiese auch große Standbetreiber aktiv, hinter denen asiatische Restaurants und Asiamärkte stehen.

Umliedende Gastronomiebetriebe müssen zudem zur Kenntnis nehmen, dass Auflagen und Hygienevorschriften, etwa zur Kühlung von Fleisch und Gemüse, nur für sie gelten. Bei den Straßenküchen im Park ist nicht einmal fließend Wasser gegeben. Berichtet wird auch, dass sich auf dem Markt längst mafiöse Zustände unter den Händlern etabliert haben. Anwohnern und Parknutzern fallen die massive Übernutzung der Grünfläche, Lärm und hinterlassener Müll auf.

Die Politik hat dem Wachsen des Schwarzmarktes sehr lange zugesehen. Nicht zuletzt Proteste von Anwohnern haben dazu geführt, dass Bezirkspolitiker seit einigen Jahren eine Lösung für die Probleme im Preußenpark in Aussicht stellen. Ein Konzept sieht am Rande des Parks den Bau eines Multifunktionsgebäudes vor, das Toiletten, eine Waschküche und Unterstellmöglichkeiten für Marktmobile beherbergen soll. Mit

diesen Marktwagen sollen die asiatischen Händler auf einer befestigten Fläche stehen. Stadtrat Oliver Schruoffeneger (Grüne) sprach im Zusammenhang mit den Umgestaltungsplänen von Zielvorgaben des Bezirks, den Park als Naherholungsgebiet zu schützen und gleichzeitig eine „halbwegs legale“ Lösung für den Thai-Markt zu finden. Bis das Konzept umgesetzt wird, werden vermutlich noch einige Jahre vergehen. Angekündigt wurde zumindest, dass

Vergleiche zum Drogenhandel im Görlitzer Park

ab Mitte des Jahres 2020 noch am Rande der Wiese gekocht und verkauft werden darf.

Nach Jahren des Nichtstuns fahren nun aber die Behörden eine härtere Linie gegen die illegalen Essensverkäufer. Polizei und Ordnungsamt zeigten Anfang Juni so starke Präsenz, dass der illegale Straßenmarkt auf der Thaiwiese ausfiel. Laut Arne Herz (CDU), dem Stadtrat für Ordnungsangelegenheiten im Bezirksamt, soll es künftig „ein bis zwei Mal im Monat“ Kontrollen im Park geben.

In der Presse werden mittlerweile Vergleiche zum Vorgehen beim Görlitzer Park gezogen. Der Park im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat sich als Umschlagplatz für Drogen etabliert. Mehrheitlich schwarzafrikanische Drogenhändler bieten im

Park und auch schon in den angrenzenden Straßen Drogen aller Art an. Noch unter dem rot-schwarzen Senat versuchte der damalige Innensenator Frank Henkel (CDU) zeitweilig, die Drogenszene durch eine Null-Toleranz-Politik aus dem Görlitzer Park zu vertreiben. Die derzeitige Einstellung zum Problem des grassierenden Drogenhandels im Park geben Aussagen des Bezirksstadtrates für Bauen, Planen und Facilitymanagement, Florian Schmidt, recht treffend wieder. Anfang Mai hatte der Grünen-Politiker in der rbb-Abendschau gesagt, Drogenverkauf könne immer nur verschoben werden. Wer einen drogenfreien Görlitzer Park fordere, werde das Problem schnell woanders wiederfinden.

Anlass war eine Idee, die bundesweit für Aufsehen gesorgt hatte. Ein seit dem Jahr 2016 engagierter Parkmanager hatte mit Farbe Stehplätze markiert, an denen Drogendealer im Görlitzer Park stehen sollten. Der Parkmanager argumentierte dabei, es gehe nicht um eine Legalisierung des Drogenverkaufs, sondern darum, es Parkbesuchern zu ersparen, durch ein Spalier von Drogenhändlern laufen zu müssen. Tatsächlich wird es im Fall des Görlitzer Parks mittlerweile schon als ein Erfolg gesehen, wenn der Park wieder von normalen Besuchern und nicht nur von Drogenhändlern und Drogenkonsumenten genutzt wird.

Norman Hanert

Hauptstadt der Missstände

Von VERA LENGSELD

Eigentlich hat man schon gar keine Lust mehr, die zahlreichen Missstände in der Hauptstadt zu benennen. Alles Gesagte verschwindet in einer Art schwarzem Loch. Dem Berliner Senat scheint schon gar nichts mehr peinlich zu sein, also lebt er mit seinem ruinierten Ruf ganz ungeniert.

Es hat bei den Berlinern bereits ein fataler Gewöhnungseffekt eingesetzt. Sie haben schon fast vergessen, dass die S-Bahnen mal pünktlich und zuverlässig fahren. Sie haben vergessen, dass es mal Zeiten gab, in denen nicht jede Woche ganze Stadtgebiete gesperrt wurden, für Demonstrationen, Feste oder Sportveranstaltungen.

Man fragt schon nicht mehr nach der Eröffnung des BER, deren Termin schon wieder ins Wanken kommt. Zu diesem Dauerdrama gibt es nicht einmal mehr Witze. Kürzlich erreichte ein Brief von Verkehrsminister Scheuer die Hauptstadt, in dem er seine Sorgen über die neueste Verzögerung artikuliert. Da der Minister aber nicht auf den Tisch haut und auch zu feige ist, das unwürdige Spiel zu beenden, indem er im Namen des Bundes das Projekt für gescheitert erklärt, fließen weitere Steuermillionen in dieses Fass ohne Boden.

Nicht thematisiert wird die Tatsache, dass der Bau von nur zwei U-Bahnstationen, die das Regierungsviertel mit dem Alexanderplatz verbinden sollen, schon ins achte Jahr geht, ohne dass ein Ende abzusehen ist. Nur der Schlossenbau kommt planmäßig voran, was daran liegt, dass die Politik hier nicht allein federführend ist. Zwar ist sie redlich bemüht, mit immer neuen Sonderwünschen Sand ins Getriebe zu streuen, bislang aber ohne durchschlagenden Erfolg. Bereits jetzt ist sichtbar, welche Kostbarkeit die tiefe städtebauliche Lücke geschlossen hat, die vom DDR-Regime mitten in Berlin gerissen worden war. Das Schloss ist schon vor seiner Eröffnung eine Touristenattraktion.

Trübe sieht es dagegen am stillgelegten Flughafen Tempelhof aus. Für das architektonisch einmalige Flughafengebäude gibt es immer noch kein Nutzungskonzept. Seit eine Volksabstimmung die teilweise Bebauung verhindert hat, dümpelt das Gelände vor sich hin. Zum bevorstehenden Jahrestag der legendären Luftbrücke, mit der Westberlin nach der Stalinschen Blockade versorgt wurde, gab es die Idee, die historischen Rosinenbomber wieder in Tempelhof landen zu lassen. Das erschreckte die Berliner Politik so sehr, dass sie die Feierlichkeiten am liebsten abgesagt hätte. Schließlich wäre klar geworden, dass Tempelhof als Flughafen immer noch reaktiviert werden könnte.

Nach vielem Hin und Her dürfen die „Rosinenbomber“ doch fliegen, aber nicht landen! Am 15. und 16. Juni kreisen sie über Berlin, als wären sie Pleitegeier.

Geschichte neu vermitteln

Preußische Schlösser und Museen umwerben junges Publikum

Christoph Martin Vogther, der neue Generaldirektor der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, will bei seiner Arbeit verstärkt auch die Rolle von Bauwerken im 20. Jahrhundert zum Thema machen. Vogther, der sein Amt im Februar angetreten hat, nannte gegenüber den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ als ein Beispiel, dass Teile des Parks Babelsberg und des Neuen Gartens zu DDR-Zeiten im Grenzgebiet gelegen haben. Er wies auch auf das Schloss Oranienburg hin, das von der SS genutzt wurde. Bei der Schlösserstiftung schon in Planung ist eine Ausstellung zum 75. Jahrestag der Potsdamer Konferenz von 1945. Die Ausstellung ist für das kommende Jahr angekündigt. Die Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hatte im Potsdamer Schloss Cecilienhof stattgefunden.

Als seiner Hauptaufgaben nannte der Kunsthistoriker Vog-

ther, die Orte zeitgemäßer zu erklären. Im Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ sagte Vogther: „Wir tragen Preußen in unserem Namen, doch viele Besucherinnen und Besucher wissen nicht mehr, was Preußen ist“. Die Preussischen Schlösser und Gärten in Berlin und Brandenburg leiden bereits seit einigen Jahren unter einem nachlassenden Interesse von Besuchern. Im März wies die Stiftung darauf hin, dass die Zahl der Besucher innerhalb von zehn Jahren um etwa 20 Prozent zurückgegangen ist. Sorgen bereiten der Stiftung auch Schäden durch Vandalismus.

Bei der Präsentation der letzten Jahresbilanz im März sprach der neue Stiftungschef in diesem Zusammenhang von weniger Respekt gegenüber den Bauten und Gärten, die zum Weltkulturerbe zählen. Vogther sprach im März auch davon, dass ein bildungsbürgliches Publikum nicht mehr vorausgesetzt werden könne.

Auch die Staatlichen Museen zu Berlin bemühen sich mit neuen Ideen, ein jüngeres Publikum für ihre Sammlungen zu begeistern. Dabei wurde auch die Idee aufgegriffen, kunsthistorisches Wissen in Form eines Comics zu vermitteln. Als Resultat präsentieren die Staatlichen Museen zu Berlin nun ein Comic-Buch, bei dem Gemälde des 19. Jahrhunderts aus der Alten Gemäldegalerie Inspiration für eine Comic-Geschichte waren.

Der Berliner Zeichner Felix Pestemer beschäftigt sich in dem Buch unter anderem auch mit dem berühmten Gemälde „Flötenkonzert Friedrichs des Großen in Sanssouci“ von Adolph von Menzel. Auch über das Aufgreifen der Werke Caspar David Friedrichs und Friedrich Schinkels wird eher beiläufig dem jungen Publikum Wissen über die deutsche Kunst des 19. Jahrhunderts und die Geschichte Preußens vermittelt.

N.H.

Neuer Anlauf

Berlin denkt über Olympia-Bewerbung nach

In Berlin gibt es ein vorsichtiges Vorfühlen hinsichtlich einer Bewerbung der Stadt für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2036. Innensenator Andreas Geisel (SPD) ruderte allerdings ein wenig zurück: „Ich habe gar keinen Vorschlag für eine Berlin-Bewerbung gemacht.“

Aber dann brachte er die Variante einer gemeinsamen deutsch-polnischen Bewerbung ins Gespräch. Er gab zu bedenken, dass man den Ausbau der Infrastruktur beschleunigen wolle und wie andere Städte vorgehen könne, etwa mit internationalen Sportveranstaltungen. Als Beispiel nannte er den schnellen Ausbau der U-Bahn in Moskau zur Fußballweltmeisterschaft und die Entwicklung in London zu den Olympischen Spielen 2012.

Geisel macht sich Sorgen um den langsamen Ausbau des Öff-

fentlichen Personennahverkehrs in Berlin. Angesichts des Schuldenbergs „weiß ich, dass wir im Tempo beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zulegen müssen“. Grundsätzlich will der Innensenator, dass es aus Deutschland überhaupt eine Bewerbung um die Ausrichtung der Sommerspiele 2036 gibt. Berlin scheiterte in den 1990er Jahren mit seiner Bewerbung für die Olympischen Spiele im Jahr 2000.

Bei einem neuem Anlauf für Olympia 2024 unterlag Berlin in der nationalen Ausscheidung dem Konkurrenten Hamburg. Nun aber stellt sich Bundesinnenminister Horst Seehofer gegen eine Olympiabewerbung 2036: „Wie würde man das in der Welt sehen? Die Deutschen feiern hundertjähriges Jubiläum bezogen auf die Nazi-Olympiade.“

Frank Bucker

Klose gegen »alte SPD-Männer«

Die Vorsitzende der Berliner Jusos, Annika Klose, beschwert sich über den Umgang „alter Männer“ in der SPD und fordert einen Generationenwechsel. Klose erklärte, „die Art und Weise, wie aus dem Hintergrund insbesondere von den alten Männern mal wieder kommentiert wird“, gebe zu denken. Das sei „alles andere als ein solidarischer Umgang“. Passend dazu berichten einige Medien, der Juso-Bundesvorsitzende Kevin Kühnert erwäge eine Kandidatur als SPD-Vorsitzender. Klose habe schon Angst um die SPD. Sie fordert einen Generationenwechsel in der Partei, um einen glaubwürdigen Kurswechsel hinzukriegen. Grundsätzlich traue sie Kühnert „so ziemlich alles“ zu. Auch an der Bundesregierung übe die Berliner Juso-Chefin Kritik. Beim Thema Klimaschutz habe sie nicht den Eindruck, dass die Union zum Umsteuern bereit sei. Kühnert selbst hielt sich bislang bedeckt: Jetzt sei „Kreativität ohne Denkverbote“ gefragt.

F.B.

»Amerika den Amerikanern«

Kolumbien und die US-geführte NATO intensivieren kontinuierlich ihre Militärbeziehungen

MELDUNGEN

Russland zurück im Europarat

Helsinki – Die Außenminister des Europarats haben bei einem Treffen beschlossen, Russland die Rückkehr in den Europarat mit vollem Stimmrecht zu ermöglichen. Vor fünf Jahren war dieses Russland entzogen worden als Reaktion auf den Anschluss der Krim. Daraufhin hatte Moskau seine Beitragszahlungen an den Europarat eingestellt, die zehn Prozent des Budgets ausmachen. Eine Wiederaufnahme der Zahlungen setze voraus, dass Russland wieder uneingeschränkt an der Arbeit der Organisation beteiligt werde, heißt es aus Moskau. Der seit 70 Jahren bestehende Europarat hat die Aufgabe, über die Einhaltung der Menschenrechte in den Mitgliedsstaaten zu wachen. *MRK*

Hochburg des Bernsteinraubs

Dubrowiza – Die 9500-Einwohner-Stadt Dubrowiza im Westen der Ukraine gilt als Hochburg des illegalen Bernsteinabbaus. Mit etwa 100 handgemachten Pumpen, für deren Bedienung bis zu zehn Mann benötigt werden, wird Wasser bis zu fünf Meter Tiefe in die Erde gepumpt. Auf diese Weise wird der Bernstein an die Oberfläche geschwemmt. Zurück bleiben metertiefe Krater, in denen sich das Bohrwasser sammelt. In den Wäldern des Naturschutzgebiets um Dubrowiza sind bereits kahle Sandflächen entstanden. Ukrainische Ökologen schlagen Alarm. Der Lebensraum von 1300 Arten sei bedroht. Die Behörden sehen entweder weg oder sind an den illegalen Machenschaften beteiligt. Trotz des Rückgangs der Nachfrage nach Bernstein beträgt die illegale Förderung bis zu 300 Tonnen pro Jahr. Legal fördert die Ukraine zehn Tonnen jährlich. Ex-Präsident Petro Poroschenko hatte schon 2015 angekündigt, gegen den Bernsteinraub vorzugehen, Taten folgten jedoch nicht. *MRK*

Die Bundeswehr muss sich darauf einstellen, zukünftig häufiger auf spanischsprachige Kameraden aus dem vermeintlichen Hinterhof der USA, Lateinamerika, zu treffen.

Am 31. Mai 2018 wurde Kolumbien in Brüssel zum ersten „globalen Partner“ der NATO in Lateinamerika und genießt seitdem den gleichen Status wie Afghanistan,

die Russen sehen in der Einbindung Kolumbiens in die NATO die Wiederbelebung der viel zitierten Monroe-Doktrin „Amerika den Amerikanern“. Nachdem Ende März 2019 zwei russische Militärflugzeuge mit 99 Mann und Waffen an Bord in Venezuelas Hauptstadt Caracas gelandet waren, warnte die hohe Kammer des Parlaments in Moskau vor einer mög-

Mal Mitglieder der kolumbianischen Streitkräfte an Militärakademien in Italien und Deutschland ausgebildet. Zwei Jahre später nahm die kolumbianische Marine an einer Mission der NATO gegen Piraten am Horn von Afrika teil.

Seinem über den Erwerb von 24 russischen Kampffjets vom Typ Suchoi Su-30 und 100 000 Kalaschnikows durch Venezuelas

gesetzlich außer Kraft gesetzt, da die Vereinbarung ohne die Aufsicht des Kongresses zustande gekommen war. Trotz anderslautenden kursierenden Gerüchten gibt es deshalb nach wie vor weder US-amerikanische noch unter US-amerikanischem Kommando stehende Stützpunkte in Kolumbien.

Sehr wohl sind aber sehr viele Soldaten und Kontraktoren aus

das Revolucionarias de Colombia (FARC) ließen sich die USA bisher zehn Milliarden US-Dollar kosten, 2019 alleine 230 Millionen. Die Kolumbianer haben sich damit zum größten Empfänger von Militärlieferungen in der westlichen Hemisphäre entwickelt. Laut Angaben der Weltbank investierten sie 2017 über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung und somit bedeutend mehr als andere Länder der Region.

US-Präsident Donald Trump sagte im vergangenen März beim Besuch des brasilianischen Staatschefs Jair Bolsonaro, selbst Fallschirmjäger der Reserve, dass Brasilien ebenfalls den Status Kolumbiens erhalten könnte. Dies erscheint jedoch trotz der momentan guten bilateralen Beziehungen auf absehbare Zeit unrealistisch.

Die herausragende Teilnahme am NATO-Programm „Building Integrity“ über die Grundlagen einer korruptionsfreien und modernen Militärführung macht die als seriös und durchschlagend geltenden kolumbianischen Streitkräfte sogar zum Vorbild bei der Einführung dieses Konzepts in der Ukraine. Zusätzlich bedeutet die Partnerschaft einen enormen Prestigegewinn auf internationaler Ebene sowie mehr Transparenz, weniger Korruption und eine bessere Personalverwaltung. Der im jahrzehntelangen Bürgerkrieg erworbene ausgezeichnete Ruf der Spezialkräfte für Minenräumung und nächtliche Hubschraubereinsätze sowie die Tatsache, dass man sich nie auf gesellschaftspolitische Experimente einließ, haben zweifelsohne dazu beigetragen, dass die NATO nun ein Standbein am Amazonas hat. Es wird zwar auch zukünftig keine kolumbianische Teilnahme an weltweiten Militäroperationen geben, denn humanitäre Hilfe, Rettungseinsätze, Krisenmanagement, Cybersicherheit, Terrorismusbekämpfung und die Zerschlagung transnationaler Verbrecherorganisationen stehen im Vordergrund. *Markus Matthes*



Im Hauptquartier der für Lateinamerika zuständigen U.S. Army South in San Antonio: Angehörige der US-amerikanischen und der kolumbianischen Streitkräfte arbeiten auf höchster Ebene eng zusammen

Bild: U.S. Army South Public Affairs

Australien, der Irak, Japan, Südkorea, die Mongolei, Neuseeland und Pakistan. Das strategisch gelegene Land genießt als einziges in Südamerika Zugang zum Pazifik und zur Karibik.

Venezuela und Bolivien reagierten sofort gereizt und sprachen von einer Bedrohung für den Frieden und die regionale Stabilität beziehungsweise einer Aggression gegen ganz Lateinamerika. Gerade

lichen Intervention dort. Bogotá bestritt solche Pläne umgehend und betonte, dass militärischer Beistand für die sozialistische Regierung in Venezuela den Übergang zur Demokratie behindere.

Letztendlich konnte sich Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos damit kurz vor Ende seiner Amtszeit von 2010 bis 2018 einen seit 2013 gehegten Wunsch erfüllen. Damals wurden zum ersten

Präsidenten Hugo Chávez im Juni 2006 sowie den fast zeitgleichen Linksruhr in Bolivien, Ecuador und Nicaragua besorgten Vorgänger Álvaro Uribe war dies nicht gelungen. Und das 2009 zwischen Uribe und Barack Obama unterzeichnete Abkommen über die Nutzung von sieben kolumbianischen Militärbasen durch die US-Armee wurde 2010 vom Verfassungsgericht Kolumbiens als un-

den Vereinigten Staaten dort präsent. Diese enge Zusammenarbeit zwischen Bogotá und Washington begann bereits 1999, als die damaligen Präsidenten Bill Clinton und Andrés Pastrana den „Plan Colombia“ beschlossen.

Die massive, nicht unumstrittene Unterstützung der kolumbianischen Regierung im Kampf gegen Drogen und kommunistische Guerillas wie die Fuerzas Arma-

Exoten im EU-Parlament

Sonneborns Spaßpartei konnte ihr Ergebnis fast vervierfachen

Wie das bisherige bietet auch das neugewählte EU-Parlament Vertretern von Randgruppen und Exoten eine politische Bühne. Die meisten kamen mit den linken und grünen Listen ins Parlament.

Der 29-jährige somalische Flüchtling Magic Magid, der über die britischen Grünen ins EU-Parlament gewählt wurde, ist einer von ihnen. Er floh mit seinen Eltern vor der Harakat al-Shabaab al-Mujahideen (HSM, Bewegung der Mudshahedin-Jugend) aus Somalia, wurde ein Apologet von rassistischer Toleranz und sozialer Inklusion. Im letzten Jahr wurde er Oberbürgermeister der nordenglischen Industriestadt Sheffield.

Ein weitaus bekannterer bunter Vogel am europäischen Himmel ist Enrico Berlusconi, der es nach 20 Jahren politischer Laufbahn und dreimaliger Führung der italienischen Regierung mit 82 Lebensjahren noch einmal auf die europäische Bühne geschafft hat, obwohl noch einige Korruptionsverfahren gegen ihn anhängig sind. Offenbar plant er, sich in Brüssel für längere Zeit einzurichten, hat er doch bereits ein entsprechendes Appartement für seine berühmten Bunga-Bunga-Partys erworben. Allerdings muss er vorher noch

einen Prozess wegen Zeugenbeeinflussung in einer Bunga-Bunga-Affäre gewinnen. Politisch kämpft Berlusconi in seinen alten Tagen zusammen mit Altbundeskanzler Gerhard Schröder für bessere Beziehungen zu Russland, mit dessen Präsidenten Wladimir Putin beide befreundet sind.

Der im Jahr 2014 ins EU-Parlament gewählte deutsche Satiriker Martin Sonneborn konnte den Stimmenanteil seiner Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz,

Linke und grüne Listen dienten als Einfallstor

Elitenförderung und basisdemokratische Initiative auf 2,5 Prozent fast vervierfachen. Mit ihm wurde auch der Kabarettist Nico Semsrott, der aus der ZDF-Satiresendung „Heute-Show“ mit seinem Markenzeichen, einer Kapuze, bekannt ist, ins Europäische Parlament gewählt. Der „Heute-Show“-Macher Oliver Welke hatte beide in seinen Sendungen vor der Wahl gesehen geschont, obwohl Sonneborn eine miserable Bilanz nach seiner ersten Wahlperiode aufzu-

weisen hatte. Neben Sonneborn und Semsrott kandidierten Personen mit Namen wie, Bombe, Krieg, Göbbels, Göring, Speer, Bormann, Eichmann und Keitel für das EU-Parlament. Sonneborn, der eigentlich nur einen Monat lang EU-Abgeordneter sein wollte, will erklärtermaßen in seiner zweiten Amtsperiode fünf weitere Jahre die „EU entlarven und ihre Vertreter öffentlich brüskieren“. „In der vergangenen Woche habe ich zwei Mal 60 Sekunden gearbeitet“, erzählte der Satiriker zum Beispiel in einem Gespräch. Sonneborn ließ als Parlamentarier kaum eine Gelegenheit aus, um mit Spott und Sarkasmus die etablierten Parteien durch den Kakao zu ziehen. Die etablierten Parteien sahen in den Auftritten des Satirikers lediglich den Versuch, die EU lächerlich zu machen.

Aus dem katalanischen Barcelona stammt der neue EU-Abgeordnete der national-konservativen Partei Vox (Stimme) Jorge Buxade. Der katholische Rechtsanwalt war von 2004 bis 2014 Mitglied der konservativen Partido Popular (PP, Volkspartei). Nun wolle er im Europäischen Parlament seine Arbeit dem Kampf gegen die Feministen widmen, die „Frauen vormachen wollen, wie sie sein müssen“. *Bodo Bost*

Johannis' Befreiungsschlag

Rumäniens Präsident ließ Liviu Dragnea verhaften

Die Europawahl in Rumänien endete mit einem großen Coup, den kaum jemand erwartet hätte: die Verhaftung des starken Mannes der sozialliberalen Regierung, Liviu Dragnea. Er war zwar von zwei Gerichten in zweiter Instanz zu mehrjährigen Gefängnisstrafen wegen Unterschlagung von EU-Mitteln und Korruption verurteilt worden, aber die von ihm aufgestellten sozialliberalen Regierungen hatten seit fast drei Jahren nichts Wichtiges zu tun, als immer neue Tricks und Kniffe auszuprobieren, um korrupte Politiker, die in Rumänien zu Hunderten ihre Strafen absitzen, reinzuwaschen und zu rehabilitieren.

Auch Staatspräsident Klaus Johannis war es nicht gelungen, in seiner mittlerweile bereits vierjährigen Amtszeit Dragnea habhaft zu werden. Oft machte Johannis einen recht hilflosen Eindruck, so auch, als er sich mit Hunderttausenden von Demonstranten auf der Straße zeigte. Ihm fehlt halt eine Mehrheit im Parlament.

Allerdings gelang dem Staatschef nun ein meisterhafter Coup, den er zusammen mit den EU-Partnern vorbereitet hatte. Schon beim letzten EU-Gipfel im rumänischen Herrmannstadt vor einigen Wochen hatte sich der Sie-

benbürger Sachse in seiner Heimatstadt medienwirksam zusammen mit den EU-Größen als Saubermann positioniert. Die von Dragnea beherrschte Regierung kam in Herrmannstadt faktisch gar nicht zur Geltung.

Auch das zusammen mit den Europawahlen angesetzte Referendum über die Korruption war ein Werk des Staatspräsidenten, das ihm die Oberherrschaft über die politischen Geschicke in seinem Land wieder zurückgeben sollte. Es war so kompliziert in ei-

Erst das Ausgehen der EU-Wahl machte die Aktion möglich

ner Juristensprache formuliert, dass allein das Wort Korruption von allen verstanden wurde. Entsprechend groß war der Anklang des Referendums mit fast 90 Prozent Zustimmung fand, denn die Ablehnung der Korruption reicht sogar weit in die Anhängerenschaft der von Dragnea geführten Sozialdemokratischen Partei (PSD). Da das Referendum an die Europawahl gekoppelt war, glaubten viele Rumänen an einen Zusammenhang und stimmten für Europa und gegen die Korruption.

Die EU-freundliche Nationale Liberale Partei (PNL) von Johannis gewann mit 26,9 Prozent erstmals eine landesweite Wahl und verbannte die bislang sieggewohnten Sozialdemokraten von Dragnea, die eher Erdogan-freundlich gesinnt sind und 23 Prozent der Stimmen erhielt, auf den dritten Platz. Erst dieser Sieg hat es Johannis erlaubt, kurz nach dem Bekanntwerden des offiziellen Wahlergebnisses die Verhaftung von Dragnea zu initiieren.

Ermöglicht wurde die Verhaftung von Dragnea auch, weil sein einstiger Mitkämpfer Victor Ponta, der bei der letzten Präsidentschaftswahl gegen Johannis verloren hatte, inzwischen die Seiten gewechselt und sich mit seiner Bewegung „Pro Rumänien“ gegen Dragnea gestellt hat. Gegen den früheren Ministerpräsidenten, dem auch vorgeworfen wurde, in seiner Doktorarbeit geschrieben zu haben, war lange wegen Korruption ermittelt worden, aber er wurde durch ein Gericht freigesprochen, als einer von wenigen. Mit seinem Seitenwechsel wollte sich Ponta für eine Revanche gegen Johannis bei den nächsten Präsidentschaftswahlen warmlaufen, die im Herbst stattfinden. Johannis hat bereits seine erneute Kandidatur angekündigt, Ponta dürfte sein ärgster Herausforderer werden. *B.B.*

Fusion zum größten Ölproduzenten

Deutscher Konzern »Wintershall Dea GmbH« ist gut aufgestellt – Engere Zusammenarbeit mit Norwegen

Im Mai haben sich die Wintershall Holding GmbH und die DEA Deutsche Erdoel AG als »Wintershall Dea GmbH« zum führenden Öl- und Gasproduzenten Europas vereinigt.

Eine Übereinkunft zur Zusammenlegung der beiden größten deutschen Unternehmen ihrer Branche wurde im September vorigen Jahres erzielt, derzufolge 67 Prozent der Aktien auf den Wintershall-Eigner BASF und 33 Prozent auf die in Luxemburg ansässige LetterOne-Gruppe entfallen, wobei letztere seit 2014 über die Alfa Group weitgehend dem russisch-israelischen Oligarchen Michail Fridman gehört.

Diese Aufteilung entspricht den gegenwärtigen Fördervolumina und Explorationsaktivitäten, berücksichtigt aber noch nicht das umfangreiche Leitungsnetz von Wintershall, das laut Vertrag innerhalb der nächsten drei Jahre durch die Ausgabe von Vorzugsaktien an BASF und deren Umwandlung in Stammaktien ausgeglichen werden soll, wodurch der BASF-Anteil auf 72,7 Prozent steigt. In einem weiteren Schritt will das neue Unternehmen dann an die Börse, wobei eine Erstplatzierung der Aktien, ein sogenanntes Initial Public Offering (IPO), nach Möglichkeit bereits in der zweiten Jahreshälfte 2020 erfolgen soll. Dies verspricht der größte Börsengang der deutschen Geschichte zu werden.

Vorstandsvorsitzer des neuen Gemeinschaftsunternehmens wird der bisherige Wintershall-Chef Mario Mehren, seine Stellvertreterin die frisch bestellte DEA-Vorsitzende Maria Moraeus Hanssen. Mit dieser Berufung einer Norwegerin geht ein erweitertes Engagement auf dem norwegischen Kontinentalschelf einher, für dessen Ausgestaltung denn auch zeitgleich Alv Bjørn Solheim als neuer Verantwortlicher benannt wurde. Dessen Wintershall-Vorgänger Hugo Dijkgraaf wechselte wiederum in den Vorstand. Diese tiefgreifende Zusammenarbeit spiegelt sich

Bild: pa



Bei der Bohr- und Ölförderplattform Mittelplate A: Medienvertreter besichtigen ein Wohnschiff

auch im aktuell neu belebten Verhältnis beider Ländern wider, wobei man in Norwegen endlich die langen Schatten der eigenen Vergangenheit überwindet und auf einen umfassenden Verbund beider Länder und Völker setzt: Es wächst zusammen, was zusammen gehört.

Die Vereinigung der beiden Unternehmen erfolgte nach Zustimmung der Anteilseigner und zahlreicher Behörden in mehreren Ländern pünktlich zum 125-jährigen Jubiläum der Gründung von Wintershall und 50 Jahre nach dessen Übernahme durch BASF, wodurch damals im Zuge einer Sicherung strategischer Rohstoffe sowohl ein Verzicht auf das ursprüngliche und bis heute namensprägende („Hall“) Kaligeschäft als auch die jetzige Konzentration auf Öl und Gas verbunden war. Wintershall und DEA blieben einander in dieser langen Zeit nicht unbekannt: Gemeinsam hatten sie unter anderem 1952 eine Mehrheit an der Gasolin AG übernommen und deren neue Erdöl-Raffinerie im Emsland aufgebaut, wobei zum wiederholten Male deutsche Pio-

nierarbeit im Ölgeschäft geleistet wurde. Heute sind sie zum Beispiel durch die Förderung auf Mittelplate vor und inzwischen auch auf dem Festland von Dithmarschen, dem größten deutschen Erdölfeld, eng miteinander verbunden. Trotz gemeinsamer Projekte blieben sie

Wintershall-Eigner BASF trotz dem Druck aus den USA

allerdings vielfach Mitbewerber im gleichen Geschäftsfeld mit entsprechenden Mehrausgaben, sodass man sich allein durch die Zusammenlegung nach drei Jahren Umstellung jährliche Einsparungen von 200 Millionen Euro erhofft. Dies geht freilich auch mit der Entlassung von rund einem Viertel der weltweit etwa 4000 Vollzeit-Beschäftigten einher, für die zurzeit über sozial verträgliche Konditionen verhandelt wird.

Die Pro-forma-Förderung beider Unternehmen zusammen betrug

2018 stattliche 590 000 Fass Öl-Äquivalent täglich und soll durch die laufende Erschließung weiterer Vorkommen zwischen 2021 und 2023 auf 750 000 bis 800 000 Fass steigen. Für die Verstärkung dieses beachtlichen Wachstums dürfte die gemeinsam erreichte Abdeckung unterschiedlicher Förderregionen von Europa und Russland über den Nahen Osten und Nordafrika bis hin zum karibischen Raum sowie die dabei erzielte gute Aufstellung in ertragreichen Zukunftsfeldern sorgen. Bei gut zwei Drittel dieser Vorkommen handelt es sich um Gas, was gerade angesichts der zu erwartenden rapide steigenden Nachfrage nach diesem Brennstoff von besonderer Wichtigkeit ist. Als einer der Hauptpartner der strategisch für ganz Mitteleuropa zentralen Gasleitungssysteme Nord Stream und Nord Stream 2 steht das Unternehmen in der Verantwortung, diese Lebensadern der deutschen Energieversorgung gegen die USA und ihre Handlanger in der europäischen Politik zu verteidigen, die hierbei eine gleichermaßen anti-

russische wie anti-deutsche Zielsetzung verfolgen.

Für BASF bedeutet die Ausgliederung der konzerninternen Rohstoffförderung einen erheblichen Einschnitt, der allerdings unausweichlich ist, will man nicht ins juristische Schussfeld der angelsächsischen Vormacht geraten: Diese droht ausländischen Unternehmen dreist und wider jedem zivilisierten Völkerrecht mit ruinösen Geldabpressungen und weiteren Zwangsmaßnahmen wie Ausschlüssen aus dem Geldverkehr und Reisesperren, wenn sie sich auf Energiegeschäfte mit Russland und jetzt auch ganz konkret auf Nord Stream 2 einlassen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf brachten wenige Tage nach der Fusion mehrere als „Falken“ bekannte Senatoren beider Parteien des US-Kongresses auf den Weg. Dass es hierbei nicht um die „Energiesicherheit Europas“ geht, wie die Proponenten solcher Ideen behaupten, liegt nicht nur auf der Hand, sondern ist aus dem Kontext ihrer Politik sowie selbst aus den von ihnen vorgelegten einschlägigen Texten klar zu erkennen. Es erscheint als bezeichnend für den Zustand der de facto weitestgehend gleichgeschalteten deutschsprachigen Presse, dass sie die fundamentalen Veränderungen um Wintershall und DEA entweder über Wochen komplett ausblendet – wie etwa die „FAZ“ – oder aber keine beziehungsweise nur groteske Erklärungen für sie anführt – wie etwa die „NZZ“.

BASF ist als international tätiger Konzern durch solche Mächtigkeiten der USA natürlich besonders gefährdet, sodass die Auslagerung als kluger Schachzug erscheint. Hieran könnten sich durchaus noch weitere Abspaltungen anschließen, um die erreichte Absicherung zu vervollständigen. Wintershall Dea dürfte jedenfalls durch seine Größe, seine Aufstellung und seine mit Bedacht gewählte deutsch-norwegische Führung gute Chancen haben, dem amerikanischen Sanktionsterror zu begegnen. *Thomas W. Wyrwoll*

MELDUNGEN

Russland-Handel im Aufwind

St. Petersburg – Schon vor dem Beginn des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg (Artikel folgt in Nr. 25) zeichnete sich ab, dass deutsche Firmen den Sanktionen zum Trotz wieder stärker in Russland investieren wollen. In den Bereichen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie soll die Zusammenarbeit intensiviert werden. Ein günstiger Rubelkurs, qualifizierte Fachkräfte und niedrige Löhne machen das Engagement lohnenswert. Zudem will man Marktanteile vor dem Zugriff der Chinesen retten. China konnte die Sanktionspolitik des Westens für sich nutzen. *MRK*

Export rückgängig

Wiesbaden – Im April 2019 wurden von Deutschland Waren im Wert von 109,7 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 91,7 Milliarden Euro importiert. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren damit die deutschen Exporte im April 2019 um 0,5 Prozent niedriger und die Importe um 2,1 Prozent höher als im April 2018. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Exporte gegenüber dem Vormonat März 2019 um 3,7 und die Importe um 1,3 Prozent ab. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.912.550.058.422 €

Vorwoche: 1.912.607.718.304 €

Verschuldung pro Kopf:

23.100 €

Vorwoche: 23.101 €

(Dienstag, 11. Juni 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Siemens gliedert aus

Berlin soll Hauptsitz der bisherigen Sparte »Gas and Power« werden

Berlin kann sich Hoffnungen machen, durch den Umbau des Technologiekonzerns Siemens zum Sitz eines Unternehmens zu werden, das im wichtigsten deutschen Aktienindex, dem Dax, gelistet ist. Siemens plant, seine bisherige Energiesparte »Gas and Power« auszugliedern und als großen Energietechnik-Konzern an die Börse zu bringen. Auf die Siemens-Abspaltung entfällt ein Umsatz von 27 Milliarden Euro. Das neue Unternehmen ist damit ein wirtschaftliches Schwergewicht und ein Kandidat für den deutschen Aktienindex Dax. Siemens hat erkennen lassen, dass das neue Unternehmen bis September 2020 in Frankfurt an der Börse gelistet werden soll. Nach dem Börsengang plant die Siemens AG knapp 50 Prozent an dem Energietechnik-Unternehmen zu halten. Auf längere Sicht könnte sich Siemens mit einem 25-Prozent-Anteil begnügen.

Die Pläne für das neue Unternehmen sollen eine Verlagerung des bisherigen Hauptsitzes der Siemens-Sparte »Gas and Power« beinhalten. Gesteuert wird dieser Bereich des Siemens-Konzerns bislang aus Houston im US-Bundesstaat Texas. Laut einem Bericht der »Frankfurter

Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“) hat Berlin gute Chancen, zum neuen Standort der Siemens-Abspaltung zu werden.

Für eine Entscheidung zugunsten Berlins sprechen mehrere Gründe. Für Siemens ist die Stadt noch immer der größte Produktionsstandort. Für den Konzern arbeiten in der deutschen Hauptstadt rund 12 000 Mitarbeiter. Zudem hat der Münchner Konzern ohnehin umfangreiche Investitionspläne

Es wäre das erste Dax-Unternehmen der Hauptstadt

in der Stadt. Auf dem Gelände der historischen Siemensstadt in Spandau will der Münchner Konzern in den nächsten Jahren rund 600 Millionen Euro in einen Innovations-Campus investieren. Dort will der Konzern an der vernetzten Produktion, Elektromobilität, Energiesystemen und anderen Schlüsseltechnologien forschen. Bei dem Projekt handelt es sich um die größte Einzelinvestition in der Geschichte von Siemens. Es wäre naheliegend, wenn Siemens

den Erfolg des Projekts zusätzlich unterstützen würde, indem es in der Siemensstadt 2.0 auch den Hauptsitz eines wirtschaftlichen Schwergewichts ansiedeln würde.

Berlins Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) kündigt an, der Senat werde sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass Berlin auch für die Energiesparte von Siemens „das neue Zuhause wird“. Sollte die Entscheidung tatsächlich zugunsten Berlins fallen, würde die deutsche Hauptstadt erstmals Heimat eines Dax-Konzerns. Bislang ist in keinem der östlichen Bundesländer ein Dax-Konzern mit seinem Hauptsitz angesiedelt. Einige Berliner Unternehmen sind im M-Dax gelistet.

Im Zuge des geplanten Konzernumbaus wird Siemens in Berlin 6000 Mitarbeiter ausgliedern. In Berlin betrifft dies Beschäftigte des Gasturbinenwerks in Moabit und zum Teil auch Mitarbeiter des Schaltwerks in der Spandauer Siemensstadt. In den mitteldeutschen Flächenstaaten sind Mitarbeiter der Siemens-Standorte Erfurt und Görlitz betroffen. Bundesweit werden mehr als 20 000 derzeitige Siemens-Beschäftigte in die neue Firma ausgliedert. *Norman Hanert*

Preußische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland

Probeabo anfordern:
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

»heute« adé

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Überlehrerhaft, dogmatisch und in besserwisserischem Tonfall sowie mit verächtlichen Kommentaren gegenüber Andersdenkenden kommen tagtäglich die Nachrichtensprecher unserer sogenannten Qualitätsmedien daher. Ganz gleich, ob man sich die „Tagesthemen“ der ARD oder „heute“ im ZDF anschaut: Als Zuschauer bleibt man angesichts der oberflächlichen und einseitigen Berichterstattung mit mehr Fragen als Information zurück. In Tonfall und Mimik ähneln sie mehr und mehr der „Aktuellen Kamera“ der damaligen DDR. Da fällt es nicht schwer, gleich ganz abzuschalten.

Unweigerlich fällt mir da ein Erlebnis Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion ein: Michail Gorbatschow, damals noch Generalsekretär der KPdSU, wurde in den Nachrichten aller drei sowjetischen Fernsehprogramme gezeigt. Beim Besuch eines Werks in der Provinz gab er sich volksnah, hörte sich geduldig die Sorgen und Nöte der Arbeiter an, die über nicht gezahlte Löhne, Lebensmittelengpässe und anderes klagten. Der hilflos wirkende Gorbatschow antwortete stets „wsjo budet“ (das wird schon alles). Ein Schelm, der dabei an das von den Medien unterstützte „Wir schaffen das“ der Kanzlerin denkt.

Korrekt gelogen

Von Erik Lommatzsch

Eine Nummer kleiner ging es wieder mal nicht. Marie Sophie Hingst ist gut in der Welt rumgekommen. Sie wurde in Dublin promoviert, wo sie lebt und als „deutsche Bloggerin“ firmiert. Das erschien ihr offenbar zu unspektakulär. Mit reichlich Fantasie „bearbeitete“ sie ihre Biografie – und fand große Aufmerksamkeit. Hingst schreckte nicht davor zurück, sich eine jüdische Familiengeschichte mit 22 Holocaust-Opfern zu erfinden. Um dem Ganzen Nachdruck zu verleihen, wurden bei der Gedenkstätte Yad Vashem Gedenkbögen vorgelegt – mit falschen Angaben. Eine Historikerin stellte fest, dass Hingst aus einer evangelischen Familie stammt.

Da war plötzlich auch die „Zeit“ aufgeschreckt. Unter dem Pseudonym Sophie Roznblatt hatte Hingst dort 2017 einen Artikel veröffentlicht, in dem es un-

ter anderem heißt, als sie 19 gewesen sei, „gründeten mein bester Freund und ich eine kleine Klinik in einem großen Slum von Neu-Delhi“. Sexuallaufklärerisch habe sie sich dort betätigt, ebenso wie später für „Geflüchtete“ in Deutschland. Die „Zeit“, die zunächst Zweifel an der Darstellung vehement zurückgewiesen hatte, räumte jetzt ein, der Artikel sei „wahrscheinlich weitgehend erfunden“. Auch andere Medien, etwa die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, hatten Hingsts Erzählungen aufgegriffen. Preise gab es. Die Auszeichnung „Bloggerin des Jahres“ wurde ihr bereits wieder aberkannt.

Spätestens seit Claas Relotius wissen wir: Sofern die Geschichten politisch gewünscht sind, können sie noch so dick aufgetragen sein – sie stehen zunächst jenseits aller Kritik und erhalten lauten Beifall.

Das Bild hat einen gemischt traurigen und grotesken Charakter: Es zeigt den Plenarsaal des Deutschen Bundestages während einer Sitzung. Gleichwohl sind dort junge Leute zu sehen, sichtbar keine Abgeordneten, von denen einige am Boden liegen, während andere ein Spruchband halten: „Eure Klimapolitik = eine Katastrophe“. Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble reagiert gelassen, man könnte auch sagen: hilflos, und irgendwann ist der Spuk vorbei.

Es handelte sich dabei, so ist später zu erfahren, um ein „Jugend-Planspiel“, was immer das sein mag, gegebenenfalls muss man sich so oder ähnlich die Übernahme des Parlaments durch nicht gewählte Überzeugungstäter vorstellen.

Angesichts der täglichen, unentrinnbaren Bombardierung der Bürger mit grauerregender Klima-Propaganda wäre es nicht glaubhaft, wenn man ins Feld führen wollte, die Gefahr der Stunde gebiete, dass man auf sie aufmerksam mache.

Mittlerweile tritt der Beweggrund für solche und ähnliche Ereignisse in den Vordergrund, der die Initiatoren der Bewegung von Anfang an im Sinn gehabt haben dürften. Denn das Kausalitätsprinzip gilt nicht nur in der Physik, und man tut gut daran, sich eines Wortes des früheren US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zu erinnern, der sagte, dass nichts in der Politik zufällig geschehe. Oder mag ein halbwegs vernünftiger Mensch annehmen, dass die Klima-Prophetin Greta Thunberg durch einen glücklichen Zufall einem Journalisten aufgefallen sei, der dann flugs das Mädchen weltweit bekannt machte, ganz allein, völlig ohne eine ausgefeilte, professionelle Strategie und Organisation, wie man sie sonst für einen derartig durchschlagenden Propaganda-

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Erfolg braucht? Jeder Werbefachmann weiß, was das heißt, denn gerade die Werbung trägt dazu bei, die Reizschwelle des Publikums zu erhöhen.

Tatsächlich aber ist die Gesellschaft seit Langem auf die Möglichkeit einer überproportionalen institutionell nicht grundgelegten Einflussnahme vorbereitet worden. Das liegt an einer Ausnahmeregelung des Grundgesetzes und der Verfassungen der Länder. Im Allgemeinen folgt die deutsche Demokratie dem Prinzip der Repräsentation. Die Gesetzgebung erfolgt durch das Parlament, ebenso die Bestallung der Regierung. Die zugrundeliegende These ist die, dass es das ganze Volk sei, das sich im Parlament repräsentiert findet. Man nennt diese Ordnung auch eine indirekte Demokratie.

Doch es geht auch anders, wie das weltberühmte Schweizer Beispiel zeigt, wobei alle stimmberechtigten Bürger über Einzelfragen auf dem Marktplatz durch Handaufheben ihr Votum abgeben. Wenn auch dieser erhebende Akt in Deutschland nicht durchgeführt wird, so gibt es doch auch hier Elemente der direkten Demokratie, und zwar in Form von Volksbegehren und Volksentscheiden.

In den zurückliegenden Jahren wurde immer öfter die Forderung laut, dieses Instrument der politischen Willensbildung

Ordnungen degenerieren

Von FLORIAN STUMFALL

auszubauen und zu erweitern, und gleichzeitig wurde mehr und mehr davon Gebrauch gemacht. Bezeichnenderweise sind es meist Gruppen alternativer oder radikal-progressiver Einstellung, die sich beim Gebrauch der direkten Demokratie hervortun.

So stellt sich die Frage, wie denn die beiden Formen der Willensbildung, die Repräsentation und das Plebiszit, in der Verfassungswirklichkeit zueinander stehen. Dabei ist festzustellen, dass Volksbefragung und Volksentscheid zwar als ergänzende Möglichkeit zur Repräsentation gedacht waren, aber heute auf dem besten Wege sind, zum Gegenmodell zu werden. Beschleunigt wird dieser Vorgang durch den Umstand, dass die Beteiligung an regulären Wahlen stark gesunken ist, während die geringen Hürden für ein Plebiszit es Minderheiten ermöglichen, Entscheidungen gegen die Mehrheit herbeizuführen.

Das alles hat natürlich seine Ursachen und Folgen. Zu den Ursachen zählt wahrscheinlich hauptsächlich, ebenso wie beim Erodieren der Volksparteien, dass es den herkömmlichen politischen Gruppierungen immer schwerer fällt, ein überzeugendes Personal zu präsentieren. Zwar sind die Alternativen keineswegs tüchtiger, aber sie werden an anderen Maßstäben gemessen: Wo ein bürgerlicher Politiker Seriosität ausstrahlen muss, macht er der alternative mit Originalität. Das führt zwar zu keiner besseren Politik, aber

kommt mehr und mehr an, vor allem bei den Jugendlichen.

Das führt zu den Konsequenzen dieser Entwicklung. Die herkömmlichen Parteien sehen zu, wie ihnen die Felle davon schwimmen und glauben, sie müssten es der alternativen Konkurrenz gleichtun. Sie tun, was man mit dem hässlichen und daher genau treffenden Ausdruck „sich anschmieren“ bezeichnet, jedenfalls wenn man neuzeitlicher Ausdruckweise kundig ist. Nächste Folge: Man wird unglaubwürdig und Opfer der Regel, dass die Menschen lieber das Original wählen und nicht die Kopie.

Im gleichen Zug verliert die politische Diskussion an Rationalität. Auch diese Entwicklung hält schon länger an, wie ein eindrucksvolles Beispiel aus dem Kampf um die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf in den 80er Jahren zeigte. Die zuständigen Stellen, allen voran das bayerische Umweltministerium, versorgten die Bevölkerung überreichlich mit Informationen über eine solche Anlage, die Risiken, alle Zahlen und Daten sowie die Experten der herrlichsten Fachleute. Da zeigte das Fernsehen ein ältere Frau mit einem Plakat um den Hals, auf dem zu lesen stand: „Mein Enkel soll leben dürfen“. Aus Vorbei. Kein Mensch interessierte sich mehr für Fakten und Daten und Ex-

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltansicht aufs Korn genommen.

Provoziert! Spaltet!

Von Hans Heckel

Es hätte sich mittlerweile überall zutragen können, was dieser Tage in Hamburg passiert ist: Der AfD wurde verweigert, ihren Parteitag in einem städtischen Saal zu veranstalten, in dem sie schon öfter getagt hatte.

Die Abgeordneten der „Alternative“ im Landesparlament, der Bürgerschaft, haben den Fall vors Plenum gebracht, wo sie einer einhelligen Front von Linkspartei bis FDP gegenüberstanden. Aufschlussreich ist die Reaktion eines CDU-Abgeordneten, der sagte: „Die AfD ist nicht Opfer, sondern Täter. Sie provoziert.“

Hier zeigt sich auf erschütternde Weise, wie weit die Essenz demokratischen Denkens aus vielen Köpfen bereits herausgespült wurde. Was soll das heißen, die AfD „provoziert“? Es bedeutet nichts anderes, als dass

sie ihre Arbeit als demokratische Opposition erfüllt. Deren Aufgabe besteht ja gerade darin, die Regierenden herauszufordern, man kann es auch „provozieren“ nennen.

Ganz abgesehen davon: Jene Milieus, welche heute den Ton angeben im Land, blicken stolz auf ihre Wurzeln in der 68er Revolte, der Anti-Atom-, der Öko- und der Friedensbewegung in der alten Bundesrepublik. Wäre eine einzige dieser Bewegungen auch nur im Ansatz denkbar gewesen ohne „Provokation“? Das Provozieren der Regierung und der Polizei, der „Bourgeoisie“ oder des „Establishments“ gehörte zu deren ständiger Praxis und wird in

der Rückschau von den Veteranen und Nachzüglern jener Bewegungen als (damals) „neue, kreative Protestformen“ glorifiziert. Dagegen

An Grundlagen des demokratischen Staates erinnern

ist das Auftreten der AfD an zahlreicher Biederkeit kaum zu überbieten. Der Vorwurf der „Provokation“ enthüllt, dass Leute wie

der genannte Christdemokrat vergessen oder verdrängt haben, was Demokratie ausmacht. Das gilt auch für einen anderen, verbreiteten Vorwurf an Oppositionelle, nämlich, dass sie „die Gesellschaft spalten“.

Zu allen Zeiten haben Herrschende den Eindruck erwecken wollen, im völligen Einklang mit dem Volk zu handeln. Es war die

Aufgabe der Opposition, dieser vorgetäuschten Einheit eine Gegenmeinung in den Weg zu stellen. Mit anderen Worten: Aufzuzeigen, dass es einen „Spalt“ gibt zwischen der Auffassung der Regierung und jener in Teilen des Volkes. Wer das anklagt, der verurteilt das Recht des freien Bürgers, sich von der Regierung abzusetzen und „Nein“ zu sagen zu dem, was „von oben“ kommt.

Alarmierend ist, dass derlei Selbstverständlichkeiten eines demokratischen Gemeinwesens überhaupt herausgestrichen werden müssen und den Anlass für einen Kommentar hergeben. Offenbar liegen die letzten Diktaturen schon wieder solange zurück, dass mehr und mehr Deutschen das Eigentliche an der Demokratie aus dem Gedächtnis schwindet.



Auch sie provozierten: Die Teilnehmer der Friedensdemonstration in Bonn 1982

Bild: Imago Images

partisen, jeder stimmte in die Forderung mit ein, das Leben des unbekanntenen Enkels zu retten.

Nach 30 Jahren ist das Prinzip der Propaganda immer noch dasselbe. Es wird, heute unter dem Signum des Klimas, eine übergroße Gefahr stilisiert und die Menschheit vor die Frage gestellt, ob sie als ganze, nicht nur jener Enkel aus lang zurückliegender Zeit, überleben wolle oder nicht. Damit verbunden ist ein ausschließlicher, arroganter Anspruch auf den alleinigen Besitz der Moral.

Daten und Fakten spielen, wenn überhaupt, eine nachgeordnete Rolle.

Die herkömmlichen Parteien sind für Scharmützel dieser Art nicht gerüstet. Ihre Unsicherheit drückt sich in der Szenerie, die einen zweckentfremdeten Bundestag zeigt, beispielhaft aus. Allein, dass ein Parlamentspräsident derlei zulässt, beweist, dass er sich keinen Rat weiß. Aber da war Schäuble nicht allein, andere seiner Kollegen, die alle gerne von der Würde des Hohen Hauses reden, bringen es nicht einmal fertig, dass der Kabelschlepper vom Fernsehen im Parlament seine Mütze absetzt. Es ist völlig gleichgültig, ob ein Parlamentspräsident in seinem Hause Würde und Ordnung nicht aufrechterhalten kann oder gar nicht will – in beiden Fällen verliert er an Glaubwürdigkeit, er und die ganze Einrichtung, die er vertritt.

Ordnungen degenerieren. Man erkennt das an dem Unterschied zwischen Anspruch – hier dem Grundgesetz und den Gesetzen – und der Wirklichkeit – ihrer Wirkkraft im Alltag. Es kann indes nicht Aufgabe sein, einer solchen Entwicklung Einhalt zu gebieten, das ist schwer möglich. Doch man muss alles tun, damit eine unabweisliche Veränderung möglichst zu einer Verbesserung wird und nicht lediglich zum Tummelplatz des politischen Übermut.

Musik und Wohlbefinden

Ein Festival »Nach der Natur gemalt« – Kissinger Sommer präsentiert Musik des 18. Jahrhunderts

Unter dem Motto „1762 – Nach der Natur gemalt“ lenkt das Klassikfestival Kissinger Sommer mit 56 Veranstaltungen vom 14. Juni bis 14. Juli den Blick auf die Musik des 18. Jahrhunderts und die Beziehungen zwischen Musik und Natur.

Der Mensch und die Kunst galten im 18. Jahrhundert als Abbild der bewegten Natur. Die subjektiven Gefühle des Einzelnen fanden damals Eingang in die Musik. So entstanden am Vorabend der Französischen Revolution tonmalische Opern, Arien und Sinfonien. Spätere Konzertetitel wie „Winterreise“ (Schubert) oder „Sommernächte“ (Berlioz) beweisen es: Viele von der Natur inspirierte Werke prägen den Kissinger Sommer, der in Deutschlands bekanntestem Kurort mit einem der weltweit besten historischen Konzertsäle stattfindet.

Die dichte Vernetzung von Künstlern und Inhalten kennzeichnet das dritte Festival unter der Intendanz von Tilman Schlömp. Mehr als zwei Drittel der Programme sind exklusiv für den Kissinger Sommer entstanden oder wurden in enger Abstimmung mit den Künstlern an das Festivalprogramm angepasst. Orchester wie die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen (sie ist Festivalorchester des Kissinger Sommers), die Tschechische Philharmonie oder die Klangkörper des Bayerischen Rundfunks ermöglichten so die Entwicklung sehr individueller Programme.

Die Sopranistin Julia Leschnewa, der von der „New York Times“ eine „engelsgleiche“ Stimme bescheinigt wurde, begleitet den Kissinger Sommer als Artist in Residence. Mit ihrem Repertoire vom Barock bis zur Romantik bringt die russische Sängerin das Motto „Nach der Natur gemalt“ in die historischen Konzertsäle. Mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen und Paavo Järvi gestaltet Leschnewa das Abschlusskonzert, das in den Werken von Haydn, Mozart und Beethoven gleichsam einen Spiegel der Wiener Klassik darstellt. Neben einem Duo-Abend mit Michail Antonenko am Flügel und Orgelpositiv ist Leschnewa mit dem Kammerorchester La Voce Strumentale mit barocken Arien zu erleben.

Die Partnerschaft mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bre-

men als Festivalorchester umfasst neben ausgewählten Kammerkonzerten der Reihe „Kammerphilharmonie & friends“ drei große Orchesterkonzerte. Omer Meir Wellber als Gastdirigent eröffnet mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen das Festival, Paavo Järvi leitet neben dem Abschlusskonzert einen exklusiven Schumann-Abend mit dem Pianisten Daniil Trifonov.

Gleich drei Opern und eine Operngala mit den Bamberger Symphonikern präsentiert der

turwelt und illustriert die gestörte Beziehung des Menschen zu ihr. Für diese Oper holt der Kissinger Sommer die Produktion der Nordwestdeutschen Philharmonie am 23. Juni unter der Leitung von Frank Beermann in den Max-Littmann-Saal. Junge international erfolgreiche Sänger gestalten die konzertante Aufführung.

Noch einmal zurück in das 18. Jahrhundert blickt das „Zukunftslabor“, das wieder Schüler von Kissinger Schulen mit professionellen Akteuren zusammen-

tischen Pianisten Cyprien Katsaris mit den Teilnehmern des Kissinger KlavierOlymps 2018. Auch diesmal wird ein Teil des Festivals von der „eigenen“ Künstlerfamilie gestaltet, wodurch teils sehr individuelle Programme möglich werden. Dazu gehören unter anderem die Geigerin Patricia Kopatschinskaja, das Ensemble 2012 der Russisch-Deutschen MusikAkademie und das Ensemble Resonanz, der Pianist Igor Levit und das Netzwerk der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen.

Mirabilis gestaltet den 22. Juni mit den drei Tageszeiten-Sinfonien von Joseph Haydn, im Wechsel mit Brunch und Kaffeetafel im Kurgarten Café. Der Tag klingt aus mit einem Spätkonzert des Vision String Quartet.

Die Kissinger LiederWerkstatt bleibt als traditioneller Ort der Moderne ein Experimentierfeld auf höchstem Niveau für das Festival. Nach zwei Jahren Pause ist erstmals wieder Opernkomponist Wolfgang Rihm mit einer Uraufführung dabei, die weiteren



Sonderkonzert für ein ausgewähltes Publikum: Eine „Musikalische Schnitzeljagd“ beim Kissinger Sommer

Bild: Julia Milberger

Kissinger Sommer. Christoph Willibald Glucks 1762 uraufgeführte Oper „Orfeo ed Euridice“ („Orpheus und Eurydike“) ist das wohl bekannteste Werk des Komponisten und Startpunkt seiner Opernreform, die der Musik den unmittelbaren Gefühlsausdruck zurückgab. Der Kissinger Sommer hat den Komponisten Damian Scholl beauftragt, eine „Kissinger“ Fassung dieses Werkes zu erstellen und eigene Zwischenspiele zu komponieren, die den berühmten Orpheus-Mythos reflektieren. Der Abend mit der Mezzosopranistin Lena Belkina verbindet somit Tradition und Moderne.

Richard Wagners „Rheingold“ beginnt in einer mythischen Na-

bringt. Auf der Basis von Jean-Jacques Rousseaus Kurzoper „Le devin du village“ („Der Dorfwahrsager“) erarbeiten die Schüler mit Regisseur Till Kleine-Möller eine Musiktheater-Produktion, die an zwei Tagen im Kurtheater präsentiert wird. Die Accademia di Monaco unter der Leitung von Joachim Tschiedel und Vokalsolisten der Theaterakademie August Everding (München) sind Partner dieses Projektes.

In diesem Jahr umfasst der Kissinger Sommer 56 Veranstaltungen, von der großen Opernproduktion bis zur Musikalischen Schnitzeljagd für Familien mit Kindern. Dazu kommen drei Meisterkurse des französisch-zyprio-

Die 2018 neu hinzugekommenen Spielstätten werden auch diesmal mit besonderen Programmen bedacht: Daniel Hope spielt mit seinem New Century Chamber Orchestra im Innenhof des sanierten Luitpoldbades, das finnische Vokalensemble Rajaton gastiert in Bad Neustadt, und das Kobra Ensemble aus Amsterdam entwickelt ein Programm rund um das Thema „Wasser“, mit dem der Kissinger Sommer im Schwimmbad KissSalis Therme a-cappella-Kunst mit körperlichem Wohlbefinden verbindet.

Bereits eingeführte Formate wie Lounge, Jazz-Breakfast und literarische Konzerte bleiben bestehen. Das Kammerorchester Spira

Komponisten sind Zeynep Gedizlioglu, Gerhard Rühm, Benjamin Scheuer, Steffen Schleiermacher und Manfred Trojahn. Im Anschluss an ausgewählte Konzerte bietet das Festival einen „Künstlertreff“ im Schmuckhof an. Hier gibt es die Gelegenheit, bei einem Glas Wein mit ausgewählten Künstlern über das Konzert zu sprechen. *Ophelias Culture/tws*

Karten zu Preisen von zehn bis 95 Euro sind unter Telefon (0971) 8048444 (Montag bis Freitag von 8.30 bis 20 Uhr, Sonnabend und Sonntag von 10 bis 14 Uhr) sowie unter kissingen-ticket@badkissingen.de sowie www.kissingersommer.de erhältlich.

Ein famoses Monstrum

Die Linnahall, Revals riesige Stadthalle aus Sowjetzeiten, soll wieder bessere Zeiten erleben

Riesige Freitreppen aus Beton, die zu einem verschlossenen Konzertsaal führen, ein Saal für 5000 Besucher. Es ist eine gewaltige und doch unscheinbare Architektur direkt an der Ostsee, aber heute ungenutzt. Eine der größten und eigenartigsten Stadthallen Europas steht seit 2010 leer, verfällt.

Zu den Olympischen Spielen 1980 hatte Reval, damals Ort der Segelwettkämpfe, einen Bauboom erlebt. Neben der eigentlichen Olympiaanlage im Ortsteil Pirta waren zwei Hotel-Hochhäuser im Zentrum und die riesige Stadthalle errichtet worden. Die „Linnahall“ scheint noch heute, fast vier Jahrzehnte nach ihrer Errichtung, monströs – in ihrer Größe, ihrem rauen Erscheinungsbild, ihrer harten Architektur – und famos – in der klugen Lösung städtebaulicher Probleme.

Der Architekt der Stadthalle, Raine Karp (zusammen mit Riina

Altmäe), hatte zur Olympiade die Aufgabe bekommen, eine der größten Konzerthallen Europas an der Seeseite zu erstellen, ohne jedoch mit dem Bau den Blick auf das historische Hansepanorama zu verstellen. Gleichzeitig war eine zum Hafen laufende Eisenbahnlinie so zu überbrücken, dass diese kein Hindernis für die aus der Stadt herbeiströmenden Konzertbesucher darstellte. Karp, bis heute ein hoch geachteter Architekt in Estland, löste die Aufgabe, indem er die Stadthalle zur Hälfte im Boden versenkte. Der über der Oberfläche liegende Teil erscheint als ein System von Rampen, Freitreppen und Plattformen, die sich an den Boden schmiegen. Kein einziger Bauteil ragt in die Höhe.

Vor Ort wirken die mit grauem estnischen Sandstein verkleideten Betonelemente wie die Substruktionen eines riesigen, nie vollendeten Palastes. Erst aus der Luftperspektive erkennt man die

Logik der Architektur. Man mag Linnahall mit einer Festungsanlage des 19. Jahrhunderts vergleichen oder gar mit südamerikanischen Maya-Tempeln. Das Gebilde an der Ostsee, dem man die Funktion in keiner Weise ansieht, ist aus der Zeit gefallen.

Seit Ende des Konzertbetriebes wurden die Treppenanlagen und



Linnahall: Freitrepppe ins Nichts

das Dach der Halle von der estnischen Jugend genauso wie von Touristen erobert. Es gibt kaum einen besseren Platz in der Stadt, von dem man zur einen Seite das Ostseepanorama und zur anderen die Türme der Hansestadt erleben kann. Von der Linnahall sieht man zudem die alten Flugzeughallen noch aus der Zarenzeit, in denen seit einigen Jahren das estnische Schifffahrtsmuseum ansässig ist. Das daneben liegende Gefängnis, einst dunkler Ort der Repression, steht heute ebenfalls leer und wartet auf eine neue Aufgabe.

Auch die Linnahall soll wiederbelebt werden. Die Stadt hat beschlossen, den maroden Bau zu sanieren und in ihm die Nationaloper, das nationale Symphonieorchester sowie ein Veranstaltungs- und Messezentrum unterzubringen. Noch dieses Jahr sollen die Bauarbeiten beginnen.

Nils Aschenbeck

Neue Konzerthalle

Berliner Philharmoniker spielen im Bergdorf

Außer Kuhglocken und Alphörnern gab es im Schweizer Bergdorf Andermatt kaum Gelegenheit, große Konzerte zu hören. Das soll sich ändern. Am 16. Juni kommen die Berliner Philharmoniker in den 1400-Einwohner-Ort im Kanton Uri, um dort die neue Konzerthalle in 1500 Metern Höhe einzuweihen. Das Eröffnungskonzert mit zwei Mozart-Sinfonien und zwei Stücken von Schostakowitsch, gespielt unter der Leitung von Constantinos Carydis, bildet den Auftakt für die erste Spielzeit des Hauses, die im Herbst mit drei Konzerten in Kooperation mit Lucerne Festival fortgesetzt wird.

Der vom Studio Seilern Architects vor einem beeindruckenden Bergpanorama konzipierte Saal bietet mit 700 Sitzplätzen eine exklusive Atmosphäre und verfügt über eine flexible Bühne mit Raum für ein 75-köpfiges Orchester. Die ganzjährig in Andermatt

MELDUNGEN

Ein dichtender Scherzkeks

Halberstadt – Das Gleimhaus in Halberstadt zeigt vom 15. Juni bis 15. September zum 300. Geburtstag des Aufklärers Johann Wilhelm Ludwig Gleim die Ausstellung „Scherz – Die heitere Seite der Aufklärung“. Das Scherzhafte, das in der Literaturgeschichte vielfach als läppisch und belanglos abgetan wurde, wird dabei einer neuen Bewertung unterzogen. Gleim selbst wurde mit scherzhafter Dichtung von Wein, Liebe und Lebensfreude als junger Dichter gleichsam über Nacht zum Literaturstar. Er hatte sich den griechischen Dichter Anakreon zum Vorbild genommen, und seine anakreontischen Scherzdichtungen machten im 18. Jahrhundert Mode. www.gleimhaus.de *tws*

Fotokunst an neuer Adresse

Hamburg – Das Bucerius Kunstforum, das als kleines Ausstellungshaus in Hamburgs Innenstadt seit 16 Jahren mit beachtlichen Sonderschauen sogar internationales Publikum in die Hansestadt lockt, hat eine neue Adresse. Vom Rathausmarkt ist es ein paar Meter weiter um die Ecke in den Alten Wall 12 direkt gegenüber dem Rathaus gezogen. Über dem Eingang in der Bucerius-Passage stehen dem Haus nicht wie bisher zwei, sondern vier Etagen zur Verfügung. Bis zum 23. Juni können Besucher dort sogar kostenlos die bis zum 29. September laufende Eröffnungsausstellung „Here We Are Today. Das Bild der Welt in Foto- & Videokunst“ besichtigen. Kaum eine andere Gattung der bildenden Kunst greift so unmittelbar aktuelle Themen des gesellschaftlichen Diskurses auf wie Videokunst und Fotografie, weshalb sich die Ausstellung auf diese beiden Medien konzentriert. Gezeigt werden 80 größtenteils seriell angelegte Fotografien und sieben Videos, die sich auf die Themen „Identität, Heimat, Vergangenheit, Verbrechen und Kapital“ konzentrieren. Die Schau versammelt Positionen von 15 zeitgenössischen Künstlern wie Andreas Gursky, Herlinde Koelbl, Shirin Neshat oder Samuel Fosso. Internet: www.buceriuskunstforum.de *tws*

Eine Art Interregnum

Zwischen de Gaulle und d'Estaing stand Georges Pompidou von 1969 bis 1974 an der Spitze der Fünften Republik

Georges Pompidou war in gewisser Weise ein Interimspräsident zwischen Charles de Gaulle, der das untergehende, alte Europa repräsentierte, und Giscard d'Estaing, dem Präsidenten der Moderne, der den Grundstein für Frankreichs, wenn nicht gar Europas kulturellen und politischen Niedergang legte.

Georges Jean Raymond Pompidou war der Sohn eines Lehrerhepaares aus Albi und der Enkel von einfachen Bauern aus der Corrèze. Der Aufstieg seiner Familie in Staat und Gesellschaft wird in Frankreich als beispielhaft für die Chancengleichheit gesehen, welche die öffentlichen Schulen der im Zweiten Weltkrieg untergegangenen Dritten Republik durch ein anspruchsvolles Lehrprogramm begabten Kindern gewährten. Nach dem Abitur in Albi absolvierte Pompidou die sogenannten classes préparatoires aux grandes écoles (CPGE), die elitären Vorbereitungskurse für die Eliteuniversitäten, am berühmten Pariser Lycée Louis-le-Grand. Dort engagierte er sich in einer sozialistisch-republikanistischen Studentengruppe und bekämpfte die monarchistisch-nationalistische Action Française. 1934 erhielt er als Jahrgangsbester sein Diplom als Althilologe von der Grande Ecole „Ecole Normale Supérieure“ (ENS). Bis 1940 unterrichtete er Latein, Altgriechisch und Französisch in verschiedenen CPGE, dann wurde er eingezogen und dem 41. alpinen Infanterieregiment zugeteilt. Da er Deutsch sprach, wurde er Nachrichtenoffizier. Später wurde er zusammen mit dem Regiment mit dem Croix de guerre (Kriegskreuz) ausgezeichnet.

Seine politische Karriere begann Pompidou am Ende des Zweiten Weltkriegs. Als Beauftragter für Schulbildung im Kabinett von General de Gaulle wurde er ab 1944 dessen Vertrauter. Nach de Gaulles zwischenzeitlichem Rückzug aus der Politik blieb Pompidou bis 1954 weiter auf höchster Verwaltungsebene tätig und wechselte dann als Generaldirektor zur Bank Rothschild

Frères, bis 1982 die Bank des französischen Zweiges der Familie Rothschild. Mit de Gaulle kehrte Pompidou 1958 in die Politik zurück. Zuerst diente er diesem als dessen Kabinettschef, dann wurde er Mitglied des Verfassungsrates. De Gaulle machte ihn zudem zum Unterhändler mit der algerischen Unabhängigkeitsbewegung Front de Libération Nationale (FLN, Nationale Befreiungsbewegung). Am 18. März 1962 unterzeichneten Frankreich und Algerien das Abkommen von Evian, das von

neue Regierung des unabhängigen Algerien. Ein Teil der rechten Franzosen verzeiht dieses Abkommen de Gaulle bis heute nicht.

Am 14. April 1962 ernannte de Gaulle Pompidou zum Premierminister, eine Funktion, die er über die Volksabstimmung zur direkten Wahl des Präsidenten durch das Volk am 28. Oktober 1962 hinaus bis zu seinem Rücktritt im Juli 1968 innehatte, was ihn zum Inhaber dieses Amtes mit der längsten Dienstzeit machte. Seine Regierung fiel in die Zeit der Trente

Landes. Große Infrastrukturprojekte wie die Erschließung der Küste der bis 2015 bestehenden südfranzösischen Region Languedoc-Roussillon für den Massentourismus, der Bau der Villes Nouvelles, der futuristischen Hochhaus-siedlungen am Rande der Großstädte, die Verdopplung des Autobahnnetzes und der Bau des Pariser Großflughafens Charles de Gaulle wurden in seiner Amtszeit ebenso durchgeführt wie Verwaltungsreformen und die Entsendung ins All des ersten französi-

Giscard d'Estaing. Für die Parlamentswahlen 1966 versuchte Pompidou mit geteiltem Erfolg diese Tendenz durch die Aufstellung von sogenannten jungen Wölfen, mehrheitlich Absolventen der staatlichen Kadenschmiede ENA (École nationale d'administration, Nationale Hochschule für Verwaltung), aufzuhalten. Damit legte Pompidou das Fundament für die von den Gelbwesten kritisierte und bis heute nachwirkende Usurpation des Regierungsapparates durch die technokratischen

treten war, wurde Pompidou am 15. Juni zu dessen Nachfolger gewählt. Seine erste Amtshandlung bestand darin, Frankreich innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aus der von de Gaulle freiwillig gewählten Isolierung herauszuführen und der europäischen Konstruktion unter den Schlagworten „Vollendung, Vertiefung, Erweiterung“ neuen Schwung zu verleihen. Pompidou hob de Gaulles Veto gegen den EWG-Beitritt Großbritanniens auf und versuchte auch, gegenüber den USA einen weniger rigorosen Kurs zu fahren als sein Vorgänger.

In Frankreich selbst trieb er die wirtschaftliche Entwicklung und die Industrialisierung vor dem Hintergrund der ersten Ölkrise und sozialer Spannungen weiter voran. Dazu gehörten der Bau der ersten TGV-Linie zwischen Paris und Lyon, die Schaffung des Konsortiums Airbus, der Ausbau der Nahrungsgüterindustrie sowie die Verfolgung des Ziels der autogerechten Stadt.

Noch während seiner Amtszeit erlag Präsident Pompidou am 2. April 1974 einer akuten Blutvergiftung als Folge des Morbus Waldenström, einer malignen Lymphomerkkrankung. Das Ende von Pompidous Leben fällt also in dasselbe Jahr wie jenes der Trente Glorieuses.

Zum Erbe Pompidous gehört das erst nach seinem Tod 1977 eröffnete, avantgardistisch anmutende staatliche Kunst- und Kulturzentrum im 4. Arrondissement von Paris Centre national d'art et de culture Georges-Pompidou, kurz Centre Pompidou, aber auch das nach seinem Justizminister René Plevin benannte erste einwandererfreundliche Zensurgesetz. Seit 1972 stellt es die Anstiftung zum Rassenhass und Diskriminierung unter Strafe. Seither muss nicht mehr ein konkretes Opfer gegen einen konkreten Täter klagen, sondern auch Dritte können im Namen potenzieller Opfer gegen die Verbreitung bestimmter abstrakter Aussagen klagen. Die Fallauslegung liegt dann bei der Justiz. *Eva-Maria Michels*



Vor 50 Jahren: Nach der Amtseinführung schreitet Frankreichs neuer Präsident Georges Pompidou die Front einer Formation der Garde républicaine ab

Bild: pa

91 Prozent der Franzosen in Frankreich am 8. April in einer Volksabstimmung bestätigt wurde. Damit endete zwar der Algerienkrieg, aber es bedeutete auch den Verlust der großen französischen Kolonie auf der anderen Seite des Mittelmeeres. Verbunden damit waren die Flucht von einer Million Algerienfranzosen und 42500 Harkis, algerischen Kollaborateuren, die für die französischen Kolonialherren gekämpft hatten, sowie die Auslieferung von weiteren 120000 Harkis an die

Glorieuses, den „herrlichen 30“ Jahren von 1945 bis 1974, die in Frankreich eine ähnliche Stellung haben wie in der Bundesrepublik die Zeit des Wirtschaftswunders. Pompidous Name wird deshalb bis heute mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, mit Modernisierung und einem in Fragen der Industrialisierung strategisch agierenden Staat in Verbindung gebracht.

Als Regierungschef übernahm Pompidou Verantwortung für die wirtschaftliche Erschließung des

schen Satelliten Asterix am 26. November 1965. Die Zeit war von einer Rückkehr zur Währungsstabilität und Handelsbilanzüberschüssen gekennzeichnet.

Ab Mitte der 60er Jahre erstarkte auf der innenpolitischen Bühne die Linke, welche die außenpolitischen Entscheidungen de Gaulles, insbesondere den Rückzug aus der Kommandostruktur der NATO, angriff. Analog verstärkten sich im rechten Lager linke Tendenzen in Form des Linksgaulismus und der Liberalen um

ENA-Seilschaften. Pompidous letzte, 1967 ernannte Regierungsmannschaft spiegelte seine Öffnung in Richtung Jugend und Modernität sowie linke Ideen, wie sie die 68er vertraten, wider. Diese Entwicklung ist zu einem Großteil für den Bruch mit de Gaulle, der zu Pompidous Rücktritt vom Amt des Premierministers am 10. Juli 1968 führte, verantwortlich.

Nachdem de Gaulle nach dem gescheiterten Referendum im Zuge der Studentenunruhen von Mai 1968 am 28. April 1969 zurückge-

Originalquellen gegen mikroverfilmte Kopien

Vor 25 Jahren übergaben die USA der Bundesrepublik das Berlin Document Center mit der NSDAP-Mitgliedskartei

Vor 25 Jahren übergaben die USA das gesammelte Aktenmaterial aus der Zeit des Nationalsozialismus, das im Berlin Document Center lagerte, an das deutsche Bundesarchiv. Anlass hierfür war vor allem ein handfester Skandal um zehntausende gestohlene Originalschriftstücke.

Angesichts des nahenden Kriegsendes sollte die Mitgliederkartei der NSDAP Mitte April 1945 in der Josef Wirth Papier-, Pappen- und Wellpappenfabrik in München-Freimann vernichtet werden. Allerdings verzögerte der Geschäftsführer des Unternehmens, Hanns Huber, die Ausführung des Auftrags bis zum Eintreffen der US-Besatzungstruppen. Diese taten sich zunächst recht schwer damit, die Bedeutung des quasi auf dem Silbertablett präsentierten Datenschatzes zu erkennen, überführten ihn dann aber schließlich doch im Januar 1946 in das 6889. (später 7771.) Document Center in Berlin-Zehlendorf. Dort bildete die noch zu neun Zehntel erhaltene NSDAP-Zentralkartei mit ihren 10,7 Millionen Karteikarten den Grundstock einer gigantischen Sammlung von Originalakten aus der NS-Zeit. Hierzu gehörten insbe-

sondere auch rund 400000 sicher-gestellte Personalunterlagen von SS- und SA-Angehörigen sowie 238600 ausgefüllte Fragebögen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS. Alles in allem trugen die Dokumentenjäger der Abteilung G-2 der US-Besatzungstruppen 140 Millionen Blatt Papier mit Informationen über 15 Millionen Deutsche und einem Gesamtgewicht von 400 Tonnen zusammen. Für deren Aufbewahrung waren rund 8,5 Regalkilometer nötig.

Zum 1. Oktober 1953 ging dieser Aktenbestand offiziell in den Besitz der Regierung der Vereinigten Staaten über – seither trug das Archiv die Bezeichnung Berlin Document Center (BDC) und unterstand dem Außenministerium in Washington. Das wollte sich jedoch 1967 des BDC entledigen. Hieraus resultierte ein ebenso konkretes wie ernstgemeintes Angebot an die Bundesrepublik, das Konvolut an NS-Dokumenten zu übernehmen. Einzige Bedingung war dabei, dass die Deutschen den kompletten Bestand für die Amerikaner auf Mikrofilm kopierten. Trotzdem sträubte sich die Bundesregierung noch mehr als zwei Jahrzehnte gegen die Annahme des papiernen Erbes des Drit-

ten Reiches. Das nährte natürlich Gerüchte, Bonn wolle Angehörige der bundesdeutschen Elite mit NS-Vergangenheit schützen, denn nach einer Übergabe des BDC an Deutschland wäre der Zugang zu den Akten für Historiker und Journalisten deutlich unkomplizierter geworden. Und tatsächlich hätte man bei einem früheren Eigentümerwechsel unter anderem wohl schon deutlich vor 1994 die NSDAP-Mitgliedschaft des lang-jährigen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher (FDP) aufgedeckt.

Während sich die Angelegenheit also mit äußerster Zähigkeit hinzog, ging im August 1982 eine Anzeige bei der Berliner Staatsanwaltschaft ein, dass aus dem Document Center entwendete Schriftstücke in Militaria-Sammlerkreisen kursierten. Dabei handelte es sich zumeist um Papiere, die niemals in die Hände von Besuchern gelangt waren, was den logischen Schluss nahelegte, die Diebe unter den Mitarbeitern des Archivs zu suchen. Doch genau das unterblieb geschlagene fünf Jahre lang, bis dann endlich 1987 rund 1000 Seiten aus dem BDC im Hanseatischen Auktionshaus Hamburg beschlagnahmt werden

konnten. Hierdurch stolperten die Behörden zwangsläufig über den Haupttäter Alfred Darko, seines Zeichens Leiter der Reproduktionsabteilung des Document Center, der mehrere zehntausend Blatt Aktenmaterial aus dem Archiv hinausgeschmuggelt und verhökert hatte. Im Prozess gegen ihn und seine deutschen Helfer Herbert Borrmann und Henry Berger kam zutage, welch unglaubliche Zustände im BDC herrschten. Weder konnten die Amerikaner sagen, was alles fehlte, weil keinerlei systematische Inventarisierung erfolgt war, noch hatte man je Taschenkontrollen bei den Mitarbeitern durchgeführt.

Darüber hinaus sagte Darko aus, der Direktor des BDC, Daniel Simon, und weitere amerikanische Führungskräfte hätten ihn zu den Diebstählen angestiftet. Diesen Vorwürfen ging die deutsche Justiz jedoch aus politischen Rücksichten niemals nach. Andererseits erscholl nun aber seitens des Deutschen Bundestages der Ruf nach einer unverzüglichen Übertragung des Archivs in deutsche Hände. Dies erforderte freilich das energische Vorantreiben der bis dahin extrem zögerlich durchgeführten Mikroverfilmung der Ak-

ten. Dennoch dauerte selbige noch bis 1994, weil in ihrem Rahmen über 50 Millionen Aufnahmen gemacht werden mussten.

Währenddessen meldeten sich Vertreter des Jüdischen Weltkongresses (WJC) zu Wort und protestierten lauthals gegen die Absicht, den Deutschen die Originalakten zukommen zu lassen. Der geschäftsführende Direktor des WJC von 1986 bis 2004, Elan Steinberg, intervenierte 1990 und 1993 sogar bei den US-Präsidenten George H. W. Bush und Bill Clinton, blieb aber letztlich ohne Gehör. Am 18. Oktober 1993 unterzeichneten deutsche und amerikanische Regierungsvertreter in den Räumen des BDC das „Abkommen über die Übergabe des Berlin Document Center“ in die Verwaltung des Bundesarchivs.

Die praktische Umsetzung der Vereinbarung erfolgte dann ein reichliches halbes Jahr später. In den späten Abendstunden des 30. Juni 1994 holten US-Militärpolizisten das Sternenbanner auf dem Gelände des BDC ein, wozu David Marwell, der Nachfolger des inzwischen geschassten Simon, die Dienststelle als letzter Amerikaner verließ. Und am Mor-

gen des Folgetages wiederum schraubte dann der damalige Präsident des Bundesarchivs, Friedrich Kahlenberg, ein Schild mit der Aufschrift „Bundesarchiv-Außenstelle Berlin-Zehlendorf“ am Eingangstor an. Die „Washington Post“ kommentierte diesen Vorgang mit den euphorischen Worten, er sei „ein Meilenstein in der Wiederherstellung deutscher Souveränität“. Tatsächlich jedoch kontrollierte ein von der US-Regierung eingesetzter „Vertrauensbeauftragter“ namens Jock Covey das BDC weiterhin aus dem Hintergrund – er besaß unter anderem Vetorecht, was den Umgang mit den Akten betraf.

1996 wanderten die übernommenen Bestände ins Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde. Seitdem werden sie intensiv für die Erforschung der Zeit des Nationalsozialismus genutzt. Dabei denken aber wohl nur die wenigsten Historiker daran, wie leicht es bis 1987 war, Dokumente aus dem Archiv herauszuschmuggeln, und dass es durchaus im Bereich des Möglichen liegt, dass das eine oder andere Papier den umgekehrten Weg gegangen ist und nun als „Originalquelle“ dient.

Wolfgang Kaufmann

Das erste, das auch funktionierte

Vor 80 Jahren absolvierte das Raketenflugzeug Heinkel He 176 seinen Erstflug

Raketenflugzeuge führen ein Nischendasein in der Luftfahrt, obwohl sich Flugpioniere frühzeitig für sie interessierten. Der Raketenantrieb versprach nicht nur hohe Geschwindigkeiten, sondern auch hohe Beschleunigung und beeindruckende Steigleistungen. Das erste funktionierende Raketenflugzeug der Welt, die Heinkel He 176 flog am 20. Juni 1939 zum ersten Mal.

Bis zu diesem Erstflug vor 80 Jahren war es indes ein langer Weg. Schon in den 20er Jahren des vorherigen Jahrhunderts untersuchte der deutsche Konstrukteur Alexander Lippisch, ob ein derartiger Antrieb brauchbar war. Er baute 1929 das erste Flugzeug mit einem Raketenantrieb. Die „Ente“ wurde von zwei Pulverraketen angetrieben und flog am

11. Ju-

motor des Heereswaffenamtes benutzte Alkohol und Flüssigsauerstoff. Entwickelt hatte ihn die Konstruktionsgruppe um Wernher von Braun, der später auch den Bau des Aggregats 4 (Vergeltungswaffe 2) und dessen Vorgänger verantworten sollte. Dagegen arbeitete das Triebwerk der Firma Walter aus Kiel mit einer Wasserstoff-Superoxid-Lösung und entweder Kalziumpermanganat oder Natriumpermanganat als Katalysator. Der Katalysator erzeugte bei der Zersetzung der Wasserstoff-Superoxid-Lösung einen heißen Schubstrahl aus Wasserdampf und Sauerstoff.

Ernst Heinkel wollte mit einem neuen Flugzeug die magische Geschwindigkeitsgrenze von 1000 Kilometern pro Stunde angreifen. Das Reichsluftfahrtministerium (RLM) beauftragte Heinkel 1936 mit der Entwicklung der He 176. Entwicklungsarbeiten und Bau des Raketenflugzeugs wurden sorgfältig vor der Öffentlichkeit abgeschirmt.

Das Walter-Triebwerk wurde ab dem Frühjahr 1937

erprobt. Das geschah zunächst in einer Heinkel He 72, einem Doppeldecker und anschließend in einem Trainingsflugzeug vom Typ Focke-Wulf Fw 56 „Stößer“. Wegen Schwierigkeiten mit dem

R-102 konzentrierten sich Heinkel und das RLM auf die Heinkel He 176 V-1 mit dem Walter-Triebwerk. Das R-102 hätte dann die He 176 V-2 antreiben sollen. Als das Walter-Triebwerk für die He 176 fertig war, baute man es zunächst in einen der He-112-Prototypen ein, die Heinkel nach seiner vergeblichen Bewerbung um den Auftrag für das Standardjagdflugzeug der Luftwaffe übrig hatte.

Dabei war die He 176 V-1 bereits früher fertig als ihr Triebwerk. Im Juli 1938 wurde sie unter strenger Geheimhaltung im Windkanal der Aerodynamischen Versuchsanstalt Göttingen vermessen. Das Flugzeug war ein kleiner Mitteldecker mit Einziehfahrwerk. Der Pilot saß in halbbliegender Position in der

kaum auf 100 Kilometer in der Stunde kam. Die Grasnarbe des Flugplatzes bremste zu stark. Am Strand von Usedom lief es nicht besser. Das Flugzeug war zu langsam, um irgendeine Ruderverwirkung zu erzielen. Also musste Flugkapitän Erich Warsitz das Flugzeug mit kurzen Schubstößen bewegen. Um Bug und Tragflächen zu schützen, erhielt die Maschine ein provisorisches Bugrad und Schutzbügel unter den Tragflächen. Die Kabine ließ man offen, sodass die einzigen erhaltenen Fotos der

He 176
e i n



sehr merkwürdiges Fluggerät zeigen.

verglagen Rumpfspitze. Je nach Quelle lag die Rumpflänge bei 5,2 oder 6,2 Metern, die Flügelspannweite bei fünf Metern. Die Höchstgeschwindigkeit lag wahrscheinlich bei 750 Kilometern pro Stunde, ist aber nicht belegt. Die Rumpfspitze war als Rettungskapsel konstruiert und konnte abgesprengt werden. Ein kleiner Fallschirm stabilisierte die Kapsel. Dann konnte der Pilot die Kabinenhaube abwerfen und seinerseits mit dem Fallschirm abspringen.

Im Herbst 1938 begannen die Rollversuche in Peenemünde-West. Sie gestalteten sich mühsam, weil das Flugzeug im Schlepp eines schweren Personenkraftwagens

Vor dem eigentlichen Erstflug am 15. Juni 1939 machte Warsitz mit der He 176 eine Reihe von Luftsprüngen über rund 100 Meter Distanz. Am 15. Juni selbst flog er mit der Maschine eine Platzrunde. Danach sollten die Flugversuche eigentlich fortgesetzt werden, aber es kam nur noch zu Vorführungsfügen vor hohen Luftwaffenoffizieren und Adolf Hitler selbst.

Die Arbeiten wurden bei Kriegsausbruch eingestellt, die im Bau befindlichen anderen Maschinen verschrottet. Die He 176 V-1 sollte im Berliner Luftfahrtmuseum ausgestellt werden und wurde dort 1943 bei einem Bombenangriff zerstört. Auch die meisten Unterlagen über das Flugzeug gingen verloren. *Friedrich List*

So hat man sich den Erstflug am 20. Juni 1939 über Peenemünde wohl vorzustellen: Die Heinkel He 176 V-1 mit Erich Warsitz am Steuerknüppel

Bild: pa

ni 1928 erstmals, allerdings nicht besonders weit. Der erste Startversuch schlug fehl. Beim zweiten Startversuch gelang ein Hüpfen von eineinhalb Kilometern Länge. Der dritte endete mit der Explosion einer Rakete. Dem Testpiloten Fritz Stamer gelang es trotzdem, sicher zu landen und sich in Sicherheit zu bringen, bevor das Flugzeug am Boden ausbrannte.

Heinkel sollte vier Versuchsmuster bauen. Sie waren als reine Experimentalflugzeuge ohne jede militärische Ausrüstung geplant. Mit ihnen wollten die Verantwortlichen Hochgeschwindigkeitsflüge durchführen. Die Vorarbeiten begannen im Dezember 1936, die eigentliche Konstruktion folgte ab Juli 1937.

Anfangs waren zwei Triebwerke vorgesehen. Der R-102-Raketen-

erprobt. Das geschah zunächst in einer Heinkel He 72, einem Doppeldecker und anschließend in einem Trainingsflugzeug vom Typ Focke-Wulf Fw 56 „Stößer“. Wegen Schwierigkeiten mit dem

Übungen in Schwarz-Rot-Gold

Friedrich Ludwig Jahn, der »Turnvater« als Rebell und Patriot

Auch „Turnvater Jahn“, vorzugsweise mit rauschendem Bart dargestellt, war einmal ein aufsässiger Jüngling. Dieser Charakterzug prägte Friedrich Ludwig Jahn sein Leben lang. Seine Turnübungen sollten fit machen zur Befreiung von Napoleon, er stritt gegen die deutsche Kleinstaaterei und Fürstenwillkür. Deshalb wurde er vor 200 Jahren, am 14. Juli 1819, in Berlin verhaftet.

Es brodelte in Deutschland im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts. Nach der napoleonischen Besetzung bildete sich Nationalbewusstsein, studentische Burschenschaften gründeten sich. Beim Wartburgfest 1817 verbrannten Burschenschafter unliebsame Schriften. Dazu gehörten auch Werke des Schriftstellers August von Kotzebue. Im März 1818 erstach der Theologiestudent, Turner und Burschenschafter Karl Ludwig Sand Kotzebue. Aus Furcht vor einer Revolution beschloss der Deutsche Bund nach dem Mord ein Verbot der Burschenschaften.

Preußen und andere Länder verhängten ein Turnverbot. Turner wurden verhaftet, Jahn Turnübungen auf der Hasenheide untersagt. Wegen hochverräterischen Verhaltens wurde er in der Nacht zum 14. Juli 1819 am Krankenbett seines Kindes verhaftet. Während er in Spandau in Haft saß, starben zwei seiner Kinder. Fünf Jahre der Gefangenschaft in Küstrin, Berlin und Kolberg

schlossen sich an. Während dieser Zeit starb seine Frau, Jahn durfte nicht zu ihrer Beerdigung. Was wurde ihm vorgeworfen?

Friedrich Ludwig Jahn war ein rebellischer Geist. Er wurde als Sohn eines evangelischen Pfarrers am 11. August 1778 in Lanz an der Prignitz geboren. Die Schule verließ er ohne Abschluss.

Da das Abitur nicht Voraussetzung für ein Studium war, schrieb Jahn sich in Halle als Theologiestudent ein. Er stritt für die Reinheit der deutschen Sprache, wetterte gegen die Durchmischung des Deutschen mit französischen Ausdrücken. Zudem verfasste er eine Schrift unter dem Titel „Über die Beförderung des Patriotismus im Preussischen Reich“. In Geldnot überließ er sie einem Kommilitonen für zehn Taler. Unter dessen Namen erschien die Schrift. Das könnte somit kaum der Grund gewesen sein, aus dem Jahn von der Universität verwiesen wurde. Er versuchte an mehreren anderen Universitäten Fuß zu fassen. 1800 wurde bei einem Prozess in Leipzig ein Verbot für sämtliche deutsche Universitäten verhängt. Unter falschem Namen schrieb er sich an der Universität Greifswald ein, die damals schwedisch war. Dort lernte er Ernst Moritz Arndt kennen. Gemeinsam entwickelten sie die Idee eines „Vereinigten Deutschlands“. Nach 13 Semestern verließ Jahn Greifswald – wieder ohne Abschluss.

Seine Zukunft sah nicht vielversprechend aus. Jahn schlug sich als Hauslehrer durch. Er organisierte Wanderungen für Schüler sowie Spiel- und Badenachmittage. Dabei ging es gelegentlich ruppig zu: „Zerrissene



Bei öffentlichen Leibesübungen auf der Strasse in seiner Heimatstadt Freyburg: Friedrich Ludwig Jahn, umringt von männlichem Publikum

Bild: Imago/Harald Lange

Kleider und blutige Köpfe waren dabei alltägliche Erscheinungen“, schrieb ein Freund. Jahn wollte die Jugendlichen abhärten, sie ertüchtigen, gegen Napoleon zu kämpfen. Nach dessen Sieg 1806 bei Jena und Auerstedt verband

Jahn in einer Rede erstmals öffentlich Freiheit für das Vaterland und Leibeserziehung zur Charakterbildung. Der Pädagoge Johann Guts Muths, der „Gymnastik für die Jugend“ als Voraussetzung zur Erziehung zu „wür-

schaften zu. Neben Ausfällen gegen alles Fremde standen Forderungen nach gleichen Bürgerrechten für alle, Aufstiegschancen für Kinder aus ärmeren Schichten, nach nationaler Bildung, nationaler Einheit. Aber dann wurde Jahn wieder zum Hitzkopf: „Hass alles Fremden ist des Deutschen Pflicht.“

Als Hilfslehrer in Berlin ließ er in der Hasenheide 1811 den ersten öffentlichen Turnplatz bauen. Leichtathletik und Geräteturnen standen auf dem Programm. Jahn entwickelte Übungen an Barren und Reck. Die Turner wurden straff organisiert. Nach zwei Jahren bürgerte sich die Bezeichnung „Turnvater Jahn“ ein.

Als Napoleons auf dem Rückzug war, meldeten sich während der Befreiungskriege viele Turner als Freiwillige zum Lützowschen Freikorps, auch Friedrich Ludwig Jahn. In der Völkerschlacht bei Leipzig wurde Napoleon 1813 geschlagen. Die nationale Turnerbewegung erlebte eine neue Blüte. Daraus ging 1815 die erste Burschenschaft hervor. Jahns Buch „Die Deutsche Turnkunst“ wurde ein Bestseller. Er war prominent, er half, das Wartburgfest 1817 vorzubereiten.

Mit dem Mord des Burschenschafters Sand an Kotzebue und den nachfolgenden Beschlüssen von Karlsbad wurden die Nationalen zu Staatsfeinden. Der preussische König Friedrich Wilhelm III. verbot das öffentliche

Turnen, der Turnplatz Hasenheide wurde geschlossen, Jahn wegen staatsfeindlicher Äußerungen verhaftet. Über seinen Fall entschied der Dichter und Richter E.T.A. Hoffmann. Er hielt Jahn für einen politischen Phantasten, hinter dessen starken Worten nichts steckte, eine Schuld erkannte Hoffmann nicht. Er hätte Jahn freilassen wollen, aber fällt doch „auf Anweisung“ das Urteil: Fünf Jahre Haft. Nach seiner Entlassung stritt Jahn weiter für einen deutschen Nationalstaat. Wegen staatsfeindlicher Äußerungen, „frechen Äußerungen gegen Staat und Verfassung“, wurde er abermals inhaftiert. Er konnte eine Berufung durchsetzen, durfte sich aber künftig nicht in Berlin oder anderen Universitätsstädten aufhalten.

Erst nachdem Friedrich Wilhelm IV. den preussischen Thron 1840 bestiegen hatte, wurde Jahn rehabilitiert. Er erhielt das aberkannte Eiserne Kreuz zurück, die Turnsperrung wurde aufgehoben und Turnen zum Schulfach.

1848 in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt, hielt Jahn 1849 eine Parlamentsrede: „Mein Schild führt drei Farben: Schwarz-rot und gold, und darin steht Ehre, Freiheit, Vaterland ...“

Drei Jahre später, am 15. Oktober 1852, starb „Turnvater Jahn“ in Freyburg an der Unstrut. Zu den Olympischen Spielen 1936 wurde er umgebettet in sein ehemaliges Wohnhaus in Berlin. *Klaus J. Groth*

Weißes Kreuz auf rotem Grund

Diesen Sonnabend ist Walde- martag. Dann wird in Dänemark wieder der Dannebrog gehisst. In diesem Jahr ist der Walde- martag jedoch ein besonderer, denn es ist dann 800 Jahre her, dass den Dänen ihre Flagge vom Himmel vor die Füße gefallen ist.

Besagter Waldemar, Sohn Waldemars I. und seit 1202 als Waldemar II. König von Dänemark, gründete 1219 das Bistum Reval und begann mit der Eroberung von Estland. Die heidnischen Esten leisteten jedoch Widerstand und lieferten den Dänen am 15. Juni die Schlacht von Lyndanisse. Unweit der von den Dänen besetzten estnischen Burg von Lyndanisse, dem heutigen Reval oder Tallinn, gelang den Esten an jenem Tag ein erfolgreicher Überraschungsangriff auf die dänischen Eroberer, was dazu führte, dass letztere sich in alle Winde zerstreuten. Waldemars II. Lehnsman Witslaw I. von Rügen gelang jedoch die Wende. Er sammelte seine Männer, schlug zurück und besiegte die Esten. Gemäß der Legende gelang die Schlachtenwende, nachdem ein Dannebrog vom Himmel gefallen war. Kein Wunder, dass die Dänen dieses rote Stück Tuch mit einem weißen Kreuz zu ihrer Flagge erkoren.

In der Tat stammt der Dannebrog aus dem Mittelalter und man nimmt an, dass die Flagge auch tatsächlich aus der dänischen Kreuzzugszeit stammt. Allerdings scheint es sich beim Dannebrog weniger um ein Geschenk des Himmels als um ein Plagiat der Kriegsflagge des Heiligen Römischen Reiches zu handeln. Das schmälert allerdings nicht den Wert des Dannebrog als einigendes Symbol der Dänen über die Jahrhunderte. Dieser Hinweis sei erlaubt, 100 Jahre nachdem der Weimarer Flaggenstreit zwischen Schwarz-Rot-Goldenen und Schwarz-Weiß-Roten mit dem sogenannten Weimarer Flaggenkompromiss nur eine unbefriedigende Lösung fand. *Manuel Ruoff*



Moment der Woche

Donald Trumps Drohungen zeigen unverhofft rasch Wirkung. Der US-Präsident hatte im März angekündigt, große Teile der Grenze zu Mexiko zu schließen, wenn der Nachbar nicht härter gegen durchziehende illegale Einwanderer vorgehen sollte. Unlängst drohte Trump zudem mit Strafzöllen auf mexikanische Importe, die in Fünf-Prozent-Schritten bis Oktober 25 Prozent erreichen sollten.

Seit Dezember 2018 herrscht in Mexiko eine Linksregierung, die zunächst eine lockere Zu- und Durchwanderungspolitik

angekündigt hatte. Nun riss sie das Ruder, wohl auf Trumps Druck hin, herum: Die „Neue Zürcher Zeitung“ („NZZ“) berichtet von diversen Razzien, neuen Kontrollposten und einem sprunghaften Anstieg von Abschiebungen illegal eingereister Personen.

Trump's Drohung an Mexiko wirkt

Zuletzt war die Zahl durchziehender Asylsucher noch einmal drastisch angestiegen. Das mexikanische Innenministerium spricht laut „NZZ“ von 300 000 Personen, die das Land allein im ersten Vierteljahr 2019 mit Ziel USA durchquert hätten. *H.H.*

Nazi-Vergleich – ein Auslaufmodell?

Es wird immer deutlicher: Unsinnige Diffamierung führt zur Verharmlosung des NS

Äußerst empfindlich reagieren Öffentlichkeit und nicht selten auch Justiz, wenn es um die Verharmlosung von NS-Verbrechen geht. Diesbezüglich herrscht ein umfassender gesellschaftlicher Konsens. Mitunter nimmt das Ganze allerdings Formen an, die hart an der Grenze der Verhöhnung der Leidtragenden des nationalsozialistischen Regimes liegen. Etwa, wenn akribisch darauf geachtet wird,

Alles und jeder wird braun eingepinselt

dass Autokennzeichen keine Buchstaben- und Zahlenkombinationen enthalten dürfen, die in irgendeinem Zusammenhang mit Institutionen oder Personen der damaligen Zeit gebracht werden könnten.

Oder wenn Bundesinnenminister Horst Seehofer es für „nicht denkbar“ hält, dass die Olympischen Sommerspiele 2036 in Deutschland stattfinden wegen der „Nazi-Olympiade“ von 1936. Die Form derartiger Aktionen und Stellungnahmen lässt stark am Bewusstsein für die Dimensionen der NS-Verbrechen zweifeln.

In diese Kategorie gehört insbesondere der Nazi-Vergleich auf medialer und politischer Ebene. Frei von jeglicher historischer Sachkenntnis werden Personen mit den Tätern der ersten deutschen Diktatur gleichgesetzt und entsprechend diffamiert. Da dies seit geraumer Zeit inflationär stattfindet, schwindet die Sensibilität, welche Voraussetzung für jegliche ernsthafte Lehre aus der Zeit des Dritten Reiches ist.

Der CDU-Außenpolitiker Ruprecht Polenz verwies schon im Mai 2016 auf die „Nazis“, deren Denken und Äußerungen „erhebliche Parallelen zur heutigen AfD-Propaganda“ aufweisen würden. Im September 2018 setzte der „Spiegel“ einen Kommentar unter die Überschrift „Alternative für Deutschland. Wer sie wählt, wählt Nazis“. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sönke Rix wurde im April 2019 von der „Welt“ gefragt, ob Mariana Harder-Kühnel, zu dieser Zeit AfD-Kandidatin für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten, eine Nationalsozialistin sei. Rix erklärte, die AfD sei für ihn „eine Partei, die man mit Nazis vergleichen kann“. Sie pflege einen Jargon, „den wir aus rassistischen und nationalsozialistischen Zusammenhängen kennen“. Und Hader-Kühnel sei eben Mitglied dieser Partei. Ebenfalls

im April platzierte der „Tagesspiegel“ in seinem Bericht über den Geraer Staatsanwalt Martin Zschäcker, der gegen das „Zentrum für Politische Schönheit“ ermittelt hatte, den Tweet eines Ex-Kommilitonen: „Wir nannten ihn nur den Jura-Nazi“.

Zwar oft nicht prominent berichtet, aber durchaus auffindbar, sind Vorgänge, die zeigen, dass das Gefühl für die Angemessenheit von Vergleichen nicht überall erloschen ist. So erwarb der Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel unlängst eine einstweilige Verfügung gegen „Facebook“. Ein Nutzer hatte die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel dort als „Nazi Drecksau“ titulierte.

Zu einer Geldstrafe wurde der SPD-Politiker Valentin M. Kuby im November 2018 verurteilt. Er hatte den AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka als „Nazi“ bezeichnet. Und erst vor wenigen Tagen berichtete das Onlineportal „DerWesten.de“, dass der Essener Stadtrat Ahmad Omeirat von den Grünen sein Mandat vorerst ruhen lasse. Er hatte geäußert, dass er sich durch eine Rede des CDU-Landtagsabgeordneten Gregor Golland an Hitler und Goebbels erinnert fühle.

Die linkslastige, im September 2018 verabschiedete „Resolution

des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie“ war mehrheitlich angenommen worden. Sie führte allerdings auch zu Widerspruch. Zwar werde dort auf das „Wörterbuch der Rechtspopulisten“ und deren „antidemokratische Sprache der Zwischenkriegszeit“ verwiesen, unerwähnt blieben in der Resolution jedoch „Diffamierungen von links, die in gleichem

Einige Denunzianten mussten ihren Fehlgriff bereuen

Maße diskursabschneidend und ehrverletzend wirken („Nazi“, „Rassist“), schrieben die Geschichtswissenschaftler Dominik Geppert und Peter Hoeres in einem Beitrag für die „FAZ“.

Derartige Beispiele lassen hoffen, dass in nicht allzu ferner Zukunft insgesamt etwas differenzierter mit NS-Vergleichen umgegangen wird – vor allem, weil offensichtliche Instrumentalisierung und unsinniger Pauschalgebrauch zu dem führen, was niemand wirklich wünschen sollte: zur Verharmlosung.

Erik Lommatzsch

Generation Greta

Massiv mangelgebildet, aber grotesk anmaßend: Die »Jugend von heute« ist der ideale Handlanger bedenklicher Bestrebungen

Generation Beziehungsunfähig, Generation Facebook, Generation Jogginghose, Generation Smartphone, Generation Null Bock oder schlicht und einfach Generation Doof: Es gibt viele Bezeichnungen für die Alterskohorte derer, die nach dem Millenniumswechsel geboren wurden. Und nun ist noch eine weitere hinzugekommen, wobei eine psychisch beeinträchtigte schwedische Schulschwänzerin und Marionette in den Händen geschäftstüchtiger Klima-Alarmisten als Namenspatin diente: Generation Greta.

„Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widerspricht ihren Eltern und tyrannisiert die Lehrer.“ Dergestalt klagte der griechische Philosoph Sokrates bereits vor mehr als 2400 Jahren. Seitdem riss die Kritik an den nachwachsenden Generationen nicht mehr ab, wenn auch oft zu Unrecht.

Heute freilich scheint Sokrates' Verdikt tatsächlich den Nagel auf den Kopf zu treffen, wobei jetzt aber noch ein weiteres, neuartiges Manko hinzukommt: Unwissenheit. Gibt man bei der Internet-Suchmaschine Google „Ich habe keine Ahnung von ...“ ein, zeigt diese rund 30 Millionen Treffer – und die meisten dahinter stehenden intellektuellen Bankrotterklärungen gehen dabei augenscheinlich auf das Konto internetaffiner Jugendlicher.

Die Unbedarftheit ihrer Generation fasste die Berliner Gymnasiastin Naina 2015 in einer Twitter-Nachricht zusammen: „Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In vier Sprachen.“ Wobei es mit den angeblichen Schulleistungen freilich auch ziemlich hapert.

So machte Anfang 2017 ein Brandbrief von 130 Mathematikprofessoren an die Präsidentin der Kultusministerkonferenz Susanne Eisenmann und Bundesbil-

dungsministerin Johanna Wanka (beide CDU) von sich reden. Darin hieß es, den Abiturienten fehlten inzwischen oft sogar Kenntnisse bezüglich des Stoffs der Mittelstufe. Deshalb müsse man an den Universitäten nun regelrechte „mathematische Alphabetisierungsprogramme“ starten.

Gleichzeitig erlangen viele Gymnasiasten gar keine Hochschulreife mehr: In den vergangenen zehn Jahren kam es fast zu einer Verdoppelung der Quote der durch die Abiturprüfung Gefallenen, obwohl die Lehrer nach eigenen Aussagen zunehmend beide Augen zudrücken, um den Ruf ihrer jeweiligen Schule zu wahren.

Die Unfähigkeit, bestehenden Leistungsanforderungen gerecht zu werden, äußert sich auch auf anderen Gebieten. Zwischen 2009 und 2017 stieg der Prozent-

satz derer, welche an der theoretischen Führerscheinprüfung scheiterten, von 29,9 auf 36,8 Prozent. Ähnlich verhält es sich mit den Examen am Ende der Berufsausbildung. Hier nimmt die Zahl der Versager ebenfalls kontinuierlich zu. Das korrespondiert mit den Erkenntnissen der Intelligenzforscher. Diese sehen die Intelligenzentwicklung schon seit etwa 1995 stagnieren oder sprechen gar von Rückgang.

Trotzdem maßen sich die Protagonisten der Generation Greta nun Urteile über ein so komplexes naturwissenschaftliches Thema wie den Klimawandel und dessen Bekämpfung an. Dabei glänzen sie durch altkluges Auftreten und irrwitzige Forderungen wie die nach einer Abschaltung jedes vierten deutschen Kohlekraftwerkes bis Ende 2019 – gar-

niert mit dem Slogan „In zwölf Jahren geht die Welt unter!“, der eher an eine apokalyptische Sekte gemahnt.

Hinzu kommen dreiste Vorwürfe an die ältere Generation in den westlichen Industrieländern, welche angeblich in egoistischer Manier die Zukunft der Jugend verspiele. Dabei haben die heute 40- bis 70-Jährigen dafür gesorgt, dass immer bessere Kläranlagen gebaut, Katalysatoren eingeführt, die Überdüngung zurückgedrängt, der Ausstoß von Schadstoffen aller Art reduziert und vielfältige weitere Umweltschutzmaßnahmen realisiert wurden.

Das derzeit wichtigste Mittel zur Durchsetzung der Ziele der infantilen oder juvenilen „Aktivisten“ sind wöchentliche Schulstreiks nach dem Vorbild von Gre-

ta Thunberg im Rahmen der Bewegung „Fridays for Future“. Diese erscheinen vielen Politikern, Wissenschaftlern und Medienmachern als Ausdruck ehrenhaften Engagements, obwohl rund die Hälfte der „Streikenden“ schnurstracks von der Schule nach Hause eilt, statt zur Klima-Demo zu gehen. So jedenfalls die Beobachtung von Altersgenossen wie dem Berliner Gymnasiasten mit dem Pseudonym „Air Tuerkis“, der das liberale Schülermagazin „Apollo News“ herausgibt.

Andererseits ist die freitägliche Schulschwänzerei nicht das größte Problem. In einer Zeit, in der die Gefahr besteht, dass die Jugend begreifen könnte, welches Danaergeschenk ihr die Politiker mit der massenhaften Einwanderung von afrikanischen und orientalischen Analphabeten mit verbreitetem Hang zu Gewalttätigkeiten gemacht haben. Stattdessen richtet sich der Fokus der Heranwachsenden plötzlich auf die „Bedrohung“ durch den angeblich vom Menschen gemachten Klimawandel. Zufall oder das Ergebnis einer konzentrierten Ablenkungsaktion?

Ebenso sticht ins Auge, wie sehr die Forderung nach mehr Klimaschutz mit der Übernahme radikaler ideologischer Positionen einhergeht. So erweist sich das Thema „Kampf gegen die Erderwärmung“ als ideales Instrument, um grünfaschistisches Gedankengut in die Hirne der Heranwachsenden zu pflanzen.

Wie anders soll man es verstehen, wenn die Generation Greta jetzt plötzlich in Scharen an die Wahlurnen drängt, um der Verbotsparterie schlechthin den Rücken zu stärken, und darüber hinaus Zwangsmaßnahmen seitens der Politik fordert, bei denen von vornherein klar ist, dass sie im demokratischen Prozedere in keiner Weise mehrheitsfähig wären? Wobei es nicht nur um die drastische Verteuerung der Lebenshaltung aller Bürger und diverse freiheitseinschränkende

Maßnahmen geht, sondern auch um eine rigide Deindustrialisierung Deutschlands.

Inzwischen besteht die reale Gefahr, dass besonders aufgepeitschte Angehörige der Generation Greta demnächst dieselbe Funktion einnehmen wie die Roten Garden während der Kulturrevolution in Mao Tse-tungs China. Also nicht nur als bloßes Stimmvieh, sondern auch als brahiale Handlanger von Leuten agieren, welche keine Skrupel kennen, wenn es um die Durchsetzung ihrer Weltbeglückungsphantasien geht.

Dagegen gibt es letztlich nur ein Mittel: die Generation Greta mit den konkreten Konsequenzen ih-

Wenn es ernst wird, wird sich die Spreu vom Weizen trennen

rer Forderungen zu konfrontieren und ihr eigene Opfer abzuverlangen – echte Opfer! Wie den Verzicht auf Smartphones und damit auch Facebook, Twitter, Instagram und ähnliche Selbstdarstellungsplattformen, den obligatorischen „Coffee to go“, Pizza und McDonalds, „hippe“ Klamotten, Eltern-taxis sowie Party-Urlaub im Süden.

Dann wird sich die Spreu vom Weizen trennen und die Bewegung „Fridays for Future“ kollabieren, weil ihr Fundament eine Doppelmoral ist: Sollen doch der Kohlekumpel in der Lausitz oder der als Zeitarbeits-Sklave schufende Pendler für die „Klimaretung“ bluten und nicht die eigene Person, welcher kein Verzicht zugemutet werden kann! Andererseits ist diese Denkweise allemal noch harmloser als der granitene Fanatismus jener gehirngewaschenen Jugendlichen, auf den die Öko-Demagogen rund um Habeck, Baerbock und Co. jetzt ihre größten Hoffnungen zu setzen scheinen. *Wolfgang Kaufmann*



Doppelmoral als Fundament: Schülerdemo in München

Bild: Imago images/Alexander Pohl



Sticken, Stricken und Weben in Ostpreußen

Die Landsmannschaft Ostpreußen lud Frauen der Deutschen Minderheit zur 15. Werkwoche in Allenstein ein

Zum 15. Mal fand in Allenstein die Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen statt. Diesmal trafen sich die Frauen aus verschiedenen deutschen Vereinen im Haus Kopernikus, dem Sitz der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) vom 26. Mai bis 2. Juni.

Die 26 Teilnehmerinnen der Veranstaltung wurden in Gruppen aufgeteilt. Sie konnten wählen zwischen Sticken, Stricken oder Weben. So wie in den vorigen Jahren übernahm Uta Lüttich, die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, die Leitung. Die Werklehrerinnen waren Gudrun Breuer, die Sticken und Stricken anbot, und Liesa Rudel, die für Weben verantwortlich war.

Das Hauptziel der Werkwoche ist, die alten ostpreußischen Handarbeitstechniken an die nächsten Generationen weiterzugeben. Neben den Frauen, die regelmäßig an der Veranstaltung teilnehmen, erschienen auch neue Gesichter, die eifrig neue Methoden erlernten. Die Lehrerinnen zeigten Schritt für Schritt alle Techniken und erklärten mit viel Geduld jeder Teilnehmerin, was sie genau machen musste, um das gewünschte Ergebnis zu erreichen.

Die Mitglieder der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen arbeiteten fleißig wie die Ameisen. Einige konkurrierten sogar miteinander, wer das schönste und anspruchsvollste Muster hinkomme. So entstanden wahre Kunstwerke, die in Form einer



Hoch konzentriert bei der Arbeit: Teilnehmerinnen der Werkwoche erlernen neue Techniken (l.). Uta Lüttich (rechtes Bild, 1. v.l.) leitete die Veranstaltung



Bilder: E.G.

Ausstellung am Ende der Werkwoche präsentiert wurden. Das Publikum konnte unter anderem doppelt gestrickte Handschuhe und Mützen, weißgestickte Tischdecken, Jostenbänder und selbstgewebte Taschen bewundern.

Uta Lüttich bereicherte die Werkwoche an einem Abend mit einem Vortrag über „Ostpreußische Bräuche im Jahreswechsel“. Sie schilderte Ostpreußen als Raum, der im Mittelalter durch Mönche, Ritter, Bürger, Kaufleute und Bauern dem Christentum und der abendländischen Kultur besiedelt wurde. Diese Siedler, die aus Flandern, dem Niederrhein, der Pfalz kamen, als Salzburger oder Hugenotten übersiedelten, waren alle Träger der Kultur des Abendlandes, seiner Wirtschaft- und Lebensweise. Sie schmolzen im Laufe der Jahrhun-

derte zu einer festen Lebens- und Schicksalsgemeinschaft zusammen, pflegten Sitten und Brauchtum, die das „Auf und Ab“ der politischen Geschehnisse überdauerten.

In Ostpreußen war der Lebensrhythmus der Natur und den Jahreszeiten untergeordnet, und so waren es auch die Sitten und Bräuche. Im Winter feierte man Weihnachten, das vom Advent eingeleitet wurde. Das in Süd- und Westdeutschland übliche Faschings- und Karnevalstreiben wurde in Ostpreußen nicht begangen, obwohl es in den Städten um diese Zeit Kostümfeste gab. Die Osterzeit steckte voller liebenswerter Bräuche. Jeder Tag der Karwoche hatte seinen ei-

genen Namen: Auf „Blaumontag“ und „Weißdienstag“ folgte der „Krummmittwoch“. An diesen Tagen sollten möglichst keine Pflanzen gesetzt, neugeborene Jungtiere nicht zur Zucht genutzt und die Eier dieses Tages nicht zum Ausbrüten verwendet werden. Ganz anders der Gründonnerstag: Er galt als segenspendender Tag. Dass gerade um die Osterzeit dem Wasser heilsame Kräfte zugesprochen wurden, zeigte der Osterwasserbrauch.

Wie in vielen Teilen Deutschlands, so stand auch in Ostpreußen das Pfingstfest im Zeichen der Freude über das neu erwachte Grünen und Blühen in der Natur. Überall wurden sinnbildlich

Häuser und Stuben mit „Pfingstlaub“, frischen Birkenzweigen, aber auch Linden- oder Rotbuchenlaub geschmückt. Diese Zeit, in der die ganze Welt nach den Worten des ostpreußischen Dichters Arno Holz „Wie ein Blumenstrauß ausschaute“, wurde als Beginn der kommenden sommerlichen Jahreszeit und inniger, zuweilen auch temperamentvoller Freude begangen.

Vielfältig war in Ostpreußen das Brauchtum, das sich um die Ernte rankte. Der Erntedank kündigte sich rund um den Jakobitag, also im Juli, mit einer Fülle von altüberlieferten Bräuchen an. In vielen Gegenden glaubte man, in die letzten Halme des letzten Feldes ziehe sich die „Roggenmuhme“ oder „Kornmutter“ zurück, eine dämonische Gestalt, deren Kraft mit dem Schnitt des Kornes

gebrochen werden musste. Fast überall in Ostpreußen aber band man aus den zuletzt geschnittenen oder aufgesammelten Ähren die Erntekrone, die am letzten Erntetag dem Gutsherrn feierlich überreicht wurde. Statt der Erntekrone wurde im südlichen Ostpreußen, in Gebieten mit reinem Roggenanbau, aus der letzten Garbe der sogenannte „Plon“ gebunden. Zwischen Erntedank und Allerheiligen und dem Reformationsfest gab es noch mancherlei zum Feiern, zum Beispiel gab es viele Hochzeiten auf dem Lande. So sorgte man denn auch fleißig für die Aussteuer, es wurde geknüpft, gewebt (Doppelgewebe) und gestickt. Manch Bauernteppich wurde für die Braut geknüpft.

Auch wenn früher in vielen Familien noch gewoben wurde, ist heute das kunsthandwerkliche Weben so gut wie ausgestorben. Die einzige Hoffnung, dass diese alten Handarbeitstechniken überleben werden, sind solche Veranstaltungen wie die Werkwoche. Vielleicht werden die Großmütter und Mütter ihren Kindern und Enkelkindern, die oft ihre Freizeit am Computer oder Smartphone verbringen, an einem langen Herbst- oder Winterabend beibringen, wie man ein Jostenband webt oder wie man Handschuhe, Socken oder einen Schal strickt.

Die Werkwoche wurde mit finanziellen Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg, unterstützt.

Edyta Gladkowska

Kulturelle Bräuche von Ostern bis Weihnachten

St. Adalbert soll wieder ein Gotteshaus werden

Bauarbeiten und Pläne der Originalkirche – Reste der katholischen Kirche im Königsberger Stadtteil Amalienau blieben erhalten

Weit im Westen von Königsberg, wo die letzten Touristenströme bereits an der Luisenkirche versickert sind, befindet sich ein ungewöhnliches Gebäude. Es wurde in den letzten Jahrzehnten für Büro Zwecke genutzt. Obwohl von ansehnlicher Größe, war es kaum auszumachen, da es hinter dem dichten Laubwerk groß gewordener Bäume sein stilles Dasein fristete. Erst wer näher trat, konnte feststellen, dass hier ein Forschungsinstitut seine Räume hatte. Gleichwohl war ein Besuch unmöglich, denn ein Publikumsverkehr war nicht vorgesehen.

Doch der nahe Blick eröffnete auch etwas anderes: nämlich den Blick auf ein Bauwerk, das älter ist, als es seine derzeitige Nutzung war. Sein Grundstein, von der Lawsker Allee aus einsehbar, verweist auf das Jahr 1903. Eine gotische Bauform, und dazu ein asymmetrisch gesetzter Turm, der unzweifelhaft die Handschrift des Amalienau-Architekten Friedrich Heitmann (1853–1921) trägt. Langsam begreift man, welch ein Kleinod aus der Königsberger Stadtgeschichte hier vor einem steht: Es ist der Überrest der katholischen Kirche St. Adalbert. Die Marjellchens

und Lorbaßchens, die Mittelhufen, Amalienau, Rathshof und Lawskens ihr Zuhause nennen, werden sich noch gut an diese Kirche erinnern.

1903 erbaut, wurde sie das Gemeindezentrum für die katholischen Christen im neu entstandenen Stadtteil Amalienau. Die Lage am Sternplatz war ähnlich günstig wie die der Luisenkirche von 1901 an der Ecke Hufenallee und Hammerweg. Es entstand ein Kirchenschiff von zehn Metern Höhe, das mit dem Turm schon von weitem sichtbar war und die Fortsetzung der Lawsker Allee nach Juditten überführte. Die schmalen Kirchenfenster sind von einem Feld umgeben, das nach oben in einen sehr flachen Spitzbogen verläuft, welcher mit einem steilen Spitzdach abschließt. Ein raffiniertes Ensemble, das den Bau größer erscheinen lässt, als er tatsächlich ist. Bau und Inneneinrichtung für St. Adalbert wurden damals zum großen Teil aus Spenden und Stiftungen der Gemeinde aufgebracht; und Heitmann, dem die Kirche ein Herzensanliegen war, leitete die Bauarbeiten ohne Entgelt.

Die Umgebung von St. Adalbert ist noch heute von alten Vil-



Kleinod in Königsberg: Die ehemalige Kirche St. Adalbert (o.), erhaltene Bodenfliesen (r.) Bild: J.P.

len geprägt, von denen die meisten ebenfalls von Heitmann projektiert wurden. Hier wirkt das alte Königsberg bis heute nach.

Der „Königsberger Wanderer“ erinnert sich eines heißen Sommertages, als die Sonne zur Mittagszeit ihn zu einer Rast zwang. Die Hitze ließ jeden Laut ersticken, doch am Bordstein sitzend, gaben die Blätter der Bäume etwas Schatten und Kühlung. Der

Betrieb der Hufen war weit weg. Es blieb die Stille, die sich an solchen Tagen über alles zu legen scheint. Da kamen unscheinbar und leise einige Töne durch die Luft geweht. Sie verstärkten sich zu einer Melodie, die in einer der nahen Häuser auf einem Klavier gespielt wurde. Der Pianist oder die Pianistin waren nicht zu sehen – die Musik kam aus einem der oberen Stockwerke. Es war

ein Stück von Brahms, das hier gespielt wurde, in einem Teil von Königsberg, der zu einem großen Teil unzerstört geblieben war. Es war ein starker Eindruck von Vertrautheit, der in diesem Moment mitschwang. Vergangenheit und Gegenwart waren nicht mehr zu trennen.

Dennoch ist das Leben auch hier weitergegangen, und die Aussichten für St. Adalbert haben sich geändert. Der traurige Torso weist zurzeit weit geöffnete

Fensterinsichten auf. Ein lebhaftes Hämmern und Arbeiten ist zu vernehmen. Beschleunigten

und ungeduldigen Schrittes geht man auf das über lange Jahre verschlossene Eingangstor zu, um Einlass vorzufinden auf eine Baustelle, die einen emsigen Betrieb verzeichnet. Fast ehrfürchtig fragt man, ob ein Betreten erlaubt sei. Und der Blick verschlägt einem die Sprache: Die Zwischendecken sind entfernt, das Kirchenschiff ist zurückgekommen, und nur ein alter

Wandkalender in nunmehr luftiger Höhe erinnert noch an die bisherige Nutzung.

Besonders berührte den Wandersmann, dass auf der Baustelle Kopien von alten Fotos auslagen – man bemühe sich, den alten Zustand so getreu als möglich wieder herzustellen. Liebevoll und umsichtig betasten die Hände die wieder ans Tageslicht

Die Bauarbeiten an der Ruine haben begonnen

gekommene Baulichkeiten. Und sie werden auch fündig: unter einem künstlichen Bodenbelag über Jahrzehnte geschützt, verbergen sich darunter immer noch die alten Eingangsfliesen – unbeschädigt. Ein wunderbares Kunstwerk aus der Zeit um 1903.

St. Adalbert scheint wieder eine Kirche zu werden als Hort eines Glaubens, der den Menschen auch in den bittersten Zeiten der Stadtgeschichte Kraft zum Weitermachen und Hoffnung und Mut zum Frieden gab. Jörn Pekrul

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schlick, Herta, geb. **Urban**, aus Dallnitz/Wasserwerk, Kreis Lyck, am 19. Juni

ZUM 100. GEBURTSTAG

Marek, Manfred, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hagen, Käte, geb. **Marx**, aus Lötzen, am 17. Juni
Kaminski, Hildegard, geb. **Dud-da**, aus Lyck, am 18. Juni
Mennong, Herta, geb. **Juckel**, aus Alt-Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Nolting, Margarete, geb. **Althoff**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Czymoch, Edeltraut, geb. **Broziewski-Schliesky**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 15. Juni
Kluth, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. Juni
Samoray, Ilse, geb. **Lemke**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni
Seidenberg, Magdalene, geb. **Ohse**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 17. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bessel, Else, geb. **Stadie**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 17. Juni
Borchert, Kurt, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Izydorezyk, Frieda, geb. **Borkowski**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 16. Juni
Jelinski, Kurt, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 15. Juni
Krause, Bruno, aus Lyck, Litzmann-Straße 8, am 15. Juni

Lampe, Edith, geb. **Reimer**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

Maass, Erna, geb. **Raeder**, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 16. Juni

Steffens, Reinhold, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 15. Juni

Umlandt, Anni, geb. **Wohlgemuth**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Annutsch, Edeltraut, aus Sentken, Kreis Lyck, am 20. Juni
Großholtmann, Elfriede, geb. **Vongehr**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 17. Juni
Klein, Bernhard, aus Richau, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Vongehr, Günther, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 17. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Aschmann, Günter, aus Wittenberg, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni
Gödeke, Edith, geb. **Arwinski**, aus Rastenburg, am 10. Juni
Kibgies, Walter, aus Treuburg, am 18. Juni
Vogt, Dorothea, geb. **Zöllner**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bauer, Erika, geb. **Palm**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Emmerstorfer, Hildegard, geb. **von Glasow**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 17. Juni
Führer, Hans, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Juni
Kories, Erwin, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 19. Juni
Kröhnke, Gerhard, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

Lange, Elsa, geb. **Voß**, aus Starckenberg, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Müller, Lucie, geb. **Mrotzek**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni

Wysocki, Manfred, aus Lyck, am 14. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arnold, Dorothea, geb. **Arndt**, aus Buttenhagen, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Freyer, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 19. Juni
Kath, Hildegard, geb. **Sadowski**, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juni
Katzmarzik, Gerhard, aus Magdalenzen, Kreis Neidenburg, am 15. Juni
Kuß, Erich, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 14. Juni
Paczkowski, Alwin, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 14. Juni
Schneider, Ingeburg, geb. **Bendrick**, aus Lötzen, am 19. Juni
Schrader, Helmut, aus Gründamm, Kreis Elchniederung, am 15. Juni
Steinmann, Anneliese, geb. **Nowotzyn**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brosda, Johannes, aus Borken, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni
Gräser, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 19. Juni
Jeschull, Bernhard, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 19. Juni
Karsten, Joachim, aus Ortelsburg, am 14. Juni
Katschmarek, Hildegard, geb. **Offschany**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Kohls, Edmund, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 19. Juni
Stanzick, Hertha, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Steinke, Ruth, geb. **Dahsler**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. Juni
Timm, Ruth, geb. **Kapeller**, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 14. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blosat, Lothar, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Diehl, Anneliese, geb. **Rogalla**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 18. Juni
Dzieran, Hans, aus Tilsit und aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 15. Juni
Futh, Dora, geb. **Schröder**, aus Bladiu, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni
Maaßen, Elvira, geb. **Reinhold**, aus Lötzen, am 18. Juni
Nelius, Margarete, geb. **Warstat**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Palkies, Bruno, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 18. Juni
Petersen, Ilse, geb. **Pultke**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juni
Pilz, Irmgard, geb. **Schwermer**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Rehfeldt, Bruno, aus Lyck und aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Rose, Günter, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 19. Juni
Schiffner, Edeltrud, geb. **Dombrowsky**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Siebert, Walter, aus Hochweiler, Kreis Schloßberg, am 18. Juni
Wadewitz, Hildegard, geb. **Brozio/Arndt**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni
Warias, Katharina, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauer-Grau, Renate, geb. **Hess**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 15. Juni
Beutler, Manfred, aus Bürgerhoben, Kreis Elchniederung, am 17. Juni
Blasberg, Waltraut, geb. **Buttkus**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Blume, Irene, geb. **Wilks**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Busse, Helmut, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 15. Juni

Händel, Lieselotte, geb. **Poppke**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. Juni

Haupt, Alexander, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Hering, Herta, geb. **Rohde**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Juni

Heydemann, Hans-Hubert, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 20. Juni

Hill, Hedwig, geb. **Waldhof**, aus Lyck, am 14. Juni

Jarmer, Erika, geb. **Tiedtke**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Jestrzembki, Otto, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni

Klimmek, Marietta, geb. **Meyer**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 16. Juni

Kühn, Wolfgang, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Luxa, Herbert, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 15. Juni

Mack, Christel, geb. **Schimkat**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 16. Juni

Mende, Christa, geb. **Nicklaus**, aus Ortelsburg, am 19. Juni

Meyers, Erna, geb. **Schmidt**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 16. Juni

Schlüter, Helga, geb. **Janz**, aus Jodingen, Kreis Elchniederung, am 16. Juni

Schulz, Irma, geb. **Warschuhn**, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Stolz, Heinz, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, am 20. Juni

Wieselhuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wilhelm, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Juni

Wieselhuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wilhelm, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Wielshuber, Gerda, geb. **Beba**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Hundhausen, Brunhilde, geb. **Rautenberg**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 15. Juni

Klein, Karl-Heinz, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Kopp, Hans-Georg, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 17. Juni

Kukowski, Dietmar, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 15. Juni

Liedtke, Fritz, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Maxisch, Ursula, geb. **Theophil**, aus Mildenheim, Kreis Ebenrode und aus Wehlau, am 14. Juni

Mischke, Manfred, Vorfahren aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Naujokat, Edith, geb. **Weber**, aus Treuburg, am 14. Juni

Rattay, Ursula, geb. **Lucka**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 20. Juni

Reimer, Manfred, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 16. Juni

Roessler, Hannelore, geb. **Tachel**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 20. Juni

Sagert, Gertrud, geb. **Massalski**, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 18. Juni

Schenk, Ulrike, geb. **Sabobielski**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Juni

Schwanenberg, Waltraud, geb. **Pielath**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 17. Juni

Willam, Gustav, aus Ortelsburg, am 18. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Görke, Frauke, geb. **Hasenpusch**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Lilge, Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Nichterwitz, Christa, geb. **Semann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Juni
Paesler, Ursula, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Juni



Bild: pixabay, Gil Dekel

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung)

zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

Zusendungen für Ausgabe 26

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 26/2019 (Erstverkaufstag: 28. Juni) bis spätestens Mittwoch, 19. Juni an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO 2019

- 15. Juni: Sommerfest des VdGEM in Heilsberg
- 21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
- 20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
- 7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
- 19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
- 2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Fusion gescheiter – Stiftung gegründet

Zwei Jahre haben wir intensiv daran gearbeitet, die Voraussetzungen für den Zusammenschluss der beiden Allensteiner Kreisgemeinschaften zu schaffen. Bedauerlicherweise ist der Prozess nun gescheitert. Grund dafür sind die Wahlen zur gemeinsamen Kreisversammlung. Die Satzung der neuen Kreisgemeinschaft sieht vor, dass die Kreisversammlung aus „mindestens“ zehn Mitglie-

dern besteht. Obwohl dies nach allgemeinem Sprachverständnis bedeutet, dass es auch zehn plus x Mitglieder sein können und sowohl der Wahlauftrag als auch der Wahlschein die Höchstgrenze von 15 Mitgliedern festlegen, bestehen einige Angehörige der Kreisgemeinschaft auf „höchstens“ zehn Mitglieder. Das hätte zur Folge, dass die Stadtgemeinschaft vielleicht einen, die AGDM aber keinen Sitz in der neuen Kreisversammlung hätte. Besonders letzteres war nicht zu akzeptieren, da die stimmberechtigte Vertretung der AGDM in der Stadtversammlung für uns immer ein Anliegen und besonderer Ausdruck der freundschaftlichen Verbundenheit mit unseren Landsleuten in Allenstein war. Es werden also bis auf Weiteres zwei Allensteiner Kreisgemeinschaften existieren: die Stadtgemeinschaft und die Kreisgemeinschaft.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

Allerdings hat die Stadtgemeinschaft durch die Gründung der „Stiftung Allenstein“ Vorsorge getroffen, dass wir unsere Satzungsziele auch ohne einen Zusammenschluss langfristig erfüllen können. Anlass für derartige Überlegungen war die Auflage des Finanzamts, unsere Rücklagen zu reduzieren. Die Gründung einer Stiftung war die beste Lösung, um einerseits der Forderung des Finanzamts nachzukommen und andererseits auch langfristig unsere vordringlichen Satzungsziele, die Unterstützung unserer in der Heimat verbliebenen Landsleute und den Erhalt des Allensteiner Heimatmuseums, zu sichern. Der wesentliche Vorteil einer Stiftung besteht darin, dass das Stiftungskapital erhalten bleibt und nur die Erträge zur Erfüllung der Stiftungsziele eingesetzt werden. Ein weiterer Vorteil ist, dass alle Zuwendungen steuerlich unbeschränkt abzugsfähig sind, seien es Zustiftungen, die der Erhöhung des Stiftungskapitals dienen, oder Spenden, die für die unmittelbare Erfüllung der Stiftungsziele bestimmt sind. Alle, die der Stiftung einen Betrag von mindestens 500 Euro zuwenden, werden in das „Goldene Buch der Stadt Allenstein“ eingetragen. Ihre Namen bleiben wie die Ehrenbürger der Stadt für immer mit unserer Heimatstadt verbunden.



ANGERBURG

Kreisvertreter (komm.): Brigitte Junker Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1420, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Geschäftsstelle
geschlossen

Sommerzeit ist Urlaubszeit. Die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Angerburg in Rotenburg (Wümme) ist aus diesem Grunde vom 17. bis zum 27. Juni geschlossen. Ab dem 1. Juli sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle wieder zu den gewohnten Zeiten zu erreichen. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

EBENRODE
(STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Heimatreise

Dringend Mitreisende gesucht. Frau Heinacher hat wieder viele Hilfsgüter gesammelt, die wir kaum über die Grenze bekommen, weil noch Mitfahrer fehlen. Hier nun die Fahrtbeschreibung:

Bei unserer Nordostpreußenfahrt in den Heimatkreis und durch das sehenswerte Ostpreußen vom 26. Juni bis 7. Juli mit ortskundigen Führungen in Ebenrode, Schloßberg, Trakehnen, Rominter Heide, Gumbinnen, Insterburg, Königsberg, Kurische Nehrung, Danzig, Stettin und mehr, Näheres im Prospekt, sind noch Plätze frei. Es ist vielleicht die letzte, von der Kreisgemeinschaft organisierte Fahrt. Zustiege entlang der A 2 sowie in Hannover und Berlin möglich. Wer kann, sollte noch einmal mitfahren, die deutsch-russische Freundschaft hat es nötiger denn je. Reisekasse ist nötig. Auskunft und Anmeldung

unter Telefon (0176) 22201847 oder (0202) 500077.

Heimattreffen

Winsen/Luhe – Sonnabend, 22. Juni, Brasserie am Schloß, Rathausstraße 5, 21423 Winsen/Luhe: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ebenrode mit Schloßberg, Hamburg und Niedersachsen. 9.30 Uhr: Kranzniederlegung mit Andacht durch Superintendent Brandt am Ehrenmal im Waldfriedhof Lüneburger Straße. 10.30 Uhr: Gedenkstunde in der Brasserie am Schloß, Vortrag von Christopher Spatz, Bremen: „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußische Hungerkinder in Litauen.“ 12-14 Uhr: Zeit für Mittagessen und Gespräche, 14 Uhr: Mitgliederversammlung, ab 16 Uhr: Öffnung der Heimatsstube, Rote Kreuz Straße 6. Wer kann, muss kommen.

ELCH-
NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Daweidt, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Heimatreise

Reiseinformationen zu der zehntägigen Landschafts- und Naturexkursion (Busreise) vom 28. Juni bis 7. Juli unter der Reiseleitung von Peter Westphal, Kreisgemeinschaft Elchniederung und Hubert Geiger, Städtische Forstverwaltung Tuttlingen erhalten Sie bei Peter Westphal (Kirchspielvertreter von Rauterkirch), Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Goslar, Telefon und Fax (05324) 798228.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sitzung

Burgdorf – Freitag, 21., bis Sonntag, 23. Juni, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf, Telefon (05136) 88790, E-Mail: info@hotel-gasthaus-haase.de: Kreistags- und Vorstandssitzung.

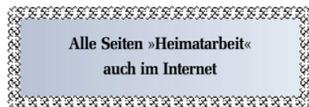


HEILSBERG

Kreisvertreterin: Jutta Küting, Beerenburg 1a, 52156 Monschau, Telefon (02472) 6214367, Mobiltelefon (0170) 2177152, E-Mail: jutta.kueuting@gmx.de, stellvertretender Kreisvertreter: Karl-Heinz Küting, E-Mail: khkueuting@gmx.de.

Sommerfest

Heilsberg – Sonnabend, 15. Juni: Sommerfest. Rund um das



Sommerfest des Dachverbandes am 15. Juni in Heilsberg findet eine Busreise in den ermländischen Frühsommer bis zum 20. Juni mit der Möglichkeit zu einem zweitägigen Ausflug ins Königsberger Gebiet statt. Neben der Teilnahme am Fest stehen diverse gemeinsame Ausflüge zu den vertrauten Wallfahrtsorten, Städten und Dörfern im Ermland und für die Teilnehmer des zusätzlichen Angebots Besichtigung von Sehenswürdigkeiten in und um Königsberg, der Kurischen Nehrung und Epha-Düne auf dem Programm. Wer es nicht wahrnehmen möchte, kann diese beiden Tage individuell für sich in Heilsberg gestalten, wo wir insgesamt sieben Übernachtungen haben werden. Für die Rückreise ist eine Schifffahrt auf dem Oberlandkanal angedacht oder die Besichtigung der Marienburg. Eine weitere Fahrt mit ähnlichem Programm ist im Herbst angedacht. Genauere Informationen zu den Reisen unter E-Mail: kreisvertreter@heilsberg.de oder Telefon (0176) 22201847.

INSTERBURG –
STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 15. Juni, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Sachsen – Sonnabend, 22. Juni, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Gedichte und Geschichten von Frieda Jung. Nähere Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Regionaltreffen

Leipzig – Sonnabend, 15. Juni, 10 Uhr, Gaststätte Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: 5. Regionaltreffen. Anmeldung und Information bei Eberhard und Barbara Grashoff, Telefon (0341) 9010730.

Kulturzentrum Ostpreußen

Das Kulturzentrum Ostpreußen im Westflügel des barocken Ellinger Deutschordensschlosses ist in den Monaten April bis September, Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr geöffnet. Von Oktober



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenburg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag

Neumünster – Sonnabend, 15. Juni, Lötzenser Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), ab 10 Uhr geöffnet. Gelegenheit, die Sonderausstellung „Masuren – Land der Stille“, Aquarelle von Hans-Jürgen Gauder, Berlin, zu sehen. Es sind auch noch Exemplare des Buches „Masuren – Land der Stille“ zu erwerben, das nicht nur die erstmals in der Öffentlichkeit ausstellten Arbeiten abbildet, sondern eine größere Zahl der während eines Sommeraufenthalts in Masuren entstandenen Werke dieses Künstlers enthält.

Um 15.30 Uhr beginnt der Vortrag von Ute Eichler „Masuren im Bild“. Die Betreuerin der Lötzenser Heimatsammlung zeigt Fotografien aus den vergangenen Jahren. Der Eintritt ist – wie immer – frei.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Sommerfest

Sinnau – Sonnabend, 22. Juni: Sommerfest der Deutschen Bevölkerung „Herder“.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Jubiläum
Deutscher Verein

Neidenburg – Sonnabend, 29. Juni, Schloßpark am Schloßteich: Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des Vereins der Deutschen Minderheit in Neidenburg. Die Deutsche Minderheit freut sich über jeden Besucher aus Deutschland, denn zahlreiche Besucher aus Deutschland bekun-

den den gebührenden Stellenwert des Vereins in Neidenburg. Eine Reisegruppe aus Deutschland wird mit dem Flugzeug anreisen, um an der Veranstaltung teilzunehmen.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. GSt.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Nachwahl

Änderung im OV-Kaltwangen: Anstelle von Ingeborg Donning aus Hamburg wird Doris Scholz aus Metzgingen das Amt übernehmen.

Änderung im OV-Barten: Anstelle von Gerda Schumacher aus Ennepetal wird Margarete Grobelny aus Seevetal das Amt übernehmen.

Die Kreisgemeinschaft dankt den Damen für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit.

Ursula Lösch, Wahlleiterin

Treffen

Bad Fallingbostal – Freitag, 14., bis Sonntag, 16. Juni, 29683 Bad Fallingbostal: Korschener Treffen.



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Ehrevorsitzender
wird 90 Jahre

Ein Tilsiter Urgestein wird neunzig Jahre alt. Hans Dzieran ist nicht nur Tilsiter, in den letzten Jahren war er der Tilsiter, der als Sprecher und Ansprechpartner für seine Tilsiter und deren Belange immer zur Verfügung stand. Auch wenn das Alter inzwischen seinen Tribut fordert, ist er nach wie vor als Ehrevorsitzender und Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit unermüdet tätig, nutzt seine umfangreichen Verbindungen und grenzüberschreitenden Kontakte, um die Erinnerung an die Stadt und das wunderschöne Ostpreußen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Hans Dzieran wurde am 15. Juni 1929 als Sohn eines Zollbeamten geboren und mit Memelwasser getauft. Tilsit und das Land am Memelstrom prägten seine Kindheit und Jugend. Der Besuch des Realgymnasiums zu Tilsit verschaffte ihm das Rüstzeug für seinen späteren beruflichen Werdegang. Bei Kriegsende fand sich seine Familie im sächsischen Erzgebirge wieder. Nach bestandem Abitur war er lange Jahre im Uranerzbergbau dienstverpflichtet. Erst mit 23 Jahren konnte er

sein Studium aufnehmen und Betriebswirtschaft und Ingenieurökonomik des Bergbaus studieren und mit dem Diplom abschließen. Postgradual machte er noch das Staatsexamen als Dolmetscher und Übersetzer für Russisch. Sein berufliches Schaffen verband sich viele Jahre mit der montanwissenschaftlichen Forschung.

1990 ging er in den Ruhestand und fand jetzt Zeit, sich einer Aufgabe zu widmen, der seit jeher seine Liebe galt, nämlich seiner ostpreußischen Heimat. Er organisierte das erste Ostpreußentreffen in Chemnitz mit mehr als 1200 Landsleuten, war Mitgründer der Kreisgruppe Chemnitz und der Landesgruppe Sachsen der Landsmannschaft Ostpreußen, wo er lange Jahre Mitglied im Landesvorstand war.

Mehr als dreißig Mal begleitete er Reisegruppen nach Ostpreußen und machte sie mit der 700-jährigen preußisch-deutschen Geschichte bekannt. Bei vielfältigen Begegnungen mit den heutigen Bewohnern knüpfte er Kontakte zu Vertretern kommunaler und kultureller Einrichtungen seiner Vaterstadt. Stets vertrat er sachkundig und unbeirrbar eine wahrhaftige Geschichtsdarstellung als Grundlage aufrichtiger und gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

Eine echte Heimstatt fand Hans Dzieran in der Stadtgemeinschaft Tilsit und in der Schulgemeinschaft Realgymnasium Tilsit. Vierzehn Jahre lang leitete er die Schulgemeinschaft mit Ideenreichtum und Organisationsgeschick. Als Schulsprecher wurde er auch Mitglied der Tilsiter Stadtvertretung, die ihn 2008 zum 2. Vorsitzenden und zwei Jahre später zu ihrem 1. Vorsitzenden wählte. In den acht Jahren, in denen er an der Spitze der Stadtgemeinschaft stand, sorgte er dafür, dass Ostpreußen im Gedächtnis der Menschen seinen festen Platz behielt.

Daneben fand er Zeit und Muße, sich als Heimatforscher und Publizist zu betätigen. Eine Reihe von Veröffentlichungen in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* oder im „Tilsiter Rundbrief“ und mehrere umfangreichere Publikationen stammen aus seiner Feder. Nicht zuletzt sind seiner Anregung eine Reihe von neugeschaffenen Erinnerungsstätten im heutigen Tilsit zu verdanken – so die Wiedererrichtung des Königin-Luise-Denkmal und mehrerer Gedenksteine, die an die Gründung der Stadt vor 467 Jahren erinnern.

Sein Wirken wurde mit zahlreichen Ehrungen gewürdigt. So erhielt er für seinen Einsatz für die deutsch-russische Verständigung die Bismarck-Medaille in Gold, für die Bewahrung heimatlicher Geschichte und Kultur und deren öffentlichkeitswirksame Darstellung in Wort und Schrift den Kulturpreis der Ostpreußen-Landesgruppe Sachsen sowie das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Die Stadtgemeinschaft Tilsit ernannte ihn zum Ehrevorsitzenden und verlieh ihm die Ehrenmedaille.

Hans Dzieran ist verheiratet und hat zwei Töchter sowie zwei Enkelkinder. Seine Frau Regina war als Dipl.-Pädagogin viele Jahr-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16



Wird 90 Jahre : Hans Dzieran, Aufnahme aus 2018

Bild: privat



Oberschleißheim: Erde aus Ost- und Westpreußen sind in dem Beet nun enthalten

Bild: R. Krohn

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 16

proben auf der Fläche unter der Stieleiche, die mit einem sechseckigen Eisenband eingefasst ist. Auf diesem Eisenband sind die Namen der Orte lesbar, aus denen die Proben entstammen. Im Laufe der Zeit wird eine naturgrüne Bedeckung dieser nun zusammengeführten Heimateerden aus moosartigen Bodendeckern diesem neuen Element eine für immer ruhende und würdige Ausstrahlung verleihen. In der Zukunft sollte diese kleine umrahmte Fläche dann unberührt bleiben.

Der gesamte Innenraum der Mahnmalanlage ist nun mit einem Rauhplaster aus hellem Granit befestigt. Rundherum schließen kleinere Rasen- und Pflanzflächen die Anlage ab. Die Bänke aus der bisherigen Anlage wurden wieder an ihren Standorten rundum des nicht mehr erkennbaren Oktogon montiert, ebenfalls die Schrifttafeln zu den Elementen. Vorgesehen ist eine innerhalb des Zaunes direkte zur Straße hin gut lesbare Schrifttafel mit einer eventuell gekürzten Beschreibung oder Erklärung dieses Mahnmals, damit die Vorbegehenden und -radelnden Passanten sich hier informieren können.

Das Mahnmahl Flucht und Vertreibung mit seinen authentischen Elementen Landungsboot, Glockenturm und Heimateerden zeigt sich heute in einer modernen und sehr gepflegten Anlage. Es hat bis zum heutigen Tage seine Symbolkraft für die Trauer und das Gedenken an die unzähligen Opfer des grausamen Krieges und an den Verlust der seit Jahrhunderten angestammten Heimatgebiete nicht im Geringsten verloren. Und es mahnt die Menschen von heute, alles zu tun, um die längste Friedenszeit in unserem Lande seit Menschengedenken als den größten Wert der Menschheit mit aller gebotenen Sorgfalt zu bewahren.

Möge die neue und in ihrer Art einmalige Mahnmalanlage am Tower nun künftig eine größere öffentliche Beachtung finden als bisher. Für die Gemeinde Oberschleißheim bedeutet sie gewiss neben den drei Schlössern mit den schönen Gartenanlage und der Flugwerft des Deutschen Museums einen dazu konträren Ort des Gedenkens im Rückblick auf eine dunkle Zeit vor 86 bis 74 Jahren.

Reinhard Krohn



Königsberg – Freitag, 14. Juni, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 22. Juni, 13 Uhr, neue Adresse: Galija am Schloß, Otto-Suhr-Allee 139, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



BREMEN

Bremen – Donnerstag, 27. Juni, 18 Uhr, Wallsaal der Stadtbibliothek Bremen, Am Wall 201, 28195 Bremen: Buchvorstellung „Vilius Karalius“ von Ieva Simonaityte. Der Übersetzer Markus Roduner wird begleitet von Roland Begegnat, aus einer memelländischen Familie stammender Kulturwissenschaftler, der das Vorwort des Buches verfasst hat. Bestens vertraut mit der im Roman beschriebenen stark pietistisch geprägten Kultur der Handelnden wird er den Vortrag moderieren. Der Eintritt ist frei.

Im Juni möchten wir uns wieder einmal dem Memelland widmen. Im Besonderen soll es dabei um die Bevölkerungsgruppe gehen, die sich selbst als litauisch verstand. Ernst Wichert, 1831 in Insterburg geboren, Kreisrichter in Prökuls (nicht zu verwechseln mit dem viel bekannteren masurischen Schriftsteller Ernst Wichert), hat seine Erlebnisse und Eindrücke mit diesen Menschen in seinen bekannten „Litauischen Geschichten“ für die Nachwelt erhalten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichte auch Hermann Sudermann eine Beschreibung dieser Bevölkerungsgruppe, die zwar litauisch sprach, aber im Unterschied zu den Menschen in Groß-Litauen evangelischen Glaubens war.

In der Landesgeschichte Ostpreußens heißt es oft, das litauische Volkstum dieser Menschen sei untergegangen oder im deutschen Volkstum aufgegangen. Ulla Lachauer hat mit ihrer „Paradiesstraße“ bereits gezeigt, dass diese Annahme nicht richtig ist. Die Lebenserzählung der Lena Grigoleit war der lebende Beweis, dass es im Memelland bis vor Kurzem deutsch und litauisch geprägte Menschen gab, die dort in langer Generationenfolge in friedlicher Nachbarschaft miteinander gelebt haben.

Zu ihnen gehörte Ieva Simonaityte, eigentlich: Eva Simoneit; geboren 1897 in Wannaggen bei Prökuls, Kreis Memel, gestorben 1978 in Wilna. Sie wurde als nichteheliche Tochter des Bauern Jurgis Stumbra geboren, bei dem ihre Mutter Etme Simonaite in Stellung war.

Seit dem Alter von fünf Jahren litt sie an Tuberkulose. Deswegen konnte sie nicht zur Schule gehen und wurde zu Hause von ihrer Mutter unterrichtet. Zwischen 1912 und 1914 wurde sie in einem Krankenhaus in Angerburg von

ihrer Krankheit geheilt. Sie zog 1921 nach Memel und trat dort aktiv für die Rechte der litauischsprachigen Bevölkerung ein. Nach dem Anschluss des Memellandes an Litauen war sie für verschiedene Zeitungen tätig und begann 1924 ihr eigenes schriftstellerisches Werk. 1939 erschien ihr wichtigster Roman „Vilius Karalius“. Er erzählt die familiären Verflechtungen und Tragödien der Familie Karalius und ihres Umfeldes in der Zeit vor und während des ersten Weltkrieges. Damit bietet er einen Einblick in die damalige Geschichte und die politischen Turbulenzen und breitet zugleich ein Panorama der sozialen, politischen und familiären Verhältnisse der Litauer im Memelland aus. Die Autorin erhielt für ihr Werk vielfache Wertschätzung, allerdings fast nur in Litauen. Mit Unterstützung vor allem aus Litauen wurde „Vilius Karalius“ erst in diesem Jahr in die deutsche Sprache übersetzt und auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse vorgestellt.

Übersetzt wurde es von Markus Roduner, Georg Dehio-Buchpreisträger 2018, dem heute bedeutendsten Übersetzer litauischsprachiger Literatur. Der gebürtige Schweizer studierte Slawistik-Baltistik sowie historisch-vergleichende Sprachwissenschaft und lebt seit 1999 in Wilna. Wir haben ihn bereits kennengelernt, als er bei uns in Bremen 2015 das von ihm ebenfalls übersetzte Wolfskinder-Buch „Mein Name ist Maryte“ von Alvydas Šlepikas zusammen mit dem Autor vorstellte.

Weitere Informationen bei Heinrich Lohmann, donnerstags 15 bis 17.30 Uhr unter Telefon (0421) 3469718.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Harburg – Sonntag 30. Juni, 11 Uhr, St. Johanneskirche (erreichbar mit S-Bahn, Linie S3 und S31, Station Harburg-Rathaus): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck in den Gemeindegarten ein.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Mit musikalischer Begleitung haben wir unser Frühlingsfest am 18. Mai gefeiert. Bis zur Begrüßung der Teilnehmer durch Gerhard Schröder und Christian Keller war ausreichend Zeit zum Plachandern und Erzählen.

Danach wurde wie bei all unseren Veranstaltungen auch an die Geburtstagskinder der letzten vier Wochen gedacht, und das geistige Wort wurde von Herrn Turowski gesprochen.

Unserer Blumenfee galt unser herzlicher Dank. Den Gedichten, vorgetragen von Gerhard Schröder und Gisela Keller wurde aufmerksam zugehört.

Wie bei allen Frühlingsfesten der vergangenen Jahre wurden auch heute mit musikalischer Begleitung durch Walter Fischer Frühlings-Lieder gesungen und seinen konzertanten Vorträgen gelauscht. Es hat allen viel Freude bereitet.

Mit dem Hinweis auf unsere nächste Veranstaltung beendeten wir unseren fröhlichen Kreis.

Unsere letzte Veranstaltung vor den Sommerferien findet am 15. Juni um 14.30 Uhr wie gewohnt im Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See in Darmstadt-Neukranichstein statt.

An diesem Tag berichtet Gerhard Schröder über das Deutschland-Treffen der Ostpreußen, das in diesem Jahr im Mai in Wolfsburg stattfand.

Wir freuen uns, wenn wir viele Teilnehmer an diesem Tag begrüßen könnten.

Allen Kranken wünschen wir eine gute Besserung und eine baldige Genesung. **Christian Keller Wetzlar** – Montag, 17. Juni, 13 Uhr, Restaurant Grillstubben, Stoppelberger Hohl 128: Der Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Ulrich Bonk (Frankfurt), spricht zum Thema „Ein ungeklärter Mord im Jahre 1900 in Konitz / Westpreußen“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Monatstreffen zum Thema „Verständigung ist bleibende Aufgabe“. Ein Zusammenleben braucht Toleranz und Verständigung. Dass diese Erkenntnis zurzeit nicht selbstverständlich ist, zeigen die Stichworte: Trump, Brexit, Orban, AfD. Umso wichtiger ist es, aus der Eskalationsspirale auszubrechen, meint der mit bemerkenswerten Reden hervorgetretene Referent mit ostpreußischen Wurzeln. – Donnerstag, 27. Juni, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Spargel mit Schinken. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 21. Juni bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschen, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebbsdorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Holzminden – Donnerstag, 25. Juni, Restaurant Felsenkeller: Treffen mit 2. Vorsitzenden Pastor i.R. Günther Grigoleit über „Wippchen aus unserer Heimat“.

Osnabrück – Freitag, 21. Juni, 15 Uhr, Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.



NORDRHEIN- WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de



SCHLESWIG- HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Mittwoch, 19. Juni: Besuch des Museums „Kupfermühle“, Harrislee. Juli: Keine Veranstaltung. Anmeldungen spätestens eine Woche vorher bei Frau Kunde oder Herrn Legies.

Neumünster – Das Frühlingsliedersingen mit der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster, am 8. Mai war ein unvergesslicher Nachmittag. Für den musikalischen Teil hatten wir aus dem Akkordeonorchester Neumünster Gerhild Pogge gewinnbar gewonnen. Sie sang, spielte Akkordeon und erfreute uns auch mit kleinen lustigen Beiträgen, die sehr gut in ihr zusammengestelltes Programm passten. Ihre Musik forderte uns auch zum Mitsingen und Schunkeln auf. Die Auswahl der Lieder war so mit Liebe und Herzlichkeit ausgewählt und passend für uns und der Jahreszeit entsprechend. Die Musik erwärmte unsere Herzen und war Balsam für die Seele.

Viele Dankesworte und Lob bekam ich zu hören, dass wir das musikalische Talent bei uns haben konnten, ließ doch alle Sorgen vergessen, brachte Sonnenschein nicht nur für den Tag, auch für unser Gemüt. Für die gute technische Übertragung sei Werner Stofast sehr gedankt. Der Nachmittag löste so viele Emotionen aus, sodass die Vorsitzende bei den Dankesworten drei Mal schlucken musste, ehe sie sprechen konnte. Freude, Frohsinn und Dankbarkeit gingen von Herz zu Herz.

Brigitte Profé

Uetersen – Freitag, 14. Juni: Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken sehen wir den neuen schönen Film über Trakehnen und seine edlen Pferde. Im Juli machen wir eine Sommerpause.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 15. Juni, 9 Uhr (Beginn: 10 Uhr), Kleingartenverein Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: 7. Regionaltreffen mit den Kreisgemeinschaften Labiau, Schloßberg/Pillkallen und Wehlau.

Weitere Informationen erteilt der stellvertretende Landesvorsitzende Eberhard Grashoff unter E-Mail: ebs.grashoff@web.de oder Telefon (0341) 9010730.



SACHSEN- ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – 15. Juni, 12 Uhr, Beginn 13 Uhr, „Feine Sache“: Tag der Heimatvertriebenen, Fahrgegemeinschaften bilden.

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Mittwoch, 20. Juni, 18.30 Uhr, OL, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg: Kurzvorträge und Gespräch zum Thema „Mehrfacher Untergang – das Ende der ostpreußischen Stadt Schirwindt“, Eintritt: 5 Euro, Kartenreservierung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de. Der Themenabend ist eine gemeinsame Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa und des Kulturreferats für Ostpreußen und das Baltikum am Ostpreußischen Landesmuseum.

Anzeige



OSTPREUSSENTREFFEN 22. JUNI 2019

Brasserie am Schloss, Schlossplatz 5 in Winsen (Luhe)

Die Kreisgemeinschaften Schlossberg und Ebenrode sowie die Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg der Landsmannschaft Ostpreußen, laden Landsleute aller Regionen unserer Heimat und Interessierte herzlich zum Treffen nach Winsen ein.

Programm am 22. Juni

10.30–16.00 Uhr u.a. mit Vortrag Dr. Christoph Spatz – Ostpreußens Hungerkinder – Chorgemeinschaft Winsen Singzirkel von 1891 e.V.

Ab 14.00 Uhr Mitgliederversammlungen

Heimatstuben in der Rote-Kreuz-Straße 6 in Winsen am Samstag ab 16.00–19.00 Uhr geöffnet. Info- und Verkaufstände in der Rote-Kreuz-Straße 6 KG Schlossberg, KG Ebenrode, Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Winsen (Luhe)



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN

Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Der Untergang der Stadt Schirwindt

Themenabende in Lüneburg (19. Juni) sowie Leipzig (20. Juni) und eine neue Publikation

Die kleinste und östlichste Stadt Ostpreußens ging gleich zweimal unter: Zum Beginn des Ersten Weltkriegs flüchteten die Einwohner vor russischen Truppen. Nur zwei Jahrzehnte nach dem Wiederaufbau der gänzlich zerstörten Stadt begaben sich die Einwohner von Schirwindt 1944 erneut auf die Flucht.

Nach Kriegsende entstand hier das sowjetische Militärübungsgebiet Kutusowo. Heute existiert Schirwindt nur noch in der Erinnerung der Vertriebenen und als Gedenkort in einer Schirwindter Stube in der heute litauischen Stadt Kudirkos Naumiestis, die am anderen Ufer der Schemschuppe liegt.

Der heute in Nordrhein-Westfalen lebende Peter Gnaudschnon erzählt von seiner Kindheit in Schirwindt und der Flucht im Sommer 1944. Der in Vilnius praktizierende Architekt Darius Spranaitis stellt dar, wie seine Eltern Antanas und Irena in den 1990er Jahren begannen, in der Schirwindter Stube alles zu sammeln, was mit der untergegangenen Stadt im Königsberger Gebiet zu tun hat. Und der in Warschau forschende Historiker Felix Ackermann erinnert daran, dass Einwohner von Schirwindt und Naumiestis im Herbst 1941 die litauischen Juden vis-à-vis von Schirwindt ermordeten.

Eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und dem Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa in Leipzig im Rahmen des diesjährigen Jahreswerkpunkts des Kulturforums: „Neues über Ostpreußen 2019“.

Lüneburg – Mittwoch, 19. Juni, 18.30 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Eintritt: 5 Euro, Kartenreservierung: Telefon 04131-759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de

Leipzig – Donnerstag, 20. Juni, 18.30 Uhr, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen



Der Schirwindter Weg

Bild: Günther Kraemer

Europa (GWZO), Specks Hof (Eingang A), Reichsstraße 4-6, 04109 Leipzig, eine Voranmeldung ist nicht notwendig, der Eintritt ist frei, das Gebäude barrierefrei, Telefon (0341) 9735560.

Weitere Auskünfte erteilt das Deutsche Kulturforum östliches Europa, Berliner Straße 135, Haus K1, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 20098-0, Internet: www.kulturforum.info

Publikation zum Thema

Passend zu dem Thema ist in der Reihe der Konrad Adenauer Stiftung von Julia Larina der Titel „Stadtuntergang. Schirwindt, das es nicht mehr gibt“ erschienen.

Julia Larina wurde 1972 in Kasan geboren und studierte an der dortigen Universität Journalistik. Seit 2001 lebt die russische Autorin in Moskau.

In ihrer Arbeit über Schirwindt geht sie sehr vorsichtig und nicht ohne sprachliches Geschick mit dem schrecklichen Thema um. Ein Beispiel: „Schirwindt war die

erste deutsche Stadt, die die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg ... – hier muss man bei der Wahl des Verbs vorsichtig sein – besetzt (das schreibt man in Deutschland), befreit (dieses Verb verwenden die Russen). Über ein Verb aber sind alle sich einig: Die Stadt wurde zerstört.“

In ihrem Vorwort schreibt sie, dass sie eine Reiseführerin sein möchte durch die Stadt Schirwindt. So beginnt sie mit einer Zusammenstellung der vielen Zäsuren, die die Stadt erleben musste, die Pestepidemien im 16. Jahrhundert, Wetterkatastrophen, die für Missernten sorgten, Choleraepidemien im 19. Jahrhundert bis zum Ende der Stadt 1945. Selbst danach widerfährt der Stadt noch Unglück. Als 1925 im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wil-

mersdorf eine Straße den Namen Schirwindter Allee tragen soll, wurde das „t“ vergessen. Zwei Jahre lang hieß sie also Schirwindter Allee.

Larina beginnt bei den ersten Bewohnern, die sich in einer Wildnis ansiedelten, behandelt unter anderem die Wirren im 17. Jahrhundert, die Rolle der Kleinbahn ab 1901, die beiden Weltkriege und gibt zahlreiche Dokumente an sowie ein umfangreiches Literaturverzeichnis. Dieses geschichtliche Sachbuch ist sehr empfehlenswert. CRS

Julia Larina: „Stadtuntergang. Schirwindt, das es nicht mehr gibt“, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin 2019, gebunden, 187 Seiten, kostenfrei zu bestellen bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, E-Mail: edwina.kinderknecht@kas.de, Telefon (02241) 2460 oder über den Buchhandel mit der ISBN: 978-3-95721-535-2



Wenn die Kraft zu Ende geht, dann ist der Tod eine Gnade.

Nach einem erfüllten Leben und kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Oma, Uroma, Schwägerin und Tante

Elisabeth Hansen

geb. Will

* 21. August 1928
Millau/Masuren

† 1. Juni 2019
Süderbrarup



In Liebe und Dankbarkeit
Wolfgang
Hans-Erich und Kirsten
Enkel und Urenkel
sowie alle Angehörigen

Süderbrarup, Ortsteil Dollrottfeld

Online Kondolenz: www.von-roenn.de/gedenkseite

Programm – Dittchenbühne

Elmshorn – Das Forum Baltikum – Dittchenbühnen hat sein Programm für das zweite Halbjahr herausgegeben. Freuen dürfen sich alle künstlerisch Tätigen, die wieder einmal neue Impulse über die Dittchenbühne gewinnen können. Der **Chor** „Dittchenlerchen“ trifft sich immer mittwochs von 16 bis 17.30 Uhr unter der Leitung von Elke Albers.

Einen **Nähtreff** gibt es mittwochs von 9 bis 12 Uhr und donnerstags von 18.30 bis 21.30 Uhr unter der Leitung von Nadja Bering-Pampel.

Die beliebte **Malschule für Kinder** unter der Leitung von Susanne Berger findet im Zeitraum vom 14. August bis 14. November statt, der erste Termin ist das Wochenende 14. und 15. August.

Es gibt auch in diesem Jahr wieder einen Kurs für **Bildhaue-rei** unter der Leitung von Dieter Staack, und zwar am Wochenende 19. und 20. Oktober, jeweils von 10 bis 15 Uhr.

Die neuen **Theaterkurse für Kinder** ab sechs Jahren finden ab Februar 2020 wieder statt.

Der **Filmclub** trifft sich am Donnerstag, 12. September und 24. Oktober, 15 Uhr zu den Filmen „High Noon – 12 Uhr mittags“ und „So weit die Füße tragen“.

Bildungsreisen gehen im zweiten Halbjahr vom 23. bis 24. August zu den Störtebeker

Festspielen „Schwur der Gerechten“, vom 28. bis 30. Oktober nach Berlin und Potsdam „30 Jahre Mauerfall“ und am Sonnabend, 14. Dezember zum Weihnachtsmarkt nach Bremen.

Am Donnerstag, 10. Oktober, und 7. November bringt Udo Pfahl den Teilnehmern jeweils von 14 bis 16 Uhr die „**Ostpreußische Mundart**“ näher.

Das **Elch-Essen** mit einem forstbiologischen Vortrag von Forstdirektor Hans Hewicker wird am Freitag, 15. November stattfinden. Am Freitag, 22. November geht es mit dem Essen weiter. Dieses Mal jedoch wird ab 18 Uhr zum **Weihnachtsmenü** geladen.

Arno Surminski liest, von Maria Livaschnikova am Piano begleitet, am Mittwoch, 11. Dezember, 19 Uhr.

Freitag, 30. August, 19 Uhr: Premiere der Inszenierung „**Der Schimmelreiter**“ nach der Novelle von Theodor Storm. Dazu gibt es einen Vortrag von Professor Thomas Steensen am Mittwoch, 18. September, 19 Uhr.

Freitag, 29. November, 16.30 Uhr: Premiere des Weihnachtsmärchens „**Rumpelstilzchen**“.

Weitere Informationen und Anmeldung unter Forum Baltikum – Dittchenbühne e.V., Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehn.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Das Papier war geduldig

Das Papiermuseum Bad Reinerz vermittelt der Region heute auch die deutsche Heimatgeschichte

Das niederschlesische Bad Reinerz [Duszynki Zdroj] ist polenweit aus zwei Gründen bekannt: als Ort der Chopin-Konzerte, denn in diesem damals deutschen Kurort weilte einst der polnische Komponist, und wegen des einzigen Papiermuseums des Landes. Das Museum organisiert seit 2001 jeden Sommer ein Papierfest. In diesem Jahr wird am 27. und 28. Juni die Geschichte rund um das Thema „Papier“ gefeiert.

Das 2016 mit dem Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen ausgezeichnete Papiermuseum Bad Reinerz wurde 2011 auf die Liste der wichtigsten Kulturdenkmäler Polens gesetzt. Es hat seinen Sitz in der aufwändig restaurierten Papiermühle aus dem 17. Jahrhundert, in der man historische Geräte zum Handerschöpfen und moderne Papierherstellungsmaschinen besichtigen kann. Vor 50 Jahren wurde die Papiermühle zu einem Museum umgewandelt, doch die deutsche Geschichte zog hier erst

viel später ein. Vor allem unter der Leitung der Einrichtung durch Maciej Szymczyk schaffte es das Museum mit seinen Präsentationen auch in deutsche Kultureinrichtungen. Der 1970 in Bad Reinerz geborene Szymczyk studierte Geschichte an der Universität Oppeln und machte die schlesische Papierindustrie zum Thema seiner Dissertation. 2007 habilitierte er an der Universität Lodsch zur Geschichte der polnischen Papierindustrie. Ein Jahr vor seiner Habilitation übernahm er die Leitung des Papiermuseums in der über 400 Jahre alten Papierfabrik seiner Heimatstadt, die von 1605 bis 1945 in der Hand von nur drei Familien war: der aus Sachsen stammenden Familie Kretschmer, den aus Westfalen kommenden Hellers und schließlich der Frankensteiner [Zabkowice Slaskie] Familie Wiehr, die bis 1945 die Papierfabrik betrieben.

Die in den Nachkriegsjahren verwüstete Papierfabrik der Wiehrs wurde ab 1948 vom nahen



Anziehungspunkt nicht nur zum Papierfest am 27. und 28. Juni: Die Papiermühle in Bad Reinerz

Bild: muzeumpapiernictwa.pl

Wartha [Bardo Slaskie] aus bis 1952 verwaltet. Anschließend folgten viele Jahre des Verfalls, bis 1961 die Entscheidung fiel, aus der Papierfabrik ein Museum zu machen. Büttenpapier wurde hier weiterhin hergestellt. Es dauerte noch fast zehn Jahre, bis in Bad Reinerz endlich eine Daueraus-

stellung mit einer Papierschöpfanlage und einer Druckerei eröffnet wurde. Nun konnten Schüler die historische Papiermühle besuchen und zusehen, wie handgeschöpftes Papier entsteht. Bald schon wurde das Museum ein Touristenmagnet. In den 90er Jahren entstand in der Mühle eine

Forschungs- und Bildungsabteilung, an der Professor Szymczyk als Leiter tätig war.

Das Museum kam von Anfang an gut an, doch einen Höhepunkt bildet das 2001 ins Leben gerufene zweitägige Papierfest. Bei diesem soll nicht nur die Geschichte des Papiers und dessen Bedeutung für die zivilisatorische und kulturelle Entwicklung der Welt gezeigt werden, „es soll auch das regionale Bewusstsein stärken und das kulturelle Erbe pflegen“, so Szymczyk. Ihm liegt besonders daran, dass sich die Besucher in aktiver Weise der Geschichte nähern. So können Besucher selbst Büttenpapier herstellen und unterschiedliche Drucktechniken ausprobieren. Auch Geschicklichkeitswettbewerbe mit Papier werden angeboten. So kann sich der Besucher beim Zielwerfen von Toilettenpapierrollen ausprobieren. Künstlerische Umsetzungen sollen im Museum auch die Ästhetik von Papier veranschaulichen.

Geschichtsfreunde kommen ebenfalls nicht zu kurz. In Son-

der- und Wanderausstellungen präsentiert der Historiker Szymczyk gerne Persönlichkeiten der Region wie zum Beispiel den Chronisten des Glatzer Berglandes, Joseph Kögler (1765–1817). Der Geistliche aus Lewin [Lewin Klodzki] war Sohn des Lewiner Stadtmüllers, studierte Theologie und Philosophie in Breslau und wurde Pfarrer in Ullersdorf an der Biele [Oldrzychowice Klodzkie]. Der Geschichtsforscher sammelte und studierte historische Archivalien, schrieb Orts-, Pfarrei- und Herrschaftschroniken und fertigte eine umfangreiche Sammlung von Urkundenabschriften an. Köglers Schriften sind fast gänzlich erhalten geblieben und befinden sich im Erzbischöflichen Diözesanarchiv Breslau. Unter anderem zeigte das Reinerzer Museum bereits viele Chroniken über die Vergangenheit des Ortes. Während der beiden Papierfesttage ist die Besichtigung des Papiermuseums in der ul. Klodzka 42 von 10 bis 18 Uhr kostenlos. Chris W. Wagner

Hermann Lietz – Reformpädagoge setzte Zeichen

Zum 100. Todestag am 12. Juni

Ende des 19. Jahrhunderts entstand eine wachsende pädagogische Bewegung, die die „Anpassung der Erziehung und der Erziehungstheorie an die veränderten gesellschaftlichen Bedürfnisse“ forderte, alle Industriestaaten erfasste und neuartige Schulsysteme ausprobierte. In Deutschland wurden diesbezügliche Impulse aus Frankreich, Italien, England und den USA übernommen. Dazu kamen Überlegungen aus der deutschen Philosophie. Hermann Lietz stammte von der Insel Rügen, erschloss sich während seiner Studien die diesbezügliche Literatur und entwickelte ein eigenes Schulkonzept, das sich in den Landerziehungsheimen niederschlug. Sie wurden zum „Erprobungsfeld für die Impulse und Ansätze der Reformpädagogik“. Im ersten Gründungsauftrag von 1898 forderte Lietz den Aufenthalt auf dem Land, die Gemeinschaft zwischen Erziehern und Zöglingen, eine gesunde Lebensweise, tägliche Körper- sowie Kunstübungen, praktische Arbeit, den wissenschaftlichen Unterricht, eine religiös-sittliche Erziehung und die Ausprägung einer vaterländischen Gesinnung. Er gründete zahlreiche Landerziehungsheime im Harz, in Thüringen sowie in der hessischen Rhön, verfasste eine Reihe von Schriften und erreichte

auch über seinen Tod vor 100 Jahren hinaus große Beachtung.

Hermann Lietz wurde am 26. April 1868 in Dumgenewitz bei Putbus auf Rügen geboren. Das Dorf ist heute ein Ortsteil der Kleinstadt Putbus, die 1810 durch Fürst Wilhelm Malte I. zu Putbus gegründet, als Planstadt im klassizistischen Stil ausgebaut worden war und heute einen Hauptziehungspunkt für Touristen auf Rügen bildet.

Der Vater von Lietz ist als Gutsbesitzer überliefert. Die Mutter stammte aus Garz auf Rügen und war die Tochter eines Schneidermeisters und Landwirts. Nach einer unbeschwernten Kindheit und Gymnasialzeit in Greifswald sowie Stralsund studierte er nacheinander in Halle und Jena Theologie, Geschichte, Germanistik sowie Philosophie. Dabei lernte er Rudolf Eucken kennen, bei dem er promovierte, und Paul Geheeb, mit dem er sich für Johann Gottlieb Fichtes Idee von einem Schulstaat zur nationalen Wiedergeburt begeisterte. Weitere Anregungen holte er sich von John Locke sowie Thomas Arnold, von den Ideen Michel de Montaignes sowie Jean Jacques Rousseaus, aus der Schulpraxis der englischen Public School, von Paul de Lagarde und vom Herbartianer Wilhelm Rein. Dann kehrte Lietz zunächst nach Rügen

zurück, wo er in Putbus parallel zur Leitung des elterlichen Gutsbetriebes die Referendarzeit absolvierte. Dabei verband er Erziehung und Landwirtschaft.

Dann ging es Schlag auf Schlag. Lietz wirkte als Oberlehrer an der Universitäts-Übungsschule von Wilhelm Rein in Jena, fungierte als stellvertretender Direktor einer Privatschule in Kötzschenbroda, heute ein Ortsteil von Radebeul, und leistete unter Moritz von Egidy sozialpraktische Arbeit. Mehr noch. Er ging zur weiteren Vervollkommnung an die Fröbelschule im thüringischen Keilhau, hospitierte in Abbotsholme in England bei Cecil Reddie, den er aus Jena kannte, und entwarf anschließend sein eigenes Schulkonzept. Um für dessen Umsetzung optimal vorbereitet zu sein, absolvierte er zusätzlich noch einige praktische Kurse bis hin zum Besuch der Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin. 1898 gründete er in der Pulvermühle in Ilsenburg im Harz sein erstes Landerziehungsheim, das der Unterstufe diente. Es folgten Haubinda bei Hildburghausen für die Mittelstufe und Schloss Bieberstein in der hessischen Rhön für die Oberstufe. Am Stolper See bei Potsdam gründete Bertha von Petersenn, eine Gesinnungsfreundin, 1900 das erste Landerziehungsheim

für Mädchen.

Lietz pflegte ein besonderes Symbol: Parzifal, den Gralsucher. Von den Zöglingen verlangte er Stetigkeit in der geistigen sowie körperlichen Zucht und „Abwehr aller störenden, nichtigen Gedanken“. Doch dann machten sich einige Mitarbeiter wie Gustav Wyneken, Paul Geheeb, Gustav Marseille, Adolf Kramer sowie Theophil Lehmann mit den bei Lietz erworbenen Kenntnissen selbstständig. Das schwächte Lietz auf den ersten Blick. Es führte andererseits zu einem Netzwerk verwandter Bildungseinrichtungen.

1911 heiratete der Reformpädagoge Jutta von Petersenn, die um 20 Jahre jüngere Tochter der Potsdamer Gesinnungsfreundin. 1914 gründete Lietz das Landwaisenheim in Veckenstedt im Harz, ein Spezialheim für Arme und Verwaiste, wohl sein soziales Feigenblatt, ehe er mit der von ihm vertretenen vaterländischen Gesinnung als Freiwilliger in den I. Weltkrieg zog. Dabei erkrankte er jedoch an Anämie. Mit Folgen. Lietz starb am 12. Juni 1919 in Haubinda.

Als sein Nachfolger fungierte wunschgemäß Alfred Andreesen, der das Lebenswerk von Lietz fortsetzte und 1920 die Lietz-Stiftung gründete. Doch die Tatsache, dass abgesehen vom Spezialheim in Veckenstedt alle



Grab von Hermann Lietz in Haubinda

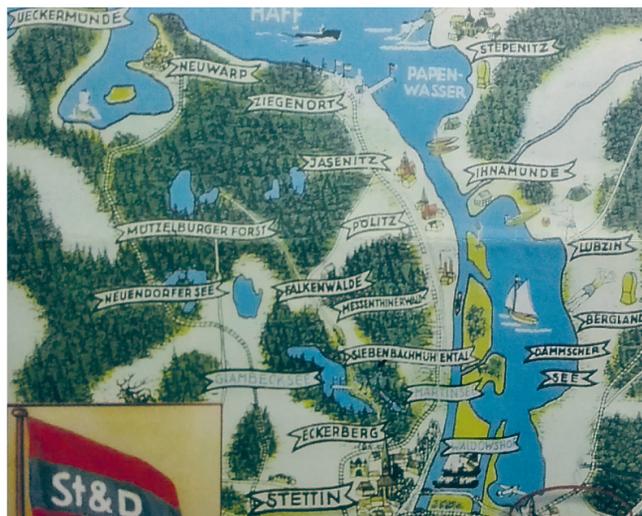
(Foto: Lukas&Leonie)

Lietz-Einrichtungen ein hohes Schulgeld forderten, wurden arme Kinder von den Vorzügen der Internatsschule ausgeschlossen. Während unter Lietz ein Gefolgschaftsgeist dominierte, kam es besonders unter Wyneken und Geheeb in Wickersdorf bei Saalfeld sowie an der Odenwaldschule bei Heppenheim zur Ausprägung liberaler Grundsätze. Vor allem aber regte das Vorbild von Lietz eine Fülle von Neugründungen in Deutschland und im Ausland an. Die deutsche Palette reichte von entsprechenden Anstalten auf der Nordseeinsel Spiekeroog, am Solling bei Holzminden,

der Steinmühle in Marburg über das Heim in Ettersburg bei Weimar sowie die internatsmäßige Lietz-Schule im vormaligen Zeughaus in Weimar bis zur heutigen Eliteschule im Schloss Salem in Baden. Zur Zeit existieren bundesweit fünf Lietz-Einrichtungen, die dem Konzept des Reformpädagogens von der Insel Rügen folgen: Grovesmühle in Veckenstedt im Nordharz, Spiekeroog in Ostfriesland, Haubinda bei Hildburghausen, Schloss Bieberstein sowie Schloss Hohenwehda in Hessen.

Martin Stolzenau

Historischer Arbeitskreis in Stettin Interessantes Programm rund um die Heimatstadt Stettin



Ursula Zander, Vorsitzende des Historischen Arbeitskreises Stettin (HAST), hatte die Mitglieder vom 27. Mai – 31. Mai 2019 in die alte Pommersche Hauptstadt eingeladen. Seit etwa 40 Jahren treffen sich die Freunde für Pommersche Geschichte, zeigen jedoch ein besonderes Interesse für Stettin.

Dr. Hans-Günter Cnotke hatte den Kreis ins Leben gerufen. Nach seinem Tod übernahm Detlef Kirchner den HAST. Auf ihn folgte Ursula Zander.

Der 27. Mai war der diesjährige Anreisetag mit der Eröffnung der Tagung am Abend im Hotel Viktoria, das schon seit vielen Jahren der Tagungs- und Übernachtungsort des HAST in Stettin ist.

In diesem Jahr fanden sich 14 Teilnehmer zum gemeinsamen Arbeiten, Wandern und Forschen ein. Sie kamen aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und dem heutigen Szczecin angefahren.

Auf dem Programm stand für Dienstag, dem 28. 5. eine Tagestour nach Odermünde, Pölitz, Jasenitz bis nach Ziegenort. Für den Abend waren Vorträge vorgesehen, zu denen auch als besonderer Gast die Kuratorin des Altstadtmuseums von Szczecin, Frau Dr. Kursz-

czinska, eingeladen worden war.

Ein Referat wollte Architekt Karl-Heinz Engelmann über die Feldmühle Odermünde halten. Er war aber durch Krankheit verhindert. Ursula Zander sprang für ihn ein, während Brigitte Kleczewski einige Ergänzungen einflachte. Professor Dr. Hermann Mancke referierte über die Patenschaft des Gymnasiums Katharineum in Lübeck für das frühere Marienstiftsgymnasium in Stettin. Renate Jachow verlas eine Hommage für einen Polen, der ihrer Familie bis 1956 in Szczecin (Stettin) zur Seite stand. Anna Bielecka aus Kleskowo, früher Hökendorf, hatte die Technik übernommen.

Am 29. 5. 2019 ging es am Vormittag nach Stettin-Hökendorf. Am Nachmittag sollte Wolfgang Dahle die Gruppe durch die Stadtbibliothek mit Schwerpunkt „Pommerscher Raum“ führen.

Am 30. 5. 2019 vergnügte sich der HAST mit einer Hafenrundfahrt, und am Nachmittag wurde der Stettiner Hauptfriedhof besucht.

Am 31. 5. 2019 kam der Abreisetag und das Versprechen, sich 2020 im schönen Stettin wiederzusehen. Über die Vorträge und die Ausflüge bis nach Ziegenort und Hökendorf wird noch gesondert berichtet werden.

Brigitte Kleczewski

Der Pommersche Künstlerbund e.V. als Gastgeber

Präsentation im Pommerschen Landesmuseum in 17489 Greifswald, Rakower Str. 9, ab Donnerstag, dem 13. Juni 2019 wird eine Auswahl der Kunstwerke im Lichthof gezeigt.

Ergebnisse vom Deutsch-Polnischen Kunst-Workshop im Mai 2019 – Zur Geschichte und Gegenwart von Schloss Ludwigsburg in Vorpommern

Vom 11.-18. Mai 2019 wurde eine interessante und kreative kunstpraktische Woche in Ludwigsburg und Lubmin gestaltet. Die Teilnehmer: 12 deutsche Künstler aus Mecklenburg-Vorpommern und 8 polnische Künstler aus Stargard, Stettin/Szczecin, Greifenhagen/Gryfino und Köslin/Koszalin schafften zu einem Rahmenthema parallel grafische oder malerische, auch plastische Werke.

Das Thema: Die Teilnehmer besichtigten Schloss und Park, erhielten Anregungen zur Geschichte des Schlosses Ludwigsburg (eingebettet in die wechselvolle Geschichte Pommerns) und zur Geschichte der Romantik in Vorpommern (am Beispiel der wichtigen Vertreter Philipp Otto Runge und Caspar David Friedrich, die sich im Schloss Ludwigsburg mit dem Maler Friedrich August von Klinkowström trafen). Aus diesen Einblicken und der Be-

gegnung mit dem alten, vom Verfall bedrohten Schloss und seinem Park haben sich die unterschiedlichsten individuellen künstlerischen Lösungen ergeben. Anregungen: Es waren Rückblicke denkbar in die Zeiten der Entstehung, des Umbaus und der prächtigen Ausgestaltung des Schlosses und der Gutswirtschaft während der Herrschaft pommerscher Herzöge (1592-1650) oder schwedischer Staatsbeamter (1650-1810) oder in der Hand der Greifswalder Kaufmannsfamilie Weissenborn (1810-1945). In den Kunstwerken konnte sich auch der Niedergang des historischen Schlossensembles in 40 Jahren sozialistischer Wirtschaft und 30 Jahren seit der Wende 1989 widerspiegeln, in denen nur wenig zum Erhalt des Schlosses, des Parks und der Schlossanlage investiert wurde. So wurde der Apollotempel im Park abgerissen.

Info zu Schloß Ludwigsburg und den Förderverein:
<http://www.ludwigsburg-mv.de>

Karina Tyła (Gryfino), Fenster, Acryl.

(Foto: Pommersches Landesmuseum)



Bund der Danziger e.V.
Fleischhauerstraße 37
23522 Lübeck
Info: www.danziger.info
Mail: post@danziger.info

Einladung zum Tag der Danziger
in Lübeck am 21. – 23. Juni 2019

Wo? – In der Handwerkskammer Lübeck, Breite Straße 10/12,
Eingang von der Fischergrube

Programm

Freitag 21. Juni 2019 – 16:00 Uhr

Danziger Begrüßungsnachmittag im Rempter der Handwerkskammer. Einstimmung bei Kaffee und Kuchen und leichter Unterhaltung auf das gemeinsame Wochenende. Anschließend ist ab 19:00 Uhr für uns ein Tisch zum Abendessen im Café Bar Celona, Hafenstraße 1 in Lübeck, reserviert. <https://celona.de>.

Sonnabend 22. Juni 2019 – ab 8:00 Uhr Einlass

9:00 bis 10:45 Uhr Fragerunde für Mitglieder und Gäste. Anschließend Mittagessen, alternativ hat Petra Lorinser, Ortsstelle Ravensburg, für die Erstbesucher Lübecks eine Stadtrundfahrt von 11:00 bis 12:30 Uhr auf Selbstkostenbasis organisiert. Erkunden Sie Lübeck mit dem Open-Air-Bus, ein echtes Highlight. Die Mittagspause von 11:00 bis 13:00 Uhr bietet weiteren Raum für Gespräche oder für Informationen am Familienforschungs-Terminal des Landmanns Markus Breyer. Die Feierstunde mit Totengedenken und einem Festvortrag beginnt um 13:00 Uhr. Musikalisch begleitet vom Rocaille Ensemble aus Lübeck.

Festvortrag: Dr. Gerhard Erb: Das „Danzig-Dilemma – Entstehung, Existenz und Ende der Freien Stadt Danzig“

Anschließend ist Zeit für geselliges Miteinander oder zur Erkundung der Lübecker Altstadt. Um 19:00 Uhr haben wir wieder einen Tisch in der traditionsreichen „Schiffergesellschaft“ reserviert. <https://schiffergesellschaft.de/>

Sonntag 23. Juni 2019 – 10:00 Uhr

Großer Festgottesdienstes in St. Marien zu Lübeck, anlässlich des gleichzeitig wieder in Lübeck stattfindenden Völkerfestes. Auch das Danziger Volk ist Teil dieser Gemeinschaft und wir werden sogar gesondert begrüßt. Mit einem gemeinsamen Gedenken sowie dem Niederlegen eines Kranzes an der Kapelle der St. Marien-Kirche im Anschluss des Gottesdienstes verabschieden wir uns für dieses Jahr aus Lübeck. – <https://st-marien-luebeck.de/>

Herzlich Willkommen!

Eintrittsgeld unverändert 15 Euro pro Person und beinhaltet eine Suppe am Samstagmittag. Bringen Sie Ihre Familie mit – Ihre Enkel und Urenkel haben freien Eintritt.

Was treibt deutsche Politiker dazu?

Zu: Der nächste Beutezug (Nr. 18)

Herrn Juncker kann ich es nicht übel nehmen, wenn er in seiner Position nur europäisch denkt und handelt – doch allen deutschen Politikern und Parteien, die seinen Plan unterstützen. Sie sind von ihrem eigenen Volk in ihre Positionen gewählt worden und haben daher primär dessen Interessen zu vertreten. Und es sollte ihnen bewusst sein, dass sie in einem deutschen Bundestag wirken und aus deutschen Steuergeldern bezahlt werden.

Wenn sie nun glauben, nur noch europäisch denken und handeln zu müssen, betrügen und hintergehen sie ihre Wähler. Zu klären wäre auch, was die Worthülse „europäische Politik“ überhaupt bedeutet. Solange „europäische Politik“ nur durch die Ressourcen der Mitglieds-Nationalstaaten realisiert werden kann, steht das Wohl dieser Staaten im Vordergrund. Genau wie die Kuh, die mir die Milch gibt, von der ich lebe. Wenn es ihr nicht mehr gut geht, wird es mir auch bald schlecht gehen.

Damit kommen wir zu diesen Junckerschen „Umverteilungs-Gedanken“ und der geplanten neuen Abstimm-Gewichtung. Es spricht grundsätzlich nichts dagegen, wenn die reicheren Staaten die ärmeren Staaten unterstützen. Das setzt aber unbedingt gleiche Ausgabenbedingungen voraus. Damit meine ich beispielsweise Arbeitszeiten, Lebensarbeitszeiten, Kaufkraft, Renteneintrittsalter, Rentenhöhe, Sozialleistungen, Steuersätze, die Höhe der Sozialbeiträge für Rente, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung. Ein „reiches“ Land bekommt seinen Reichtum bekanntlich nicht geschenkt.

Ein „armes“ Land ist vielleicht nur deshalb ärmer, weil es schlecht wirtschaftet, die Wirtschaft weniger effektiv produziert, weniger gearbeitet wird, das Ausbildungssystem hinkt und die Menschen dort viel früher in Rente gehen können, um nur einige Faktoren zu nennen. Daher ist es sinnlos, diese teilweise deutlichen Unterschiede bei den Mitgliedsstaaten einfach auszublenken.

In der Umverteilungsdebatte sollten auch der fast unbekannt Target-2-Saldo mit knapp einer Billion Euro und die vielen Bürgschaften Deutschlands für die EU berücksichtigt werden. Allein diese können im Extremfall dazu führen, dass Deutschland urplötzlich das Armenhaus der EU wird. Das sollte auch den Politikern der Grünen, der SPD und Herrn Schäuble bekannt sein, die verantwortungslos leichtfertig das Geld riskieren wollen, das von ihrer eigenen Bevölkerung hart erarbeitet wird.

Manchmal frage ich mich verzweifelt, was sie dazu treibt, so mit ihrem eigenen Volk umzugehen. Aber vielleicht haben wir ja auch Glück und der Brexit kommt nicht zustande, sodass die Stimmengewichtung nicht fast schon automatisch gegen Deutschland ausfällt.

Eines noch abschließend: Wir sollten uns an der Initiative des österreichischen Altkanzlers Sebastian Kurz ein Beispiel nehmen. Er fordert deutliche Reformen in der EU, um sie effektiver zu machen. So wie sie jetzt agiert, wird sie nach und nach die Zustimmung in der Bevölkerung verspielen. Die letzte EU-Wahl hat gezeigt, wie weit das schon der Fall ist.

Henry Stephan, Himbergen

Bevölkerungspolitik entscheidet

Zu: „Ostpreußen ist nicht sterblich!“ (Nr. 20)

Ostpreußen lebe, Ostpreußen sei Zukunft, sagt der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat. Wie diese Zukunft aussieht, entscheidet sich jetzt in Deutschland selbst. Wenn sich die Bundesrepublik nun bald in einen „multikulturellen Vielvölkerstaat“ verwandelt, weil die zugewanderten Millionen weder integrierbar noch assimilierbar sind, dann wird auch der letzte handlungsfähige Rest des deutschen Volkes seinen eigenen

Kulturraum und seinen eigenen Staat einbüßen.

Man muss kein Prophet sein, um dieses Ende vorherzusehen, wenn man nur die laufende Entwicklung nüchtern zu Ende denkt. Es ist das Ergebnis eines bestimmten politischen Verhaltens, welches nicht mehr von nationalen Zielen und Bedürfnissen geleitet ist und einem Selbstmord des deutschen Volkes gleichkommt. Dann hat sich auch Ostpreußens Zukunft endgültig erledigt. Letzten Endes wird das „Problem der Ostgebiete“ bevölkerungspolitisch entschieden.

Roland Mackert, Böblingen

Kinder und Jugendliche sind leicht instrumentalisierbar

Zu: Absurdes Theater (Nr. 18)

Der Artikel zu Klimawandel, Kohlendioxid, Greta und Schülerdemos ist hervorragend. Fakten und Zahlen statt Ideologie.

Außer der PAZ gibt es leider wenige Medien, die so berichten. Guter Umweltschutz kann nur gelingen, wenn pseudoreli-

giöse Ideologie und Lobbyinteressen außen vor bleiben. Bevor – leichter beeinflussbare – Kinder und Jugendliche instrumentalisiert werden, sollten mögliche Hintermänner und Hintermänn*innen (um es gendgerecht auszudrücken) immer auch an drei extreme Negativbeispiele denken:

1) Kindersoldaten in afrikanischen Konflikten,

2) bei der Kulturrevolution in China rief Mao seine jungen Fans zu Gewalttaten gegen Lehrer und Funktionäre auf, und

3) an die Todeslager der Roten Khmer in Kambodscha, in denen es viele jugendliche Wächter gab.

Die Berichte in unserer heimischen Tageszeitung folgen einer durchschaubaren Logik: Wenn es nass und für die Jahreszeit zu kalt ist, gibt es keine „Klimawärmungs-Artikel“, kaum scheint einige Tage die Sonne, wird wieder an das böse Kohlendioxid erinnert.

Dieter Frank, Neustetten



Welche Rolle spielen Erwachsene bei den „Fridays for Future“-Demonstrationen? Vor drei Wochen marschierten auch knapp 12.000 Demonstranten durch Hannovers Innenstadt

Bild: pa

Im Prinzip ja, aber ...

Zu: Versicherungsprodukt (Nr. 17)

Um jedem Missverständnis vorzubeugen: Die Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger aktiv – auch und gerade in Form von Demonstrationen – in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen. Dieses bürgerliche Engagement ist gewissermaßen der Nährboden der Demokratie. Wenn es sich zudem bei den Demonstranten um junge Menschen handelt, die sich in einer Existenzfrage wie dem Klimaschutz engagieren, ist der Gewinn für unsere Gesellschaft um so größer.

Wenn allerdings Grundschulkinder von ihren Lehren geschlos-

sen zur Demonstration geführt werden, um dort die vorher eingeübten Parolen gemeinsam zu skandieren, dann liegt der Verdacht nicht ganz fern, dass hier Erwachsene ihre Machtstellung gegenüber Kindern missbrauchen und diese für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren.

Ferner setzt „gesellschaftlicher Diskurs“ auch Dialogbereitschaft voraus. Deshalb befremdet die Konformität, mit der die „Friday for Future“-Demonstrationen in der Öffentlichkeit begleitet werden. Wer auch nur ein wenig von der vorgegebenen Linie abweicht, wird – wie es in Deutschland Mode geworden ist – stigmatisiert und ausgegrenzt.

Die Schülervertreter argumentieren nun, sie fänden die notwendige Aufmerksamkeit für ihr Anliegen nur, wenn sie während der Schulzeit demonstrierten. Abgesehen davon, dass diese Annahme,

wie sich leicht zeigen lässt, nicht zutrifft, ist „Aufmerksamkeit“ allein nicht ausschlaggebend, sondern Glaubwürdigkeit. Und diese hat in den zurückliegenden Osterferien zweifellos gelitten, als die „Friday for Future“-Demonstrationen bei den Schülern nur geringes Interesse fanden, wenn sie nicht gleich ganz ausfielen.

Es ist zudem verantwortungslos, wenn Politiker und Journalisten die fortgesetzte Verletzung der Schulpflicht bejubeln. Die Schulpflicht ist geltendes Recht, das in den jeweiligen Schulgesetzen der Bundesländer verankert ist. Den Schülern wird der Eindruck vermittelt, sie könnten sich nach Belieben über das Gesetz hinwegsetzen, wenn sie meinen, dass ihr jeweiliges Anliegen dies rechtfertige.

Die Schulpflicht ist aber nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch eine Errungenschaft, um die

wir in anderen Erdteilen beneidet werden. Bildung ist ein Menschenrecht. Was denkt wohl die Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai über Schulstreiks? Das pakistanische Mädchen Malala wurde wegen seines Kampfes für Bildung 2012 in den Kopf geschossen.

Der von interessierten Kräften konstruierte Konflikt zwischen Klimaschutz auf der einen und Rechtsstaatlichkeit sowie Bildung auf der anderen Seite ist völlig überflüssig. Er schadet nur – der Bildung, dem Recht und dem Klimaschutz.

Burghard Gieseler, Oldenburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Prämie: 40 Euro
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Eine Pistole für einen Drahtesel

Mit dem Liegerad 3000 Kilometer durch die USA – Eine Strapaze auf die Gefahr hin, sich eine blutige Nase zu holen

Auf die Idee kann nur ein Deutscher kommen: Mit einem Liegefahrrad durch die USA zu radeln. Hier berichtet unser Autor Thomas Bauer von seinen Abenteuern am Mississippi.

Auf einmal stand er vor mir. Ich hatte gerade das Motel verlassen und wollte am Gebäude entlangfahren, da hob er die Hand und rief: „Hey du, anhalten!“ Vor Überraschung trat ich sofort auf die Bremse. Der Kerl ragte hünenhaft vor mir auf. Sein sonnenverbranntes Gesicht ließ nicht erkennen, von welcher Farbe es einst gewesen sein mochte, aber seine wilden, leicht rötlichen Locken deuteten auf eine irische Abstammung hin.

Gebannt starrte der Riese auf das Gefährt, in dem ich saß. Ich konnte es ihm nicht verübeln: Ein Liegerad bekam man nicht alle Tage zu sehen, vor allem nicht in diesem Teil der Welt, wo man selbst bis zum Laden auf der anderen Straßenseite das Auto nahm. Doch da war ich nun einmal, in einer drei Meter langen Eigenkonstruktion, die aussah wie ein erstarrtes Insekt. Natürlich musste das genauer untersucht werden.

„Was ist das denn für ein seltsames Ding?“, wollte der Muskelprotz wissen. Zumindest glaubte ich das zu verstehen. Sicher konnte ich mir da nicht sein. Seit ich in den Südstaaten unterwegs war, verstand ich so gut wie nichts mehr von dem, was mir die Leute sagen wollten. Schon gar nicht hier, im ländlichen Arkansas, in einem zwielichtigen Nest namens Osceola. Das war kein Akzent mehr, das war eine andere Sprache! Die Vokale wurden gedehnt, bis es ihnen wehtun musste.

Mein Gegenüber griff mit routinierter Selbstverständlichkeit in die rechte Bocktasche seiner verwaschenen Jeans und zog eine Pistole hervor. Was hatte mich nur geritten, dachte ich, mit einem so auffälligen Fahrzeug durch ein derart raues Land zu ziehen?

Schon der Anfang meiner USA-Tour hatte es in sich gehabt. In Bemidji, wo der Mississippi entspringt, knirschten Schnee und Eis unter den Rädern des Velomobils. Die Bewohner Bemidjis sa-

gen, dass es in manchen Wintern derart kalt werde, dass die Worte in der Luft gefrieren, ehe sie das Ohr eines Empfängers erreichten. Im Frühjahr tauten sie dann auf, und ein Gemurmel erfüllte die Luft. In dieser Stadt nahe der kanadischen Grenze leben vor allem Naturburschen mit massigen Schädeln und breitem Kreuz. Sie wohnen drei Schritte von der Durchgangsstraße entfernt in Häusern, die an Dixi-Toiletten

auf begann die goldene Ära der Dampfschiffahrt. Erlebnishungrige Ladies und streitlustige Gentleman fuhren stromauf- und stromabwärts. Zu ihrem Zeitvertreib erfand man auf einem der Raddampfer das Pokerspiel und später auch das Wasserskifahren.

Wahrscheinlich war ich darum hier unterwegs: um die Überbleibsel jenes so abenteuerdurchwebten und lebenshungrigen Amerikas aufzusammeln. Mein

Mittel gegen Schlangengifte herstellt. Auf einem Bild sieht man ihn inmitten von Klapperschlangen; eine beißt soeben in seinen Schuh. Das passiere zwölf Mal am Tag, schreibt der Doktor, und noch nie sei es einer Schlange gelungen, das Futter des Red-Wing-Schuhs zu durchstoßen.

Der Fluss hatte sich verändert. Wo er Wisconsin und Iowa voneinander trennt, hält den Mississippi nichts mehr auf. Er hat hun-

Eisenbahnen am Ufer entlangstrichen. Er weiß, dass nichts konstant ist außer dem ewigen Wandel. Gibt es ein besseres Sinnbild für das, was unser Leben ausmacht, als einen solchen Fluss? Der Mississippi erzählt unentwegt die verrückte und unwahrscheinliche, die brutale und kompromisslose Erfolgsgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Dass ich wirklich angekommen war im echten, tiefen Amerika,

Meine Gedanken vollführten solche tollkühnen Bocksprünge, sodass ich kaum mitbekam, was der Bizepsfetischist als Nächstes sagte. Was natürlich auch wieder an seinem Akzent liegen konnte.

„Hear my gun for dead! Real?“, verstand ich.

„Hör“ meine Knarre für die Toten!“ Das war offensichtlich eine Drohung, und ich war in seinen Augen praktisch schon Geschichte. Mir war nur nicht klar, warum er mich am Ende fragte, ob das überhaupt wahr sein konnte: real? Ich bat ihn höflich, seine Frage zu wiederholen. Es machte die Sache nur unwesentlich besser.

„Here's my rum for dad. Feel?“, setzte ich nun aus seinen langgezogenen Vokalen und abgehackten Konsonanten zusammen. „Hier ist mein Rum für Papa. Fühlst du das?“ Was um alles in der Welt mochte das bedeuten?

„Well ...“ Ich gab mich unentschlossen, da ich noch immer keinen Schimmer hatte, welche Reaktion von mir erwartet wurde. Ich wusste nicht einmal, ob ich Angst haben sollte oder nicht.

„C'mon“, beharrte der Fitnessfreak, „komm schon!“ Und erst als er seinen Wunsch ein drittes Mal wiederholte, wurde mir klar, was er mir da anbot.

„Here's my gun for that. Deal?“ Er wollte seine Knarre („gun“) also nicht gegen mich richten, sondern sie eintauschen gegen das Fahrrad, in dem ich saß. Vermutlich wäre das nicht einmal ein schlechtes Geschäft für mich. Trotzdem lehnte ich dankend ab. Ich betonte es so, als ob ich diesen Umstand wirklich bedauerte.

Von dieser Begegnung abgesehen waren sie letzten Endes gar nicht so schlimm gewesen: die Bewohner des Landesinneren zwischen Bemidji und New Orleans.

Rednecks – Rotnacken, wie die armen Landerbeiter früher genannt wurden, radeln nicht. Aber wenn damit die neugierigen und bodenständigen, zuweilen etwas unbedarft erscheinenden Typen gemeint sind, die wirklich etwas auf die Beine stellen wollen und die sich lieber dann und wann eine blutige Nase holen, statt auf irgendein Erlebnis zu verzichten – ja, dann bin ich einer von ihnen.



Vorsicht Wildwechsel: Der Autor mit seinem selbstgebautes Gefährt in Deerwood/Minnesota

Bild: Bauer

erinnern. Vielleicht stehen darum neben den Gebäuden Autos, die ungefähr dieselbe Größe haben wie die Häuser. Wenn es hart auf hart kommt, kann man einfach davonfahren.

Hier entspringt er, der amerikanischste aller Flüsse. Ohne den Mississippi sind die Vereinigten Staaten nicht denkbar. Hier brachen Lewis und Clark auf, um erstmals zur Westküste des Landes zu gelangen. Sie ermöglichten dadurch die Gründung einer „mächtigen Nation zwischen Atlantik und Pazifik“, wie sie der damalige Präsident Thomas Jefferson gefordert hatte. Kurz dar-

Velomobil sollte mir dabei gute Dienste leisten. Jemanden in einem solchen Dreirad will man kennenlernen.

Auf den letzten Meilen wurde Minnesota schön. Angeberisch spannte es einen Himmel über mir auf, wie ich ihn noch nie gesehen hatte. Er erinnerte an einen Ozean. In Hochstimmung fuhr ich in Red Wing ein. Das Dorf ist bekannt für die gleichnamigen Schuhe, die dort hergestellt werden: globige Treter, mit denen man Bisons nachstellen und Grizzlybären ernsthaft verletzen kann. Im Schuhmuseum wird der Brief eines Arztes ausgestellt, der

derte Flüsse in sich aufgenommen, aus allen Begegnungen ist er als Sieger hervorgegangen. Von hier an ist er ein einziges Ausrufezeichen, mit dem Golf von Mexiko als Endpunkt.

Ich begann zu begreifen, dass der Strom unablässig Geschichten erzählt. Diese sind es, die ihm Kraft verleihen. Er muss sie erst auf sammeln unterwegs, muss sie aus den vergangenen Jahrhunderten pflücken. Der Mississippi erzählt, wenn man genau hinhört: Er berichtet davon, wie erste Brücken gebaut wurden, Holzfabriken entstanden, Raddampfer auf Grund liefen und mächtige

wurde mir spätestens klar, als ich in Osceola auf den waffenschwingenden Muskelprotz traf.

Das war's also, dachte ich. Jetzt würde mich der Kraftmeier zwingen, ihm das Liegerad zu überlassen. Vielleicht vermutete er Wertvolles in meinem Gepäck oder meinte, die Einzelteile meines Gefährts verkaufen zu können. Wenn es wirklich schlecht lief, schoss er mich auch einfach über den Haufen, um die Sache abzukürzen. Obwohl das wiederum unpraktisch wäre, da er mich in diesem Fall noch aus dem Velo ziehen musste, ehe er an die begehrten Teile gelangen konnte.

Grüne Apotheke am Meer

Warum im Meer baden, wenn »Waldbaden« angesagt ist? – Die Insel Usedom will Gäste mit seinem Kur- und Heilwald verwöhnen

Der Sommer steht vor der Tür, die Natur steht bereits in voller Blüte, und die warmen Sonnenstrahlen locken bereits die ersten Usedom-Urlauber an die Strände. Schon kurz vor der Hauptsaison sind Strand und Meer nach wie vor die wichtigsten Buchungsargumente für einen Aufenthalt auf der Sonneninsel. Doch der Wald könnte schon bald dazu kommen, wenn es nach Karina Schulz geht.

Denn seit November 2016 ist der Heringsdorfer Küstenwald als erster Kur- und Heilwald Europas anerkannt und damit ein großes Natur- und Gesundheitsstudio.

„Der Wald wird oft als ‚Grüne Apotheke‘ bezeichnet. Er macht den Kopf frei, belebt und erfrischt. Seine heilenden Kräfte werden hier auf 187 Hektar bewusst genutzt“, so Tourismusfachfrau Schulz. Immer mehr Forschungen bestätigen die positive Wirkung von Bäumen auf die Gesundheit. In Japan ist Waldmedizin sogar ein Forschungszweig. So atme man bei einem einstündigen Aufenthalt im Wald so viel frische Luft ein, wie in zwei Einfa-

milienhäusern vorhanden sei. Waldspaziergänge und Therapieübungen zwischen den Waldbäumen helfen Schulz zufolge auch bei Burn-Out, Schlafstörungen, Verdauungsproblemen, Depressionen, Reizüberflutung und psychosomatischen Erkrankungen. Die Kiefer soll gut sein für das Seelenleben der Menschen, Buchen wirken erfrischend und reinigen die Lunge.

Während ein Ausflug in den Wald bei den Deutschen noch nicht sehr verbreitet sei, zählt das sogenannte Shinrin Yoku (Waldbaden) in Japan zu einer effektiven Stress-Management-Methode und ist fester Bestandteil des staatlichen Gesundheitssystems. Dort gibt es Waldbaden sogar auf Rezept. Das wohlthuende Reizklima auf Usedom resultiert aus der einzigartigen Kombination von See- und Waldluft. Diese Verbindung definiert unseren Küstenwald als ein einzigartiges ortsbundenes Naturheilmittel.

Um den Kur- und Heilwald zwischen der Heringsdorfer Grundschule und dem Ahlbecker Jägersberg noch mehr zur „grünen

Apotheke“ werden zu lassen, bemüht sich Schulz darum, dass Therapeuten aus Kliniken sowie Mitarbeiter der Ostsee-Therme sowie aus Hotels, die eine medizi-



Hindernisparcours unter Bäumen: Klimmzüge im Wald Bild: Guballa

nische Ausbildung vorweisen können, sich zum Waldtherapeuten schulen lassen.

Daniel Bak, Masseur und Trainer in der Ostsee-Therme, gibt

derweil schon mal einen Vorschmack darauf, was Waldtherapeuten so tun. „Die heilsamen Einflüsse des Gesundheitsstudios Wald unterstützen wir mit inte-

nen Waldplätzen laden wir zu speziellen körperlichen oder meditativen Übungen ein, die das ganzheitliche Wohlbefinden fördern“, so Bak.

Zusammen mit Medizinerinnen und Förstern wurden in dem Mischwald barrierefreie und behindertengerechte Wege angelegt und verschiedene Stationen wie ein Motorikpfad mit Fitnessgeräten geschaffen, die den Bewegungsapparat schulen und das Erlebnis Wald eindringlicher machen sollen. Die Wege sind in drei verschiedenen Schwierigkeitsstufen angelegt – von leicht bis anspruchsvoll. So soll jeder seinen Spaß an der Bewegung finden.

Begleitet werden die Wege und Stationen von 35 bebilderten Anleitungstafeln, die zu Aktivitäten und meditativen Übungen anregen wollen, aber auch etwas über die Tier- und Pflanzenwelt sowie die Geschichte bestimmter Orte wie der einstigen Bismarckwarte oder der Thingstätte erzählen. Ein besonderer Heilwaldabschnitt ist der Poesie-Pfad. Während sich Zeit nimmt und die Wirtate berühmter Schriftsteller und

Denker zum Thema Wald auf den Tafeln durchliest, entschleunigt im wahrsten Sinn des Wortes. Nun gibt es wohl keine Ausrede mehr dafür, selbst einmal im Wald baden zu gehen.

Usedom verfügt außerdem über einen ersten „Klimawald“. Am „Tag des Baumes“, dem 25. April, starteten Waldaktionäre und Naturfreunde mit den Förstern des Forstamtes Pudagla die erste

Neue Bäume für den »Klimawald«

Pflanzaktion. In der Nähe von Koserow wurden auf einer Fläche von zwei Hektar einige hundert Eichen gesetzt. Insgesamt stehen auf der Sonneninsel 2000 Waldaktien zur Verfügung – etwa die Hälfte ist inzwischen verkauft worden. Für eine Waldaktie im Wert von zehn Euro können etwa sechs Bäume gepflanzt werden. Meer- und Waldbadende, die mit dem eigenen Auto anreisen, werden damit ihr Gewissen beruhigen können. *Andreas Guballa/tws*

Pauschalisiertes Werk über »Rechtspopulismus«

Erziehung prägt Gesinnung. Wie der weltweite Rechtsruck entstehen konnte – und wie wir ihn aufhalten können“ lautet der Titel einer überaus engagierten Streitschrift des Kinderarztes Herbert Renz-Polster. Auch in seinem dritten Buch beschäftigt sich der Autor (Jahrgang 1960) mit Kindererziehung, diesmal im Kontext der im Titel erwähnten aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklung. Seine Kernthese lautet: Erziehungshaltungen und politische Haltungen seien sich parentief ähnlich. Nicht allein wirtschaftliche und soziale Krisen hätten zum Erstarken der „Rechtspopulisten“ in aller Welt geführt, sondern „ein bestimmter autoritärer Erziehungsstil“. Reichlich „Sprit“ für seine These holte sich der Autor aus den Sozialwissenschaften, vor allem durch Onlinerecherche. Auch hat er sich hinsichtlich der gängigen Erziehungsmethoden in Mittel- und Westdeutschland sowie im europäischen Ausland und weltweit umgeschaut, wobei ein spannendes Buchkapitel entstanden ist.

Im Zielfeld seiner Argumentation stehen der Rechtspopulismus „und alles, was sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums sammelt“. Denn der Kern des „Rechtspopulismus“ sei der Autoritarismus, erklärt er ohne

weitere Begründung. Für ihn persönlich aber steht bei der Definition dessen, was einen Populisten kennzeichnet, zweifellos, sozusagen als Gretchenfrage, die Einstellung einer Person zur Immigration im Fokus. So wie es nur einen richtigen, nämlich den liebevollen und vertrauensfördernden Umgang mit Kindern gibt (so weit folgt man ihm gern), so gibt es aus seinem Blickwinkel nur eine einzige richtige, nämlich die bejahende Haltung zur Immigration.

„AfD, Trump und Co.“ sowie vermutlich allen, die Immigration ablehnen, schreibt der Autor eine „neue fanatische Kälte“ zu, eine verrohte Sprache, Beschwörung von Stärke und Männlichkeit, Bewunderung von Figuren wie Donald Trump. Ja, diese gesamte Klientel sei außerstande zu lachen, was ein Gewährsmann ihm versichert habe. Überhaupt ließe sich für das Buchthema anhand des extremen Verhaltens von Trump viel gewinnen.

Dass auch der Umfang der Zuwanderung oder ein anderer nachvollziehbarer Vorbehalt bei der persönlichen Einstellung zum Thema Immigration eine Rolle spielen könnte, wird hier nicht in Betracht gezogen. Entweder –

oder, Grautöne finden sich selten in diesem teilweise enorm pauschalisierenden Werk, das sich ungeachtet des im Hintergrund erhobenen moralischen Zeigefingers einen dezidiert wissenschaftlichen Anstrich gibt. Tatsächlich zählt es zu einer hybriden Kategorie, von der sich auf dem Buchmarkt ein breites Spektrum findet.

Sein Credo lautet: „Wir schaffen das! Ein Kulturraum, der das Christentum allmählich zivilisiert hat, wird auch für den Islam ein modernes Gewand finden.“ Ein gewisses Restrisiko müsse

in Kauf genommen werden. Das ist allerdings bemerkenswert, zumal ein, wenn auch knappes Kapitel des Buches (mit entsprechend verkürzter Darstellung) die Überlieferung trägt: „Nahost und Afrika: der siebte Kreis der Hölle“. Wenn aber nicht nur die Erziehung, sondern zusätzlich auch ein hartes ge-

ellschaftspolitisches Klima wie in Nahost und Afrika die Gesinnung von Menschen nachhaltig prägt, wie er selbst postuliert, dann konkretisiert Renz-Polster mit seinem Zweckoptimismus bezüglich der Integrationschancen von sehr vielen Zuwanderern mit geringem Bildungsgrad aus diesem Kulturkreis seine eigene These „Erziehung prägt Gesinnung“. Dieser Widerspruch muss ihm eigentlich bewusst gewesen sein.

Zweckoptimismus legt er auch mit seiner Annahme an den Tag, dass die derzeitigen „rechtspopulistischen“ Strömungen sich zukünftig auflösen würden, da autoritäre Erziehungsmethoden zum Aussterben verurteilt seien.

Dagmar Jestrzemski

Herbert Renz-Polster

ERZIEHUNG PRÄGT GESINNUNG

Wie der weltweite Rechtsruck entstehen konnte – und wie wir ihn aufhalten können

Kösel

Herbert Renz-Polster: „Erziehung prägt Gesinnung. Wie der weltweite Rechtsruck entstehen konnte – und wie wir ihn aufhalten können“, Kösel-Verlag, München 2019, gebunden, 314 Seiten, 20 Euro

Geprägt von Zweckoptimismus

Darwin in Illustrationen

Dieses „Naturkundebuch für die ganze Familie“, wie es auf der Verlagsseite heißt, ist illustriert wie ein Kinderbuch für Kinder bis zur Grundschule, der Textinhalt allerdings ist für deutlich Ältere geeignet. Empfohlen wird es für jedes Alter. „Darwins Entstehung der Arten“, nacherzählt und illustriert von Sabina Radeva und aus dem Englischen von Stefanie Ochel übersetzt, ist sehr bemüht, Kindern Darwins Forschung näherzubringen. Der Hardcovereinband ist sehr aufwendig mit Lack veredelt, die Seiten sind liebevoll gestaltet, die Texte so einfach wie möglich gehalten, ohne den Kern der Darwinschen Theorien zu verändern, und trotzdem springt

über. Worauf völlig verzichtet wurde, sind Seitenzahlen, ein Vorwort und ein Inhaltsverzeichnis. Dafür gibt es einen Anhang mit einem Glossar, Buchtipps und die Aufklärung



Sabina Radeva: „Darwins Entstehung der Arten“, Carl Hanser Verlag, München 2019, gebunden, 56 Seiten, 16 Euro

von vier großen Missverständnissen bezüglich der Evolution.

Die Autorin Sabina Radeva hat am Göttinger Max-Planck-Institut Mikrobiologie studiert und in Hertfordshire Illustration. In ihren Anmerkungen am Ende des Buches erwähnt sie, dass einige Aspekte in Darwins „Entstehungen“ nach heutigem Wissensstand als veraltet gelten. Der neue Wissensstand wurde im Anhang dargelegt, auf den im Text Sternchen hinweisen.

Auch wenn dieses Sachbuch vielleicht nicht gleich das Lieblingsbuch wird, zeigt es Kindern doch, was Beobachtung ist und dass sorgfältige Beobachtungen einem die ein oder anderen Wunder der Natur aufschließen. CRS

Gärtnern für Kinder

In dem reich bebilderten Sachbuch „KinderGarten“ werden nicht nur die Kinder vom Garten und dem Arbeiten in ihm begeistert, sondern auch Erwachsene.

Vielleicht schauen sich die Kinder als allererstes die tollen Rezepte an, wie überbackene Minz-Erdbeeren oder Rhabarbergrütze, aber schnell interessieren sie sich auch für die Metamorphose des Schmetterlings und welche Arten zu beobachten sind. Anleitungen für ein Herbarium oder ein Insektenhotel sind genauso vertreten wie die Erklärung der Fotosynthese, wie Chlorophyll richtig ausgesprochen wird und wie die Bienen Honig produzieren.

Zunächst beginnt dieses Gartenbuch jedoch mit einer schönen Anrede an die Junggärtner, in der Symbole erläutert werden. So wissen die Gartenkinder gleich, ob eine Pflanze viel oder wenig gegossen werden muss und ob sie mehrjährig ist oder nicht. Das Vorwort nennt die Grundausstattung für

den Garten: Werkzeug, Samen und wie man sie aufbewahrt und wie ausgesät wird. Daneben gibt es Ideen wie beispielsweise eine Selbstbewässerung für zu Hause.

Natürlich fehlen auch Komposthaufen und Düngen nicht. Gelungen und minimalistisch gehalten sind die Übersichten über das Gartenjahr sowie den Pflanz-, Blüh- und Erntekalender. Mit kurzen Stichpunkten wird bei der ersten Übersichtsseite benannt, welche Arbeiten in welchem Monat anstehen. Die zweite Übersicht gibt für häufige Gemüsearten wie Kartoffeln, Obststarten, für Kräuter und für Blumen an, wann sie zu pflanzen sind und wann sie



Gesa Sander/Julia Hoersch: „KinderGarten. Pflanzenporträts, Rezepte, Bastelprojekte und Experimente – auch für Balkongärtner“, gebunden, 184 Seiten, at Verlag, Aarau und München 2019, 25 Euro

zu ernten sind beziehungsweise wann sie blühen. Und dann geht es los: zuerst Gemüse, dann Obst, gefolgt von Kräutern und Blumen.

Die letzten beiden Kapitel heißen „Tier“ und „Wald & Feld“. Tolle Ideen wie ein Insektenhotel, ein Regenwurm-Beobachtungsglas oder ein Blaudruck mit Pflanzen warten hier neben vielen Informationen auf die Gartenkinder – und die Erwachsenen.

Christiane Rinser-Schrut

Zivilisation vor der Entstehung der Erde

Im Jahre 1966 veröffentlichte der US-amerikanische Wissenschaftshistoriker Charles Hapgood sein Buch „Maps of the Ancient Sea Kings“. In diesem vertrat er die These, dass vor etwa 12000 Jahren ein hochentwickeltes, aber dann später ausgestorbenes Seefahrer Volk in der nördlichen Antarktis gelebt habe, dessen umfangreiches geografisches Wissen sich heute nur noch in sehr viel später entstandenem Kartenmaterial offenbare. Das Werk wurde 2002 ins Deutsche übersetzt und ist inzwischen vergriffen. Daher kann man nur begrüßen, dass der Kopp-Verlag nun eine weitere deutschsprachige Ausgabe herausbrachte, welche den Titel „Die Weltkarten der alten Seefahrer“ trägt.

Darin finden sich zahlreiche detaillierte Informationen über all jene heute noch existierenden Seekarten aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit, die Hapgoods These stützen, weil sie ganz

offensichtlich Details einer eisfreien Antarktis-Küste zeigen, wie der Mensch sie letztmals zum Ende der Steinzeit beobachten konnte. Hierzu gehören die Atlantik-Karte des türkischen Admirals Piri Reis aus dem Jahre 1513 sowie die Antarktis-Karten von Oronce Finé (1531), Hadji Ahmed (1559) und Gerard de Kremer alias Mercator (1538 und 1569).

Zudem spekuliert Hapgood dann im abschließenden Kapitel VIII über die untergegangene Zivilisation auf der Südhälfte der Erde, „die noch vor der Entstehung aller bisher bekannten frühen Kulturen existiert zu haben scheint“.



Charles H. Hapgood: „Die Weltkarten der alten Seefahrer. Beweise für eine Hochkultur in vorgeschichtlicher Zeit“, Kopp Verlag, Rottenburg 2018, gebunden, 368 Seiten, 19,99 Euro.

Dabei bleibt er leider völlig im Ungefähren – was aber nicht verwundern kann, wenn man den dürftigen prähistorischen Kenntnisstand von 1966 bedenkt. Der Wert des Buches liegt daher also vorrangig in der akribischen Präsentation und Analyse des Kartenmaterials, auf die der Autor seine These stützt.

Wolfgang Kaufmann

Bernd Lucke deckt die Probleme Europas gnadenlos auf

Bernd Lucke hat ein kluges Buch geschrieben, doch Reklame hat der AfD-Gründer für seine neue Partei der Liberal-Konservativen Reformer nicht gemacht, sodass er sang- und klanglos aus dem Europaparlament ausgeschieden ist. Aber sein Vermächtnis sollte gelesen werden. Es handelt von Europa und zeigt die Probleme gnadenlos auf, die zu lösen wären und zu denen er sich klug geäußert hat. Insofern ist seinem Buch eine große Leserschaft zu wünschen.

Das Buch ist in sechs Kapitel gegliedert und widmet sich Systemausfällen und Kontrollverlusten. Es beginnt mit der Währungsunion und deren mangelhafter Anwendung, die zum Kontrollverlust in der Eurokrise führte. Die Eurostaaten seien nicht mehr Gestalter der Sache, sondern die Getriebenen und blähen die Hilfsmaßnahmen seien nicht

konditioniert, sodass die EU in die Abhängigkeit von ihren eigenen Schuldnern geraten sei. Die im Aufbau befindliche „Transferunion“ drohe die Gesamtstabilität der Eurozone zu untergraben. „Wir stecken in einem Schulden-sumpf“, in den uns unsere Kanzlerin hineingeführt habe. Bei der Asylkrise hätten wir einen Systemausfall, ihre Gesetzgebung sei von Anfang an schlecht konzipiert gewesen. Sein Scheitern sei „dem Dublin-System quasi genetisch eingeschrieben“.

Das nächste Kapitel handelt „von der Einstimmigkeit zur Mehrzängigkeit“ im Rat der Europäischen Union. Lucke erinnert daran, dass Gott die Sprache der Babylonier verwirrt habe, doch ein Vielvölkerstaat funktioniere nicht ohne Kommunikation. Der „Brexit“ sei das Werk von David Cameron, ein unbeabsichtigtes das Bürgerschaftsvolumen auf, doch die Hilfsmaßnahmen seien nicht

die „großen Rettungsschirme“ beschlossen gewesen. Sein Versuch, den Lissabon-Vertrag wieder zu kassieren, scheiterte, denn Großbritannien hatte kein Vetorecht mehr. Das Land war völlig isoliert und dessen Interessen seien der Eurozone „piepwurstegal“.

Dann geht es weiter mit „Rechtsstaatlichkeit, Rechtschaffenheit und Rechtsextreme“. Es geht um die AfD, in der drei Strömungen vorherrschen: Diejenige, welche die Eurorettungspolitik aus volkswirtschaftlichen Gründen kritisiere, diejenige, die eine

eher institutionenkritische und legalistische Sicht vertrete sowie diejenige, die der EU grundsätzlich misstrau und mit Juncker argumentiere. Diese Gruppe nannte Lucke die „Verbitterten“, die beiden anderen die „Verbesserer“. „Wenn eine Regierung von Problemen ablenkt, sie kleinredet, sie

beschönigt oder bewusst die Öffentlichkeit irreführt, tut sie dies, weil sie ihre Bürger nicht beruhigen will. Sie will sie einlullen“. Von Politikern erwarte man Redlichkeit. Die Europäische Zentralbank habe seit 2015 zwei Billionen Euro Staatsanleihen mit neu erzeugtem Geld gekauft.

Im vierten Kapitel geht es um Stickstoffdioxid, wobei die Sachlage höchst unklar sei. Das Recht zur Gesetzgebung im Bereich der Luftreinhaltung hätten wir der EU übertragen. Zur EU-Armee sagt Lucke, dass keine Bedrohung erkennbar sei, die es erfordern würde, dass die EU eine Militärmacht wird. Das fünfte Kapitel lautet: „Der Euro spaltet Europa“. Die Fehler der EU hätten die AfD erst möglich gemacht. Während die armen und reichen Staaten eine dynamische Entwicklung durchmachen und „konvergieren“, sei der Aufstieg 1999 zum Stopp gekommen. Zehn Jahre ohne

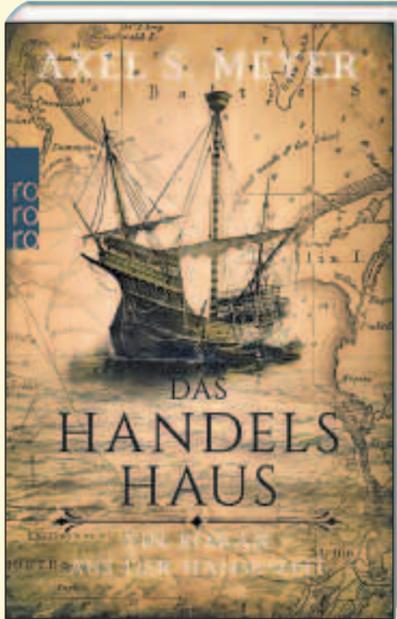
Wachstum sei ein Systemausfall. Wo immer der Staat Autorität ausübe, liege diese Autorität bei der EU. Mehr Europa bedeute weniger Deutschland.

In Kapitel sechs geht es um „die Zukunft der EU“. „Europa muss ein Europa der Vielfalt sein – getreu dem offiziellen Motto der EU ‚in Vielfalt geeint‘“. Luckes Vorschlag: „Lassen Sie uns aus dem EU-Parlament ein kleines, schlankes und nach gleichem Wahlrecht gewähltes Parlament des Binnenmarktes machen.“ Das Parlament habe kein „Initiativrecht“, dieses liege allein bei der Kommission. Die Kommission ist aber die Exekutive, nicht die Legislative. Der Exekutive ein Vetorecht über Grundfragen der Gesetzgebung zu geben, sei völlig unüblich und verletze die Gewaltenteilung. Lucke plädiert für „ein Austrittsrecht aus dem Euro“. Er vertritt eine Reduktion der Abgeordneten von 751 auf 300.

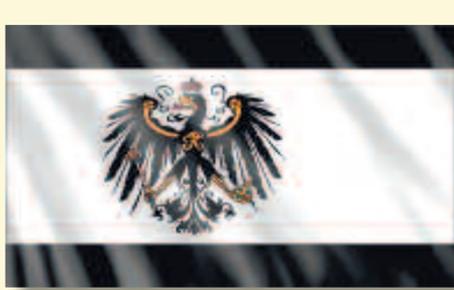
Wolfgang Thüne



Bernd Lucke: „Systemausfall. Europa, Deutschland und die AfD: Warum wir von Krise zu Krise taumeln und wie wir den Problemstau lösen“, FinanzBuch Verlag, München 2019, gebunden, 271 Seiten, 22,99 Euro



Axel S. Meyer
Das Handelshaus
 Ein Roman aus der Hanse-Zeit
 Stettin, 1566. Das Handelshaus der Familie Loyt ist eines der reichsten in Nordeuropa. Doch nach dem Tod des Patriarchen entzweien sich die Söhne Michael und Stephan. Beide ringen um die Führung des Unternehmens. Auch in der Liebe sind die Brüder Rivalen. Sie werben um die schöne Leni. Als Leni sich in Stephan verliebt, wird sie jedoch von ihrem Vater mit Michael verheiratet. In dieser Zeit, geprägt vom Dreikronenkrieg und dem Niedergang der einst mächtigen Hanse, kämpfen die Brüder Loyt um die Zukunft ihres Handelshauses – gegeneinander und auch gegen einen alten Erzfeind, den mächtigen Kurfürsten Joachim von Brandenburg ... 624 Seiten
 Nr. P A1352 Taschenbuch 10,99 €



Flagge
Königreich Preußen
 Die Flagge ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9981 Flagge 12,50 €



Hans Sachs/Hartmann Schopper
Das Ständebuch
 Herscher, Handwerker und Künstler des Mittelalters
 368 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1058 5,95 €

Ständebücher waren im Mittelalter und bis in die frühe Neuzeit weit verbreitet. Sie illustrieren und beschreiben die Aufgaben und die Bedeutung der geistlichen und weltlichen Herrscher, Künstler, Händler und Handwerker der mittelalterlichen Gesellschaft. Dieses besonders prachtvolle Exemplar von 1568 ist eine Gemeinschaftsarbeit des angesehenen Nürnberger Holzschneiders Jost Amman und des berühmten Dichters Hans Sachs, ergänzt durch eine Reihe von neulateinischen Versen von Hartmann Schopper. Das Werk vermittelt in Wort und Bild einen wunderbaren Einblick in die städtische Lebens- und Arbeitswelt des 16. Jahrhunderts. Mit 133 Holzschnitten illustriert ist dieses Werk einer außergewöhnlichen Kleinod des Ständewesens im Mittelalter.



Rudolf Pörtner
Die Wikinger Sage
 Rudolf Pörtner beschreibt die Wikingerzeit, wie sie wirklich war. Gestützt auf historische und archäologische Forschungen, zeichnet Rudolf Pörtner ein neues Bild der sagenhaften Nordmänner, deren Taten noch immer eine starke Faszination ausstrahlen. Neben den verwegenen, abenteuerlichen Fahrten und Raubzügen der Wikinger beschreibt Pörtner die gesellschaftlichen und moralischen Strukturen der Wikingerwelt. Er berichtet über die Religion und das Totenritual der nordischen Völker, befaßt sich mit ihren Kunstschmiedewerken und Bildschnitzereien, ihrer Schiffsbaukunst und dem Aufbau und der Taktik der Heere. 464 Seiten
 Nr. P A1369 Gebunden 9,95 €



Flagge
Pommern
 Die Flagge ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9955 Flagge 12,50 €



Nibelungenlied/Edda
 Altnord. Götter- und Heldensagen
 704 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1140 9,95 €

Die „Edda“ ist die bedeutendste Sammlung altnordischer Götter- und Heldenlieder. Sie überliefert den Glaubens- und Sagenschatz der Wikinger und Germanen und wurde vermutlich Mitte des 13. Jahrhunderts zusammengetragen. Sie birgt bereits Erzählungen der Nibelungensage, aus denen später das berühmte „Nibelungenlied“ hervorging. Es wurde zur bedeutendsten Heldensage der höfischen Zeit und galt lange als deutsches Nationalepos. Ungeachtet des ideologischen Missbrauchs, dem es immer wieder ausgesetzt war, sind seine faszinierende Motivfülle und schillernde Strahlkraft bis heute unbestritten.



Kurenkaffee
 Ostpreussischer Likör
 25 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5688 17,95 €



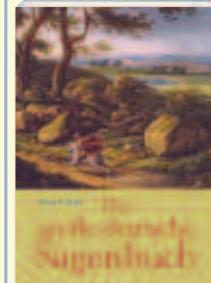
Trakehner Blut
 40 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5697 1 Flasche 21,60 €
 Nr. P A0298 3 Flaschen 62,00 €



Flagge
Ostpreußen
 Die Flagge ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9907 Flagge 12,50 €



Wolfgang Korn
Nordische Mythen
 Streitbare Götter, sagenhafte Stätten, tragische Helden
 Die Erzählungen um König Artus und die Ritter der Tafelrunde, Hermann den Cherusker oder die Nibelungen haben bis heute nichts von ihrer Strahlkraft verloren. Doch was ist Sage, was Geschichte? Während sich die Kulturen der Kelten und Germanen dank neuester Forschung und spektakulärer Funde immer mehr erhellen, liegen die Ursprünge der ersten Siedler des Nordens noch weitgehend im Dunkeln. Wer waren die Erbauer so einzigartiger Kultstätten wie Stonehenge? Wo kamen sie her? Und hinterließen auch sie schon erste Mythen? Wolfgang Korn bringt Licht ins dunkle Zeitalter. Er geht den frühesten Quellen auf den Grund, erklärt den germanischen Götterhimmel, besucht magische Stätten und erläutert anhand archäologischer Funde, wie verwurzelt wir mit dieser uns fremden Zeit auch heute noch sind. Von den frühesten Kultplätzen bis zu modernen Nibelungen-Adaptionen entfaltet sich ein farbenprächtiges Spektakel – Mythologie und Geschichte waren nie spannender! 336 Seiten
 Nr. P A1350 Gebunden 14,99 €



Heinz Rölleke
Das große deutsche Sagenbuch
 Format 17 cm x 24 cm.
 1.024 Seiten
 Gebunden
 Nr. P A1213 9,95 €

Jede Stadt und Region hat ihre eigenen Sagen, in denen erzählt wird, wie ein bestimmtes Bauwerk entstand, wie es zu bestimmten Landschaftsformationen kam, warum ein Hügel so oder so heißt. Oft wird damit das zauberhaft Besondere, das unerklärlich Schöne, das Unheimliche fassbar gemacht oder in die Geschichte gebannt. So bevölkern auch Hexen, Zwerge, Teufel und Gespenster die Volksagen und machen sie zu einem Born der Fantasie im Realen. Nach Landschaften gegliedert und mit Ortsregister versehen bietet diese Sammlung tiefen Einblick in den Sagenschatz Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Heinz Rölleke, geboren 1936, ist emeritierter Professor für Deutsche Philologie und Volkskunde. Als führender Grimm- und Märchenforscher erhielt er den Hessischen Staatspreis.



Bärenjäger
 Ostpreussischer Bärenfang
 35 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5680 19,90 €



Danziger Goldwasser
 Danziger Liqueur
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5811 21,95 €



Landmannschaftsfahne
Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
 Die Flagge ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9905 Flagge 12,50 €



Erich Kästner
Die dreizehn Monate
 64 Seiten
 Gebunden
 Nr. P A1226 14,00 €

Die Sammlung besteht aus dreizehn Gedichten von unterschiedlicher Länge und in unterschiedlichem Versmaß. Die ersten zwölf behandeln je einen Monat in der Reihenfolge des Kalenders. In vielen tritt der besungene Monat selbst in personifizierter Form auf. In jedem Gedicht preist Kästner die Schönheit, aber auch die melancholischen Seiten der jeweiligen Jahreszeit. Häufig wird das Thema des unweigerlichen Vergehens der Zeit aufgegriffen. Das Gedicht „Der Januar“ beginnt mit der Beschreibung des Jahres als neugeborenes Kind. Durch das ganze Werk zieht sich das Motiv des Alterwerdens des Jahres, bis es in „Der Dezember“ schließlich alt ist und sich auf den Abschied vorbereitet. Das letzte Gedicht „Der dreizehnte Monat“ beschreibt einen fiktiven „Schaltmonat“, der aus dem Besten aus allen anderen Monaten besteht.



Adolph Freiherr von Knigge
Über den Umgang mit Menschen
 Der „Knigge“ ist auch heute noch ein hochinteressanter Meilenstein über die praktische Kunst des Umgangs mit Menschen. Erschienen 1788 – im gleichen Jahr wie Kants „Kritik der praktischen Vernunft“ – befasst sich Knigge mit der Durchsetzung von Moral und gibt überzeugende und vor allem praktikable Antworten auf die Fragen menschlichen Zusammenlebens. „Die Kunst des Umgangs mit Menschen besteht darin, sich bemerken, geltend und geachtet zu machen, ohne beneidet zu werden.“ (Adolph Freiherr von Knigge). 368 Seiten
 Nr. P A1366 Gebunden 8,00 €



Meschkinnos
 Der Ur-Bärenfang
 50 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5692 21,45 €



Tapi
 Original Bärenfang
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5695 21,45 €



Pillkaller
 Edel-Machandel
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5696 17,95 €



Trakehner Esprit
 Edler Reiterschnaps
 40 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5703 21,45 €



Moosbeere mit Wodka
 Baltische Spezialität
 20 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5685 17,95 €



Lorbass
 Altpreußischer Kartoffelschnaps
 40 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5673 16,95 €



Marjellen
 Schwarzer Johannisbeerlikör
 25 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5693 17,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchstarker Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg
 GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

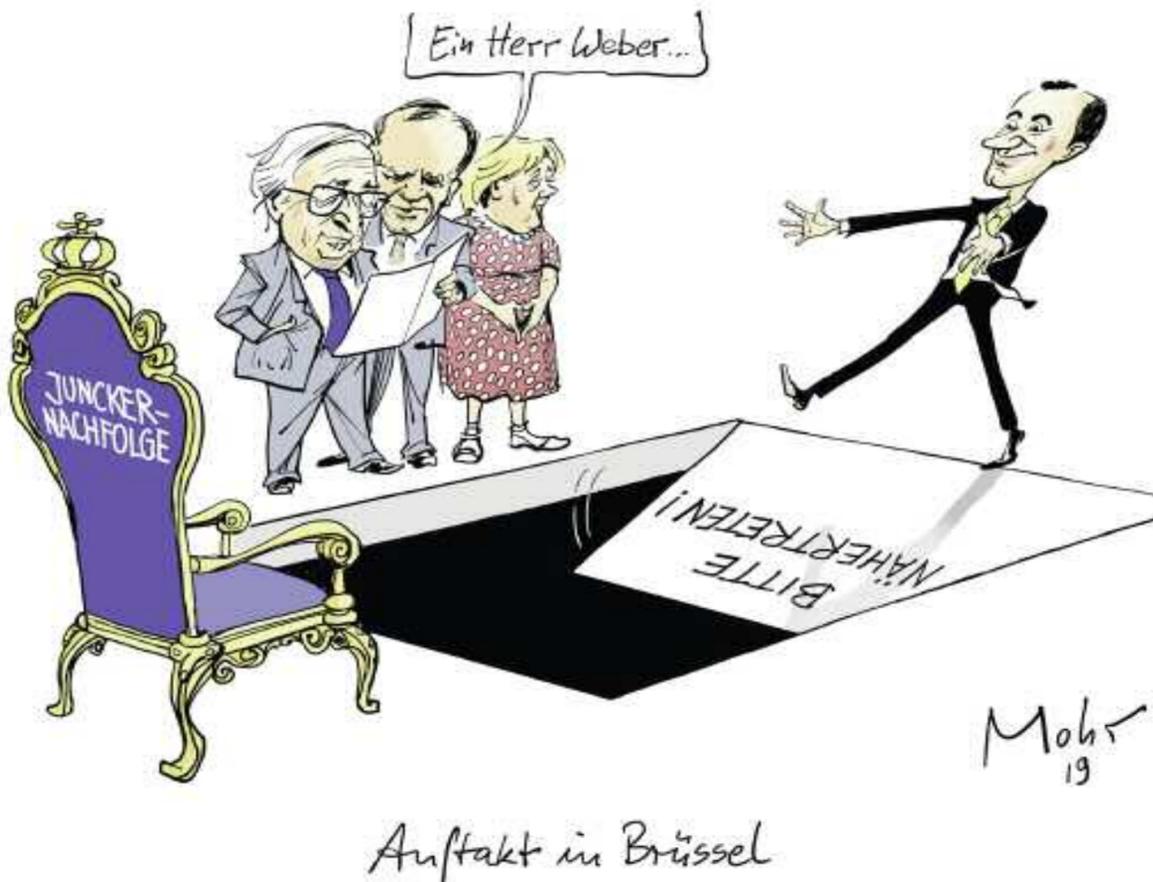
MELDUNGEN

Festverbot
wegen Klima

Berlin – Weil die Zahl der Besucher nach Angaben des Landesamts für Statistik 2018 auf 13,5 Millionen angestiegen war, sollen künftig Volksfeste und Veranstaltungen im Mauerpark nicht mehr genehmigt werden. Als Begründung nennt Bezirksbürgermeister Sören Benn (Linkspartei) den „Schutz des Stadtrüns vor den Folgen des Klimawandels“. Klimatische Veränderungen und extreme Wetterlagen verringern die Fähigkeit der Vegetation zur Selbstregeneration. **MRK**

Linkspartei und
SPD fusionieren?

Berlin – SPD und Linkspartei sollten sich laut dem Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit zusammenschließen. Gemeinsam hätten die beiden Parteien rund 20 Prozent und wären wieder ein Machtfaktor. Denkbar wäre so ein Zusammenschluss programmatisch, wenn der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert SPD-Chef würde. Cohn-Bendits Vorschlag ließ Erinnerungen an die Gründung der SED 1946 aufkommen. **H.H.**



Nahtod

Wie man Lügen glaubwürdig macht, was der Scholz im Wahn erzählt, und wie die Stars Görlitz in die Zange nehmen / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

ZUR PERSON

Ein Mann
von der Basis

Mit nur drei Stimmen Vorsprung wurde der 59-jährige **Klaus Reinhardt** im dritten Wahlgang zum neuen Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK) gewählt. Mit denkbar knappem Vorsprung setzte sich der Bielefelder Hausarzt gegen Martina Wenker, die Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen, durch. Nachdem der bisherige BÄK-Präsident Frank Ulrich Montgomery nach acht Amtsjahren nicht wieder kandidierte, besetzt erstmals seit Jahrzehnten ein niedergelassener Mediziner das höchste Amt der Spitzenorganisation der ärztlichen Selbstverwaltung.

Reinhardt stammt selbst aus einer Arztfamilie. Nach einem zweijährigen Jura- und Philosophiestudium entschied sich der Bielefelder für ein Medizinstudium an der Universität Padua. Nach Tätigkeiten in Graubünden und Lugano übernahm er Ende 1993 die Praxis seiner Eltern in Bielefeld. Seit 2001 konnte Reinhardt Erfahrungen in unterschiedlichen Ärztsvertretungen sammeln. Zuletzt war er seit 2011 Bundesvorsitzender des Hartmannbundes, des Berufsverbands der Ärzte Deutschlands.

Dirk Heinrich, Bundeschef des NAV-Virchow-Bundes, des Verbandes der niedergelassenen Ärzte Deutschlands, betrachtet die Wahl Reinhardts als historischen Moment, der geeignet für einen Neuanfang der BÄK sei. Reinhardt gab sich im Vorfeld kämpferisch, indem er Gesundheitsminister Jens Spahn wegen dessen überhasteter Gesetzesvorhaben kritisierte, und kündigte politisches Gegenhalten an, wenn es um die Gestaltung der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen geht. Die Digitalisierung in der Medizin hält Reinhardt für wichtig, allerdings sei der Einfluss von kapitalstarken Konzernen auf das Behandlungsgeschehen abzuwehren. **MRK**

Man könnte es die perfekte Kreislaufwirtschaft nennen, was wir da gerade über die legendäre Chemnitzer „Hetzjagd“-Legende erfahren haben. Damals, im Spätsommer 2018, hatte Merkels Amt ja behauptet, man habe Belege dafür, dass in der sächsischen Stadt „Hetzjagden“ auf ausländische aussehende Personen stattgefunden hätten. Nun musste Regierungssprecher Seibert zugeben, dass das gelogen war.

Es gab diese Belege nicht. Merkels Herold gab auf Anfrage der AfD bekannt, man habe sich damals lediglich auf Medienberichte gestützt. Wunderbar: Und die geeigneten Medien konnten sich dann wieder auf Seibert berufen und sagen, dass ja „selbst die Bundesregierung von Hetzjagden spricht“, was für obrigkeitshörige Deutsche Beweis genug ist. So reicht man die Lüge im Kreis herum, und mit jeder Umdrehung wird der Unsinn „glaubwürdiger“.

Das Medium, welches der Regierung Merkel seine Weisheiten eingeflüstert hat, war bekanntlich das linksextreme Internetportal „Antifa Zeckenbiss“. Berausend, was sich da für Allianzen vor uns ausbreiten, denn während Merkel den Zeckenbeißern vorbehaltlos glauben wollte, hat sie die Meldungen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz in den Wind geschlagen, die allesamt keine „Hetzjagden“ registriert hatten. Weil Verfassungsschutzchef Maaßen nicht mit Merkel und Seibert mitlügen wollte, wurde er davongejagt.

Wie heißt es doch nach jedem Wahldebakel: „Wir wollen das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen!“ Na dann.

Das nächste Fiasko an der Urne könnte näher liegen, als wir bislang meinen. Der Leichengeruch, der von der Großen Koalition aufsteigt, raubt immer mehr Beobachtern den Atem. Für die CDU könnte es richtig hässlich werden.

Nicht so für die SPD. Die Sozen sind mittlerweile so blutig geschlagen, dass sie im Wundfieberwahn faseln wie einer, der gar nichts mehr mitkriegt von seinem Todeskampf. Was Olaf Scholz dieser Tage zum Besten gab, erinnert an die Geschichten, welche Menschen mit sogenannter Nahtod-

Erfahrung erzählen: Zum Schluss, wenn es mit ihnen zu Ende ging – also scheinbar zu Ende ging, sonst könnten sie uns ja nichts berichten –, wurde alles ganz entspannt. Ein wundervolles helles Licht tat sich vor ihnen auf und sie waren aller Angst und Qual ledig. Was (beinahe) das Ende war, kam ihnen vor wie ein leuchtender Aufbruch.

Scholz sagte dem „Stern“: „Die Chance (der SPD), stärkste Partei zu werden, ist bei der nächsten Bundestagswahl deutlich größer als in vielen Jahren zuvor.“ Hat er gesagt! In solchen Situationen erstirbt das Lachen und man fragt sich, ob der Gesprächspartner nur vollkommen beschugge ist oder vielleicht sogar gefährlich. Bei diesen Verwirren weiß man ja nie.

Sinnigerweise erschien das „Stern“-Heft mit Olafs Nahtod-Visionen am selben Tag mit einer Umfrage, welche die SPD auf zwölf Prozent taxiert, vierter Platz hinter den Grünen, der Union und der AfD. Wenn im September in Sachsen ein neuer Landtag gewählt wird, kämpfen die Sozialdemokraten mit der Fünf-Prozent-Hürde.

Es geht auch anders. Beim Nachbarn Dänemark haben es die Sozis tatsächlich wieder auf den ersten Platz geschafft, mit 26 Prozent. Und wie haben die das hingekriegt? Sie haben linke Sozialpolitik mit rechter Asyl- und Einwanderungspolitik verschmolzen. Sigmar Gabriel will, dass die SPD das auch macht.

Kommt gar nicht infrage, schimpft Parteivize „Pöbel-Ralle“ Ralf Stegner. Und kaum hatte Gabriel seinen Tabubruch in die Öffentlichkeit gepostet, fängt der „Spiegel“ auch schon an, Juso-Chef Kevin Kühnert zum möglichen nächsten SPD-Vorsitzenden hochzuschreiben, für den die dänischen Sozialdemokraten angesichts ihrer knallharten Asylpraxis ganz bestimmt alles Nazis sind.

Kühnert denkt lieber öffentlich über die Enteignung der BMW-Aktionäre nach oder darüber, wie man Wohnungsunternehmen

plattmacht. Im „Spiegel“ feiert ihn die schleswig-holsteinische SPD-Chefin Serpil Midyatli dafür als „jungen, frischen Kopf“, der den Sozis „guttun würde“. Ja, so „jung“ wie die Schriften von Karl Marx und so „frisch“ wie venezolanische Wirtschaftspolitik. Kühnerts Visionen entsprechen denen der Linkspartei, die bei der genannten Umfrage von neun auf sieben Prozent gestürzt ist. Die Richtung ist also klar: Da kann der alte Gabriel modern, soviel er will. Der Finger der Sozialdemokraten bleibt festgeklebt am Fahrstuhlknopf zum Kellergeschoss.

Beim Partner CDU hat man sich lange mit den infernalischen Ergebnissen der SPD getröstet. Da geht's uns doch noch gold, war die heimliche Devise. Erst mit der EU-Wahl scheint den Schwarzen aufgefallen zu sein, dass sie den Rosinen nur etwas hinterherhinken auf dem Weg nach ganz unten. „Hoffnungsträger“ Kramp-Karrenbauer wirkt nach nur sechs Monaten CDU-Vorsitz kaum weniger zerfasert als Briten-Premier Theresa May in ihren letzten Wochen

ten nur etwas hinterherhinken auf dem Weg nach ganz unten. „Hoffnungsträger“ Kramp-Karrenbauer wirkt nach nur sechs Monaten CDU-Vorsitz kaum weniger zerfasert als Briten-Premier Theresa May in ihren letzten, elenden Wochen in der Downing Street.

Wenigstens kann die AfD derzeit von all dem etablierten Ungemach kaum profitieren. Mit ihren zwölf oder 13 Prozent bleiben die Blauen in ihrem Stammwähler-Reservoir stecken. Allerdings gilt das nicht überall.

In Görlitz könnte am kommenden Sonntag Deutschlands erster AfD-Oberbürgermeister gewählt werden. Mit 36,4 Prozent hatte Sebastian Wippel beim ersten Wahlgang die meisten Stimmen errungen. Grüne und Linkspartei haben daraufhin ihre Kandidaten zurückgezogen und empfehlen nun den zweitplatzierten Octavian Ursu von der CDU. Die SPD scheint's hier schon gar nicht mehr zu geben.

Um der Kampagne gegen Wippel Schwung zu geben, haben sie weltweit getrommelt. Man muss wissen: Görlitz bietet mit seinen mehr als 4000 Baudenkmalern eine weltweit begehrte Filmkulisse.

Deshalb haben sich deutsche und internationale Filmstars und Autoren zusammengetan, um Wippel wegzuräumen. Selbst mehrere Hollywoodstars haben einen Aufruf an die Wähler von Görlitz unterschrieben, in dem vor Wippel gewarnt wird. „Alle Hollywood-Agenturen sind auf unserer Seite“, jubelt Mitinitiator Michael Simon de Normier.

„Bitte wählt weise“, wird den Görlitzern geraten. Und wenn sie es nicht tun? Dann sieht Normier in der „Zukunft große Bedrohungen“ für die Stadt, dann setze es nämlich „Konsequenzen“. Mit den Filmdrehs verdient Görlitz viel Geld, außerdem locken die Kinogrößen Touristen an. Sollten die Hollywood-Agenturen abziehen, gäbe es Einbußen.

Normier fordert die Görlitzer auf, „über gemeinsame Werte nachzudenken“ und sich gut zu überlegen, „was gut für euch alle ist“. Anders gesagt, die internationale Film-Schickleria setzt den Bürgern einer kleinen schlesischen Stadt die Pistole auf die Brust: Wenn ihr nicht so wählt, wie wir es wollen, legen wir euch trocken.

Indes: Über die „gemeinsamen Werte“ würden viele Görlitzer vermutlich ganz gerne mal mit Normier und seinen glitzernden Freunden reden. Wir wär's beispielsweise mal mit einem Gespräch über Demokratie, über Selbstbestimmung und die Freiheit des Bürgers, über die Geschichte seines Gemeinwesens unabhängig entscheiden zu dürfen, ohne Strafe fürchten zu müssen, weil er sich der Auffassung mächtiger Kreise widersetzt?

Wäre das nicht ein Thema für eine richtig freie Diskussion? Ach nein, die würde doch nur von Rechtspopulisten instrumentalisiert, wenn man nicht aufpasst. Nachdem sich laut Normier „alle Hollywood-Agenturen“ zusammengetan haben, könnte ein Verschwörungstheoretiker aufkreuzen und frech behaupten, alle Hollywood-Agenturen hätten sich verschworen gegen wen auch immer. Solchen Leuten darf man kein Podium bieten. Also, liebe Görlitzer, die wertorientierten Demokraten haben gesprochen, ihr seid gewarnt. Nun entscheidet völlig frei!

MEINUNGEN

Boris T. Kaiser durchleuchtet in der „Jungen Freiheit“ (5. Juni) die Hintergründe der aktuellen Klimabewegung:

„Die ökomarxistischen Meinungsmacher haben erfolgreich eine Generation nützlicher Idioten kreiert, die zum eigenen Denken weitgehend unfähig geworden ist. Die Greta-Jugend steht und liegt genau da, wo diese Meinungsmacher sie haben wollen. Sie sagt, denkt und wählt, was ihnen ihre Eltern, Lehrer und natürlich die Mainstream-Medien sagen. Dabei fühlen sie sich auch noch wahnsinnig rebellisch und revolutionär.“

Auf Anfrage der AfD im Bundestag musste die **Bundesregierung** zugeben, dass sie für ihre Behauptung, in **Chemnitz** hätten sich im August 2018 „Hetzjagden“ auf ausländische aussehende Menschen zugetragen, keinerlei seriöse Quellen hatte. Daraus folgert **Jürgen Fritz** in seinem Blog (5. Juni):

„In jedem funktionierenden Rechtsstaat müsste dies gleichsam nicht nur zum sofortigen Rücktritt beider (Kanzlerin Merkel und Regierungssprecher Steffen Seibert, d. Red.) führen, sondern auch zu einer sofortigen Überprüfung, inwieweit hier Straftatbestände erfüllt sind und beide, Seibert und Merkel, dementsprechend zur Rechenschaft gezogen werden müssen!“

Der Kinderpsychiater Michael Winterhoff schlägt Alarm: **Unser Bildungssystem bringe 18-Jährige mit dem Reifegrad von Kleinkindern hervor. Bei den Recherchen zu seinem Buch „Deutschland verdammt“ hat er noch etwas anderes herausgefunden, wie er im Deutschlandfunk (3. Juni) aufdeckt:**

„Es ist so dramatisch. Die Lehrer haben einen Maulkorb aufbekommen. Ein Lehrer, der heute klar sagen würde, wie die Verhältnisse an seiner Schule sind, in der Klasse sind, bei den Kindern sind, der wird danach sehr, sehr viel Druck erfahren, und deshalb: Ich habe sehr viele Lehrer, die bereit waren, mir Material zu geben, auch zum Interview zur Verfügung zu stehen, aber immer darauf bestanden haben, dass sie anonym bleiben.“

US-Experte Thomas Jäger kritisiert in „Focus online“ (6. Juni) die **USA-Politik** von Kanzlerin **Merkel** scharf:

„Trump und Merkel sind beide sehr ausgeprägte Machtpolitiker. Es gibt aber einen Unterschied, den die Kanzlerin offenbar völlig ignoriert: Trumps Macht ist gedeckt durch die wirtschaftliche und militärische Bedeutung der USA, Merkels hingegen nicht. Und wenn sich die Kanzlerin dann in Harvard hinstellt und eine Stunde lang auch ohne direkte Nennung von Namen und Amt im Grunde nichts anderes sagt, als dass Trump doof sei, dann hat sie einen bedenklichen Anteil an der Eskalation.“

Ulf Poschardt warnt in der „Welt“ (7. Juni) davor, was den gut verdienenden **Grün-Wählern** bevorstehen wird, wenn ihre Partei die Regierung stellt:

„Wer grün wählt aus der noblen Altbauwohnung heraus oder im Villenviertel, bekommt am Ende eine Koalition, die diese Wähler ausnehmen wird wie eine Demeter-Weihnachtsgans.“